



15. Heft | 30. Juli 1914

KARL SEVERING · VERFEHLTE BESCHLÜSSE

ALS im vorigen Jahr die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus der Sozialdemokratie trotz fleißigster Wahlarbeit nur eine ganz geringe Vermehrung der Mandate brachten, da wurde in den Kreisen der Partei lebhaft die Frage erörtert, ob und in welcher Richtung eine Verstärkung des Wahlrechtskampfs möglich sei. Die Masse der tätigen Parteigenossen, die sich wochenlang zur Wahlarbeit zur Verfügung gestellt und alle Kräfte angespannt hatten, um alle säumigen Wähler auf die große Bedeutung gerade dieser Abstimmung aufmerksam zu machen, waren erbittert über den geringen Erfolg ihrer Bemühungen. Die Ungerechtigkeit des »elendesten aller Wahlsysteme« war ihnen wieder einmal in so fühlbarer Weise demonstriert worden, daß ihnen jedes Mittel zur Bekämpfung dieser Ungerechtigkeit recht schien, auch solche Mittel, die aus der Stimmung, aus dem Gefühl der Empörung heraus empfohlen wurden. Das ist die psychologische Erklärung für die Tatsache, daß die Idee des Massenstreiks wohl selten so begeisterte Befürworter in Parteiversammlungen und in der Presse gefunden hat wie im verflossenen Jahr nach Beendigung der Landtagswahlen. Die Bewegung wurde aber sehr bald wieder in nüchterne Bahnen gelenkt durch die Einsicht, die sich auf allen Seiten aufdrängte, daß die sofortige Durchführung des Massenstreiks schlechterdings unmöglich sei. Die bloße Propaganda des Massenstreiks aber, die nur auf einen noch fernen Zustand hinweisen wollte, in dem er einmal angewendet werden könnte, befriedigte die Massen der tätigen Parteigenossen nicht mehr. Der Jenaer Parteitag, der beim Parteivorstandsbericht zur Wahlrechtsfrage Stellung nahm, erklärte in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution, daß der politische Massenstreik nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung, von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden könne.

Man hat die Parteitage bisher als die Parlamente, die obersten Instanzen der Partei bezeichnet, deren Beschlüsse und Entscheidungen die Parteigesetze und die Parteigeschichte schrieben. Die Gesamtpartei setzt voraus, daß die Parteiorgane und die Genossen die Beschlüsse des Parteitags anerkennen und sich ihnen unterordnen. Für eine Kampfpartei ist das eine Selbstverständlichkeit. Ohne eine straffe Disziplin, die auf freiwilliger Unterordnung, nicht auf blindem Kadavergehorsam beruht, läßt sich eine Partei von der Eigenart und Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie nicht zusammenhalten. Wenn sich gelegentlich ein Parteiblatt oder eine Gruppe von Parteigenossen in einer äußerlich recht auffälligen Weise gegen einen

Parteitagbeschuß erklärten, dann ist das von der Gesamtpartei stets als ein Pronunziamento, als eine offene Auflehnung recht unliebsam empfunden worden. Und das von Rechts wegen. Die demokratische Verfassung der Partei kann und darf ein aus der Reihe Tanzen nicht gestatten. Ich sage nichts gegen eine kritische Würdigung von Parteitagbeschlüssen, nichts gegen die wissenschaftliche Forschung, die vor keinem Dogma, auch vor keiner Entscheidung eines Parteitags Halt machen soll. Es würde auch schlecht um die Gedankenfreiheit in der Partei bestellt sein, wenn nicht die Parteimitglieder das Recht haben sollten in den Organisationen für ihre, von einem Parteitagbeschuß abweichende Meinung Propaganda zu machen. Was die Partei aber nicht gestatten darf, wenn sie ihre Kräfte nicht nutzlos vergeuden und die Disziplin in ihren Reihen nicht erschüttern will, das ist die Freiheit der Aktion außerhalb der Beschlüsse der Gesamtpartei, wie sie, vielleicht nicht absichtlich, aber tatsächlich von der letzten Verbandsgeneralversammlung in Groß Berlin reklamiert worden ist.

Es ist nicht gerade angenehm an den Verlauf und die Beschlüsse dieser Versammlung kritische Betrachtungen zu knüpfen, nachdem bekannt geworden ist, daß der Staatsanwalt gegen Rosa Luxemburg und mehrere andere Teilnehmer der Versammlung Anklage erheben will. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die in einer Kritik in diesem Augenblick die Absicht sehen werden der Angeklagten in den Rücken zu fallen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Das ist weder die Absicht dieser Zeilen, noch können sie diese Wirkung haben. Auch ich gehörte schon zu den Befürwortern des Massenstreiks, habe mich also früher des selben Vergehens schuldig gemacht, dessen man die Teilnehmer an der Berliner Generalversammlung jetzt anklagt. Wogegen ich mich wende, das ist die Verzettelung der Kräfte, die Gefährdung der Einheitlichkeit der Parteiaktion, die Lockerung der Parteidisziplin, die die Berliner Beschlüsse im Gefolge haben müssen.

Rosa Luxemburg hat in der Generalversammlung eine Resolution vorgeschlagen, die an die bekannte Äußerung des preußischen Ministers des Innern anknüpft, er wolle kein Minister für Wahlreform sein. Diese Äußerung, so heißt es in der Resolution, beweise klar, daß nur der Massenstreik dem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermöge. Eine derartige Beweisführung erscheint doch ein wenig gezwungen. Wenn ein neuer preußischer Minister erklärt, er sei kein Minister für Wahlreform, so ist diese Äußerung wahrhaftig nicht der Beweis dafür, daß nur der Massenstreik ein freies Preußenwahlrecht zu erringen vermag. Die Rede des Herrn von Loebell hat nichts bewiesen, was nicht schon lange vorher durch die Haltung des gesamten preußischen Staatsministeriums bewiesen worden wäre. Und deswegen war es zum mindesten eine Verkennung der Situation, wenn die Resolution sich in der Feststellung gefiel: »Jetzt hat die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung begonnen, die in Berlin wie in ganz Preußen mit steigender Wucht weitergeführt werden muß.« Wann eine neue Etappe im Wahlrechtskampf beginnt, wenn dieser Ausdruck hier überhaupt am Platz ist, das konstatierte nach den Beschlüssen der zuständigen Instanzen bisher die preußische Landeskommission, in der Männer sitzen, die sich durch irgendein Wort noch nicht um ihr politisches Augenmaß bringen lassen. Es ist ein Irrtum Rosa Luxemburgs, wenn sie annimmt, daß darüber die Verbandsgeneralversammlung von Groß Berlin entscheidet.

Man brauchte diesen Irrtum gewiß nicht tragisch zu nehmen: Die Partei hat sich im Lauf der Jahre schon so viele irrig und irreführende Resolutionen gefallen lassen müssen, daß es auf eine mehr oder weniger wirklich nicht ankommt. Der springende Punkt ist aber, daß nicht ein beliebiges Krähwinkel oder Buxtehude diesen Irrtum begeht, sondern Groß Berlin, die Elite der Parteigenossen der Reichshauptstadt. Die Beschlüsse, die auf der Verbandsgeneralversammlung der Berliner gefaßt werden, finden in der Partei die weiteste Verbreitung und werden (ob mit Recht oder Unrecht, mag hier unerörtert bleiben) von den Parteigenossen in der Provinz aufs stärkste beachtet. Und welchen Eindruck muß es nun bei den Genossen im Land hervorrufen, wenn die Berliner beschließen, daß jetzt die »zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung« begonnen hat, und darauf — nichts erfolgt? Was will Rosa Luxemburg, was wollen die Großberliner dann unter dem schönen Ausdruck von der »zweiten Etappe« verstanden wissen? Protestversammlungen? Ganz gut, aber alles zu seiner Zeit. In den Hundstagen, in der Erntezeit bekommt man bestenfalls die organisierten Parteigenossen in die Versammlungen hinein; diese brauchen aber nicht erst heute oder morgen zu bekunden, daß sie ein gleiches Preußenwahlrecht fordern. Straßendemonstrationen? Sehr schön, aber die Klinge, die man bei jeder Gelegenheit zum Schlagen herausholt, wird bald stumpf, und Straßendemonstrationen, das heißt friedliche Propagandaumzüge, mindern ihren Eindruck herab, wenn sie sich zu oft wiederholen. Bleibt also nur der Massenstreik als »steigende Wucht« der Wahlrechtsbewegung.

Versucht man den Anhängern des Massenstreiks, wie ihn die Genossin Rosa Luxemburg sich denkt, klarzumachen, daß an eine Durchführung des Streiks aus vielen Gründen im Augenblick nicht zu denken ist, dann antworten sie mit überlegener Miene, das sei ihnen selber bekannt; sie verlangten ja auch nicht die sofortige Durchführung sondern die Propaganda des Massenstreiks. Das klingt zwar leidlich. Nur weiß man nicht mehr so recht, was man unter dieser mystischen Wendung verstehen soll. Soll damit das Bestreben gemeint sein die Anerkennung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel durchzusetzen? Wozu? Noch der letzte Parteitag in Jena hat, wie bekannt, den Massenstreik als Kampfmittel theoretisch anerkannt. Soll aber damit gemeint sein, daß man suchen müsse seine Voraussetzungen zu realisieren, dann erweist die Resolution der Berliner dieser Propaganda den schlechtesten Dienst. Wo bleibt dann die vollkommene Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung, wenn unter Nichtachtung der Bedürfnisse und Notwendigkeiten der anderen ein Organ sich herausnimmt Ziel, Zeit und Tempo des Massenstreiks allein und willkürlich zu bestimmen? Alle Welt ist sich klar darüber, daß die Gewerkschaften bei der Inszenierung eines Massenstreiks als wesentliche Faktoren in Betracht kommen, und gerade der Genossin Luxemburg ist das auf dem Magdeburger Parteitag durch eine Erklärung der Gewerkschafter deutlich in die Erinnerung gerufen worden. Nun haben aber mehrere Gewerkschaften in Deutschland infolge der ungünstigen Wirtschaftslage gerade jetzt einen Rückgang ihres Mitgliederbestands zu beklagen. Man braucht nur diese Tatsache anzuführen, um den Gedanken eines Massenstreiks im Augenblick und in der nächsten Zeit als puren Unsinn erkennen zu lassen. Und trotzdem dekretiert die Genossin Luxemburg, »daß der Wille und die Bereitschaft

der Massen zur höchsten Machtentfaltung in Preußen so bald wie möglich zur Tat« werden soll. Die Worte »so bald wie möglich« lassen ja einen gewissen Spielraum, und Rosa Luxemburg denkt sicher nicht daran den Ausbruch des Massenstreiks etwa auf den 1. August 1915 festzusetzen. Aber im Zusammenhang mit der Feststellung, daß »jetzt« die zweite Etappe des Wahlrechtskampfes »begonnen« habe, wird in den Massen leicht das Gefühl geweckt, daß der Massenstreik in naher Zukunft beginnen solle. Und darin liegt die weitere Gefahr der Lockerung der Disziplin.

Das Wort Masse im sozialdemokratisch-parteilpolitischen Sinn umschreibt verschiedene Begriffe. Es können damit die gesamten entrechteten Volksmassen gemeint sein, die alle ein Interesse an einer Änderung des preußischen Landtagswahlrechts haben, oder aber die Massen der politisch interessierten, der organisierten Parteimitglieder. In Groß Berlin scheint man die Bedeutung dieses Unterschieds nicht genug zu würdigen. Die Massen, die in Berlin oder in einer Industriestadt der Provinz eine Massenstreikversammlung Rosa Luxemburgs füllen, sind ganz etwas anderes als die Masse, von deren Willen und Bereitschaft die Inszenierung und Durchführung des Massenstreiks mindestens im selben Maß abhängt wie von den Parteimitgliedern, die aber heute den Arbeiterorganisationen noch fernstehen. Es ist der Agitation in diesen Kreisen nicht zuträglich, wenn von äußerlich hervorragenden Parteistellen fort und fort versichert wird, daß die höchste Machtentfaltung der Massen sich bald äußern werde, äußern müsse, und wenn nach diesen Versicherungen nichts erfolgt als höchstens die Deklaration, daß das so ja nicht gemeint sei. Das kann die Achtung und das Vertrauen der Massen in den Wert sozialdemokratischer Kundgebungen nicht erhöhen.

Aber auch der Masse der Parteimitglieder sind Resolutionen von der Art der Großberliner nicht förderlich. Was in Berlin möglich ist, muß auch auf dem Land durchzuführen sein: das ist die Auffassung derer, die sich von der mutigen, vorwärtsdrängenden Sprache einer solchen Resolution blenden lassen und die Schwierigkeiten nicht sehen, die sich einer Durchführung entgegenstellen. Die Einwände derjenigen, die mit diesen Schwierigkeiten täglich zu kämpfen haben, werden dann leicht als Flaumacherei, als Dämpfung oder Bremserei aufgefaßt, und nicht selten ist aus dieser gegensätzlichen Beurteilung der Wirtschaftslage und der Stärke der Arbeiterbewegung der Gegensatz zwischen Massen und Führer entstanden. Augenblicklich zwingt die Ungunst der Wirtschaftslage, die sich leider allzu deutlich offenbart, manchen Stürmer und Dränger zu einer vorsichtigen und kühlen Abschätzung der Situation. Das ist aber durchaus noch kein Anlaß den Gegensatz zwischen Massen und Führer, der allmählich im Schwinden begriffen ist, wieder aufleben zu lassen.

Eine politische Nebenwirkung der Resolution gleich unerfreulicher Art ist die Ablenkung von den Fragen der Reichspolitik, die im Augenblick mindestens so wichtig sind wie die Frage der Eroberung des Landtagswahlrechts. Es wäre gewiß verkehrt den Fehler früherer Jahre zu wiederholen, die Wahlrechtsfrage gering anzuschlagen und so lange zu warten, bis der Arbeiterschaft ein freies Wahlrecht wie eine reife Frucht zufällt. Es ist kein Schlagwort: Preußens Einfluß auf die Gesetzgebung des Reichs ist zu groß, preußische Gesetze sind für die preußischen Staatsbürger zu wichtig, als

daß man Preußen sich selbst überlassen könnte. Aber die preußische Wahlrechtsfrage ist keine Lebensfrage für die Arbeiterschaft in dem Sinn, daß nun alle anderen Probleme ihretwegen in den Hintergrund treten müßten. Im Reichstag, richtiger: in der Reichspolitik, stehen in allernächster Zeit wichtige Dinge zur Entscheidung. Es ist vernünftiger darauf im Augenblick alle Kräfte zu konzentrieren als die Stoßkraft der Partei in Aktionen zu schwächen, die gegenwärtig nicht nur keinen Erfolg bringen sondern direkten Schaden stiften können.

Verfehlt noch als die Massenstreikresolution der Rosa Luxemburg erscheint mir der weitere Beschluß der Berliner durch Sammlungen einen Kampffonds für Groß Berlin zu gründen. Ursprünglich war beantragt die Parteinstanzen für das Reich und für Preußen zu ersuchen die Sammlung auf das Reich auszudehnen. Nach einem Einspruch Scheidemanns ist dieser Absatz des Antrags zurückgezogen. Seine Sinnlosigkeit tritt darum um so schärfer hervor. Die Wahlrechtsfrage ist eine Frage der Partei Preußens und nicht eine Frage Groß Berlins. Was soll also ein besonderer Kampffonds in Groß Berlin? Glaubt man, daß der Wahlrechtskampf in Berlin schwerer zu führen sei als im Land und darum besonderer, außerordentlicher Mittel bedürfe? Eine solche Annahme wäre irrig. Nicht nur in den rheinisch-westfälischen und den schlesischen Industriebezirken, in denen die fremdsprachigen Elemente und die Widerstände der Klerikalen große Schwierigkeiten bieten, ist der Wahlrechtskampf äußerst schwer zu führen sondern auch in den zahlreichen ländlichen Distrikten, wo die räumliche Ausdehnung des Bezirks und vor allen Dingen die große Abhängigkeit der Landarbeiter vom Gutsherrn die Haupthindernisse bilden. Besonderer Geldmittel zur Führung des Kampfes bedürfen also die Berliner nicht. Ist der Kampffonds aber gedacht als ein Unterstützungsfonds, dann ist gegen eine derartige Verwendung ein noch größeres Bedenken zu erheben. Alle, die ihm Zuwendungen machen, würden sich dann auch das Anrecht sichern wollen eine besondere Unterstützung aus ihm zu erlangen. Es ist aber ganz unmöglich die Unterstützungen bei einem politischen Massenstreik nach den Gewohnheiten der Gewerkschaften einzurichten und gefährlich einen solchen Glauben in den Massen zu erwecken. Schließlich läßt sich nicht leugnen, daß besondere Fonds in den Händen einzelner Organisationen leicht zu besonderen Aktionen den Anreiz geben können. Ein Massenstreik in Groß Berlin würde aber noch kein Massenstreik für Preußen sein. Die große Bedeutung Berlins im Industrie- und Verkehrsleben Preußens ist unbestritten, und doch bliebe Berlin nur ein Teil der Bewegung, die notwendig wäre, um auch nur einen erheblichen moralischen Eindruck zu erzielen. Es sollte deswegen alles unterbleiben, was in den Zeiten leidenschaftlicher Erregung die Einheitlichkeit der Bewegung stören und eine Zersplitterung der Kräfte herbeiführen könnte.

Diese Bedenken hätte ich gegenüber einem Fonds zu äußern, der wirklich zustande käme und sein Dasein nicht auf einen schönen Namen in einer Berliner Resolution beschränkte. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß gar kein Fonds aufgebracht werden wird, wenigstens kein solcher, der seinen so voll klingenden Namen auch durch die Beträge verdienen, die ihm zuzulassen. Die Mitgliederabnahme in einzelnen Gewerkschaften ist doch nur darauf zurückzuführen, daß in der Zeit der wirtschaftlichen Krise die Ar-

beiter nicht immer in der Lage sind ihre Beiträge für die Organisationen zu entrichten. In einer solchen Zeit die Arbeiter zu einer weitem Beitragsleistung anzuspannen dürfte schwerlich gelingen, und man wird da keine klingenden Erfolge aufweisen. Man kann dagegen wohl einwenden, daß auch in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs bei bedeutungsvollen Ereignissen sich die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft glänzend bewährt habe. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß es sich dann um Sammlungen für solche Bewegungen handelte, die gerade ausgekämpft wurden, und daß die gesammelte Munition direkt dem Kampfplatz zugeführt werden konnte. Das ist in den Massen viel populärer als der Hinweis auf einen Massenstreik, der vielleicht in absehbarer Zeit ausbrechen könnte, vielleicht aber auch unausgeführt bleibt. Es würden deshalb, wie gesagt, die Massen nur dann zu größeren finanziellen Opfern bereit sein, wenn ein ausgebrochener Kampf sie zu erneuter Opferwilligkeit anspornte. Aber selbst wenn Sammlungen, das heißt also einmalige Wehrbeiträge, die Summen aufbringen sollten, die früher bei großen wirtschaftlichen Kämpfen erreicht worden sind, dann wird auch ein solcher Kriegsschatz noch verhältnismäßig gering bleiben, wenn ihm nicht in regelmäßiger Folge neue größere Zuwendungen gemacht werden. Das wiederum liefe auf nichts anderes hinaus, als daß die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen Extrabeitrag für den Massenstreik aufzubringen hätten. Ob sie dazu Neigung verspüren würden, erscheint mehr als fraglich.

In demokratische Organisationen passen besondere Fonds nicht recht hinein. Der Grundsatz der gleichen Rechte und der gleichen Pflichten steht zu ihnen in scharfem Widerspruch. Wer die finanzielle Kriegsbereitschaft der Arbeiterorganisationen erhöhen will, der sorge für eine weitere Ausbreitung der Partei und der Gewerkschaften, und der trete Beschlüssen entgegen, die auf nichts anderes hinauslaufen als die gesunde Entwicklung dieser Organe der Arbeiterbewegung zu stören und die Disziplin ihrer Mitglieder zu untergraben.

XX
MAX SCHIPPEL · TEXTILARBEITER UND KOLONIALE ROHSTOFFVERSORGUNG



SEIT langen Jahren bin ich an dieser Stelle immer wieder darauf zurückgekommen: wie auch in Arbeiterkreisen die geistige Emanzipation von der überlieferten, zunächst kritiklos übernommenen altliberal - manchesterlichen Kolonialfeindlichkeit mehr und mehr fortschreitet, und wie vor allem das Verständnis für die Notwendigkeit kolonialer Produktionsentwicklung, für die Erweiterung unserer unentbehrlichen überseeischen Rohstoff-, Lebens- und Genußmittelgrundlage stetig, obwohl mitunter bedauerlich langsam, wächst.

Schon deshalb wäre es eine unverzeihliche Nachlässigkeit achtlos an den jüngsten Verhandlungen des internationalen Textilarbeiterkongresses in Blackpool vorüberzugehen, die eine neue, wichtige Stufe des geistigen Fortschreitens in der bezeichneten Richtung darstellen. Zugleich aber läßt sich an diese und andere neuere Kundgebungen noch manche weitere Betrachtung anknüpfen, die zur Klärung der noch immer weit auseinandergehenden Meinungen beitragen mag.



UNÄCHST seien die Hauptstellen des Kongreßberichts nach dem Vorwärts wiedergegeben¹⁾):

»In der Nachmittagssitzung beantragt KRÄTZIG (Deutschland) namens der deutschen Delegation die folgende Resolution:

»Der Kongreß beauftragt das Internationale Komitee mit der Untersuchung der Frage, in welcher Weise die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter durch die Rohstoffversorgung der Textilindustrie ungünstig beeinflußt wird, und was geschehen kann, um der wirtschaftlichen Schädigung durch mangelhafte Rohversorgung entgegenzuarbeiten. Dem nächsten Kongreß ist über die Frage Bericht zu erstatten.«

Wir müssen, führte Krätzig aus, nicht nur die Existenzbedingungen der Textilarbeiter sondern auch die Existenzbedingungen der Textilindustrie in den Bereich unserer Betrachtungen ziehen. Aber für die internationale Organisation können dabei nur Fragen in Betracht kommen, die alle Länder in gleicher Weise berühren. So gehört die Zollfrage nicht auf einen internationalen Kongreß. Anders steht es mit der Frage der Rohstoffversorgung. Alle Länder leiden unter schlechten Ernten und der Baumwollspekulation, die zu großen Preisschwankungen führen und unsichere Beschäftigung und Produktionsschwankungen zur Folge haben. Die Internationale müßte untersuchen, was wir dagegen tun können. In dieser Frage besteht noch keine Verständigung der Arbeiter der verschiedenen Länder. . . Es handelt sich übrigens nicht allein um die Baumwollindustrie; auch in der Woll-, Jute- und Leinenindustrie beginnt die Rohstoffversorgung Schwierigkeiten zu machen. MARSLAND (England): Vor 7 bis 8 Jahren, als eine große Baumwollnot herrschte, die Arbeiter oft nur 2, 3 bis 4 Tage in der Woche beschäftigt waren und vielfach hungerten, mußten die Engländer der Frage der Rohstoffversorgung nähertreten. Es wurde eine Britische Baumwollkulturvereinigung gegründet, an der sowohl Fabrikanten wie Händler und Arbeiter beteiligt waren. Die Vereinigung fördert die Baumwollkultur in verschiedenen britischen Kolonien, so daß, wenn die Ernte in einem Teil der Welt schlecht ausfällt, ein anderer herangezogen werden kann. Der Redner hat gegen eine Untersuchung der Frage nichts einzuwenden, verspricht sich aber nicht viel von einer internationalen Aktion und warnt den Kongreß, daß er sich damit eine gewaltige Aufgabe stellt.

ROESSEL (Deutschland) beantragt in der Resolution das Wort Untersuchung durch Diskussion zu ersetzen und den Antrag dem Internationalen Komitee zu überweisen.

Das wird einstimmig angenommen.«

Über den, in der Resolution erwähnten »ungünstigen Einfluß« der Rohstoffknappheit und Rohstoffteuerung braucht hier kaum noch ein Wort verloren zu werden. Im Jahr 1908 führte ich ein Sachverständigenurteil aus dem Londoner Statist an: die ganze Riesenausfuhr von englischen Textilerzeugnissen nach Ostasien ruhe, bei der geringen Zahlkraft der dortigen Abnehmer, auf der Durchschnittsvoraussetzung, daß die Rohbaumwolle in Liverpool 5 Pence pro Pfund nicht wesentlich überschreite; bei mehr als 6 Pence versagten die Käufer Indiens und Ostasiens bereits; bei 6¼ bis 7 Pence müsse man auf 30 bis 40 % der Lancashirer Textilfabrikation und auf entsprechende Aufträge für die schottischen Druckereien und Färbereien verzichten.«²⁾ Wir leben heute allerdings so rasch, daß die genannte Preisziffer an sich bereits hinfällig erscheint; die amerikanische Middling-Upland-Baumwolle, die für England wie für den Weltmarkt maßgebendste Sorte, notierte zwar von der Mitte bis zum Ende der neunziger Jahre noch häufig im Jahresdurchschnitt unter 4 Pence pro englisches Gewichtspfund, ferner 1902 nochmals 4²³/₃₂ und 1905 4,93 Pence; seit 1907 jedoch blieben, mit Ausnahme von 1909 (5,50 Pence) die Jahresdurchschnitte ständig über

¹⁾ Siehe den Bericht über den internationalen Textilarbeiterkongreß, im Vorwärts vom 11. Juni 1914.

²⁾ Siehe meinen Artikel Tropenerschließung und europäische Wirtschaftsentwicklung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908, 1. Band, pag. 81 ff.

6 Pence, sie erreichten 1910 und 1911 sogar 7,86 und 7,84 Pence, so daß die Industrie binnen weniger Jahre allgemein lernen mußte sich einer höhern Preisnorm wohl oder übel anzupassen. Aber das Verhältnis zwischen einer preissteigenden Rohstoffgrundlage und dem hierdurch gefährdeten und geschädigten Industrieoberbau kommt in der zugespitzten Statistbemerkung ganz glücklich zum Ausdruck.

Der Rückschlag für die englischen Textilarbeiter war gleichfalls mit Händen zu greifen. Um die Nachfrage nach Baumwolle möglichst abzuschwächen und auf diese Weise dem weitern Preisanschwellen nach Kräften entgegenzuwirken, gingen die Fabrikanten, meist mit Zustimmung der organisierten Arbeiter, zu allseitigen Betriebseinschränkungen über. In den Baumwollspinnereien herrschte das organisierte short time-System: 1902 während 12 Wochen in den Fabriken, die amerikanische Baumwolle verarbeiteten, 1 Woche lang in den Fabriken für ägyptische Baumwolle; alsdann 1903 während 14 Wochen für beide Zweige; 1904 sogar 14 Wochen für die American mills und 4 Wochen für die Egyptian mills; bereits 1908 wiederum für etwa 7 Wochen und 1909-1910 sogar hinter einander für 38 Wochen in den, auf amerikanische Baumwolle angewiesenen Unternehmungen.³⁾ Die Webereien (oder Webabteilungen) gingen meist nicht planmäßig vor, aber ihr Zusammenhang mit dem Garnbezug und der Garnproduktion zwang sie zu ähnlichen Betriebseinschränkungen, die natürlich, genau wie in der Spinnerei, mit ansehnlichen Lohnverkürzungen für die Arbeiter zusammenfielen. Ein Zweifel über die Wichtigkeit dieser, überhaupt nicht mehr von der Tagesordnung verschwindenden Rohstofffrage blieb mithin kaum noch möglich bei Arbeitern, die sich ihrer Klasseninteressen bewußt waren.

Auf der andern Seite, welche erstaunlichen Mehrgewinne für die baumwollbauenden Agrarier, Groß- wie Kleinagrarier, in den Vereinigten Staaten, die noch immer zwei Drittel bis drei Viertel der gesamten Baumwollwelt-ernte liefern. Der letzte Washingtoner Zensusbericht vergleicht die Zählungsjahre 1899 und 1909 ⁴⁾ und verzeichnet hierbei eine Steigerung der

³⁾ Siehe die Auskunft des Staatssekretärs des Innern Buxton auf eine Unterhausanfrage des Abgeordneten Stanley-Preston, in den Times vom 22. März 1911.

⁴⁾ Siehe 13. Census of the United States taken in the year 1910, 5. Band: Agriculture 1909 and 1910 / Washington 1913/, pag. 680 ff.: Cotton. × Übrigens darf man die unleugbaren Auswüchse der amerikanischen monopolistischen Vormachtstellung und die dadurch ermöglichten Ausschreitungen der Spekulation nicht phantastisch übertreiben, wie der Vorwärts am 15. Februar 1911: »Über die Vorbereitungen zu einem neuen gewaltigen Raubzug der Baumwollspekulanten wird aus London folgendes gemeldet: In dem Baumwoll-erzeugenden Süden der Vereinigten Staaten von Amerika wurde durch eine Erklärung des frühern Ministers des Innern Hoke Smith, der kürzlich zum Gouverneur von Georgia gewählt wurde, eine ungeheure Sensation hervorgerufen. Smith sagte, es sei ein Komplott geschmiedet worden die Baumwollernte dieses Jahres vollständig zu vernichten. Mehrere Spekulanten wollen, wie Smith behauptet, aus New York (!) Tausende von Bollweevils (phalœna obliata), eine die Baumwollkapseln zerstörende Raupe, einführen, um die Staaten Georgia und Süd Carolina, die bisher von den Insekten nicht heimgesucht waren, mit diesen Zerstörern zu überschwemmen. Wie Smith weiter behauptet, beabsichtigen die Spekulanten die Oktoberbaumwollernte aufzukaufen und sie zu Riesenpreisen loszuschlagen, sobald das Fehlschlagen der letzten Ernte bekannt wird. Smith versichert, daß er diese ungeheuerlichen Anschuldigungen auf Grund ganz genauer Erkundigungen erhebe und sie bereits dem Bundesdepartement für Landwirtschaft mitgeteilt habe. Ob den Mitteilungen tatsächliche Absichten zugrunde liegen, oder ob die Spekulanten den Minister nur als Instrument zur Anfachung einer Panik mißbraucht haben, ist für die Beurteilung des Falles ganz gleichgültig. So oder so: der beabsichtigte Zweck ist eine neue künstliche Verteuerung der Baumwolle hervorzurufen, bei der die Macher vielleicht Hunderte von Millionen ergaunern. Solche Verbrechen sind nur bei einer kapitalistischen Plünderwirtschaft möglich. Der Sozialismus erlöst die Welt von solchem Wahnwitz.« In der Tat zum Heulen und Rassen, diese Geschichte von der Seeschlangenraupe, die, wenn einmal losgelassen, ganze Staaten kahlfrüßt, Staaten von der Größe des halben Deutschen Reiches. Aber warum immer bis zum erlösenden Sozialismus gegen solchen Wahnwitz verträsten? Eine kräftige kalte Brause dürfte hier vollständig genügen.

nordamerikanischen Baumwollgewinnung von 9 534 707 auf 10 649 268 Ballen oder um 11,7 %, dagegen eine Steigerung des Erntewerts von 323 758 171 auf nicht weniger als 703 619 303 Dollar oder um mehr als 117 ‰. Der weitaus größte Cottonstaat Texas sah seine Ernte zeitweise sogar herabgehen, von 2 506 212 auf 2 455 174 Ballen, oder um 2 ‰, während sein Erlös daraus noch immer um 78,4 Millionen Dollar (von 84 332 713 auf 162 735 041 Dollar) oder um 93 % stieg. Ähnlich lieferte Mississippi, der viertgrößte Baumwollstaat der Union, 1909 186 642 Ballen oder 14,2 ‰ weniger als 10 Jahre zuvor (1899 1 313 798, 1909 1 127 156 Ballen), bei einem schließlichen Mehrerlös von 35 808 491 Dollar oder 75,6 ‰ (47 340 314 Dollar Verkaufswert in 1899 gegen 83 148 805 Dollar in 1909). Der drittgrößte Anbaustaat Alabama erzeugte 1909 1 129 527 Ballen, das sind nur 22 687 Ballen oder nur 2,0 % mehr als 10 Jahre zuvor; er nahm jedoch 37 200 638 Dollar oder 100,5 % mehr dafür ein: immer auf Kosten der weiterverarbeitenden Gewerbe natürlich. Soll die Industrie, die Industriearbeiter eingeschlossen eine solche folgenschwere Entwicklung mit dem Gleichmut eines fatalistischen Säulenheiligen ansehen und ertragen?



IT *prinzipiellen* Vorurteilen recht wenig belastet und außerdem durch die ganze britische Reichsentwicklung mit kolonialen Vorgängen vertrauter als die kontinentaleuropäischen Arbeiter. haben die nächstbetroffenen englischen Gewerkschaften in der Folgezeit die Bestrebungen auf Ausdehnung des kolonialen Baumwollanbaus energisch unterstützt. Gleich von Anfang an ohne besonderes Zögern, und bisher auch ohne jedes spätere Zweifeln und Schwanken, ganz wie dies dem ruhig umsichtigen, aber nach der einmal getroffenen Entscheidung auch schwer wieder aus dem Gleis zu bringenden Charakter der englischen Arbeiterbewegung entspricht.

Die letzte größere Kundgebung bezog sich meines Wissens auf die Förderung des Baumwollanbaus im Sudan, nachdem die älteren Bestrebungen sich von Indien und dem eigentlichen Ägypten abgesehen, mehr Nigerien, Nyassaland, der Goldküste, Uganda und Britisch Ostafrika zugewandt hatten. Als gegen Ende Januar 1913 eine Deputation der für alle diese Agitationen innerhalb wie außerhalb Englands maßgebenden British Cotton Growing Association beim Premierminister Asquith vorsprach, befand sich darunter Herr Alfred Henry Gill, ein Textilarbeiter von Kindesbeinen an (er war schon mit 10 Jahren als Halbzeitleiter in einer Rochdaler Baumwollfabrik beschäftigt) und seit 1906 Arbeitervertreter für Bolton im Unterhaus. In der Preßmitteilung hieß es damals:

»Herr A. H. Gill, Mitglied des Parlaments, unterstützte die Vorschläge als Vertreter der Textilarbeiter. Die Arbeiter wären, führte er aus, häufig in Zwiespalt mit den Unternehmern wegen der Löhne und wegen anderer Fragen, aber auf diesem Gebiet habe absolute Übereinstimmung und Zusammenwirken seit einer Reihe von Jahren geherrscht. Die Arbeiter hätten selber über 41 000 Pfund Sterling [820 000 Mark] durch ihre Gewerkschaften und aus Einzelzeichnungen zum Fonds der Association beigesteuert, ebenso die Genossenschaften 13 000 Pfund Sterling [260 000 Mark]. Wenn alle Spindeln in Tätigkeit bleiben sollten, so wäre hierfür ein erweitertes Gebiet der Baumwollzufuhr die notwendige Voraussetzung, und gerade der Sudan wäre für die Erzeugung solcher Sorten geeignet, wie sie in Bolton und anderen Plätzen gebraucht würden.«³⁾

³⁾ Siehe den Bericht in den Times vom 24. Januar 1913; den folgenden Parlamentsbericht in den Times vom 24. April 1913.

Als im darauffolgenden April die Genehmigung einer reichsseitigen 3½prozentigen Zinsbürgschaft für eine Sudanleihe von 3 Millionen Pfund Sterling im Unterhaus zur Beratung stand, begründete der Schatzkanzler die Vorlage in erster Linie mit dem Rohstoffbedarf der Lancashirer Industrie, und wieder erhob sich Herr Gill, als Sprecher der parlamentarischen Arbeiterpartei, für die Bewilligung:

Herr Gill legte dar, es sei von der größten Wichtigkeit für Lancashire über eine ausreichende Zufuhr von roher Baumwolle zu verfügen. Die Baumwollgewerbe weiteten sich rapid aus, und sie müßten, im Wettlauf mit anderen Nationen, entsprechend ihre Baumwollversorgung steigern. Lancashire wünsche keinen Zollschutz, aber sie wünschten eine Expansion der Anbaubiete, denn heute könne eine Mißernte in einem Erdteil geradezu zur Kalamität werden.«

Da die englischen Bemühungen und Organisationen seit jeher weitaus im Vordergrund der ganzen internationalen Bewegung stehen⁶⁾, so wäre am besten gleich bei dieser Gelegenheit eine groteske, sinnlose Übertreibung zurückzuweisen, wie sie in deutschen Parteiblättern nicht selten wiederkehrt. Die *prinzipiellen* Gegner jedes Fortschritts auf unserm Gebiet gehen nämlich mit Vorliebe von der ganz grundlosen Einbildung aus: die gewollte Förderung des kolonialen Anbaus bedeute nichts weniger als eine vollständige Ausschaltung der Lieferungen seitens der Vereinigten Staaten, und sie halten diesem angeblichen Plan die verstiegensten Berechnungen und die hochmütigsten Einwände entgegen, um die Unmöglichkeit und Unüberlegtheit des ganzen Endziels zu beweisen.

Selbstverständlich handelt es sich, selbst bei dem kolonieengesegneten England, das noch am ehesten das Zeug dazu hätte, nicht entfernt um etwas Ähnliches, wenigstens nicht in absehbarer, praktisch allein ins Auge zu fassender Zeit. Es liegt für die europäischen Textilindustriellen zudem gar nicht der geringste Anlaß vor sich in diesem Fall, nach wenig berühmten Mustern, auf das »Alles oder nichts« zu versteifen. Was schält sich vielmehr bei näherem Zusehen als der wirkliche feste Kern des ganzen Problems heraus? Das amerikanische Pflanzungszeugnis reicht, neben den lediglich ergänzenden anderen Produktionsländern, die bisher noch niemals zu mitentscheidender selbständiger Bedeutung gelangten, bei stärkerer Einschränkung (bisher stets durch Mißernten, in Zukunft öfter vielleicht auch durch Farmerübereinkunft) nicht mehr aus für den rasch anschwellenden amerikanischen, europäischen und sonstigen textilindustriellen Weltbedarf. Starke Preisschwankungen, plötzliche heftige Preissteigerungen waren das unvermeidliche Ergebnis dieses unsichern, bald mühsam aufrechterhaltenen, bald ganz versagenden Gleichgewichts. Der gesuchte sichernde Ausgleich hat, wie sich unter diesen Umständen von vornherein denken läßt, gar nichts mit einem Vollersatz für die ganze amerikanische Ernte oder auch nur für

⁶⁾ Eine andere Auffassung hat allerdings der Vorwärts (Die angebliche Baumwollnot, 22. August 1911): »Die ganze Baumwollnot ist nur ein Wahngelbde, womit die Kapitalisten in ihrem privaten Interesse die Volkmasse dumm zu machen und zu erschrecken suchen . . . Wenn irgendein Land, so müßte vor allen Dingen Großbritannien in Sorge sein wegen der angeblich drohenden Baumwollnot. Es hat die bei weitem größte Baumwollindustrie der Welt, es besitzt im eigenen Land keine Faser des Rohstoffes, es bezieht aus seinen Kolonien nur einen Bruchteil, das meiste kommt aus den Vereinigten Staaten, das heißt aus dem Land des stärksten Konkurrenten. Die Engländer sind aber viel zu gute Kaufleute, als daß man es riskieren könnte sie mit solchen Phantasiegebilden zu erschrecken, wie sie in Deutschland gang und gäbe sind, um die Politik des Staates in den Dienst privater kapitalistischer Interessen zu spannen. Wer in England mit solchen Argumenten kommen wollte, wie sie unsere Kolonialschwärmer unaufhörlich in vollem Ernst vortragen, würde unauslöschlichem Gelächter verfallen.« Hm, Hm!

die ganze amerikanische Ausfuhr zu tun. Das ganze Problem stammt vielmehr, während in den 10 Jahren 1901-1902 bis 1911-1912 die amerikanische Durchschnittsernte etwas über $12\frac{1}{3}$ Millionen Ballen betrug, aus Schwankungen von 1, 2 und 3 Millionen Ballen. Diese 1, 2 und 3 Millionen genügten durchaus der internationalen Industrie die peinlichsten Verlegenheiten zu bereiten, durch das Auf und Ab der Preise und der unter bestimmten Voraussetzungen verfügbaren Zufuhrmengen: beispielsweise durch Preiserhöhungen um über 50 %, wenn man von einem frühern Normaljahrespreis von 5 Pence in Liverpool ausgeht (Jahresdurchschnitt 1909-1910 bei 10,6 Millionen Ballen amerikanischer Ernte 7,86 Pence in Liverpool). Es wiederholt sich hier einfach etwas Ähnliches wie nach der vielgenannten alten Gregorv-Kingschen Regel für den Getreidemarkt auf einer frühern Entwicklungsstufe ein Ernteminus von einem Zehntel (10 %) verursachte nach King und Tooke ungefähr eine Kornverteuerung um drei Zehntel (30 %), ein Ernteaussfall von einem Fünftel (20 %) eine Verteuerung bereits um vier Fünftel (80 %); oder umgekehrt ausgedrückt: eine Anbauvermehrung um etwa ein Fünftel oder auch nur um etwa ein Zehntel hätte Preissteigerungen von ungefähr 80 und 30 % verhüten können. Jeder Vergleich hinkt, aber das verhältnismäßig viel bescheidenere Rohstoffproblem hebt sich hierdurch vielleicht am nachdrücklichsten gegen die erwähnten maß- und sinnlosen Übertreibungen unserer *Prinzipiellen* ab. Und sollten die zu wünschenden, auf ihr richtiges Größenmaß verkürzten Ergänzungszufuhren im Ernst niemals durch die vereinten Bemühungen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und anderer Länder zu erzielen sein? Nicht einmal zu einem Teil, der doch auch schon einen ängstlichen Sorgenzustand in eine immerhin erträglichere Auskommensmöglichkeit verwandeln könnte, selbst wenn, wie so oft in der praktischen Politik, ein gewisser ungelöster Rest der Frage alsdann noch zurückbliebe?



CH sprach von den vereinten Bemühungen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und anderer Länder. Damit wären wir bei einer weitverbreiteten zweiten falschen Auffassung angelangt, die noch immer viel Verwirrung stiftet, und die jetzt kurz erörtert werden soll.

Vielfach versteht man nämlich die ganze Reformbewegung dahin: daß England die Deckung seines Baumwollbedarfs für sich in seinen britischen Kolonien betreiben wolle, daß entsprechend Deutschland seine bedurften Zufuhren wiederum aus seinen eigenen reichsdeutschen Kolonien heranziehen müsse, und so fort, so daß wir also nicht mehr wie bisher einem gemeinsamen Weltmarktssammelbecken für Rohstoffe gegenüberstehen würden, aus dem alle modernen Industrieländer je nach Bedarf und Kaufkraft schöpfen, sondern einer ganzen Reihe national absondelter Zufuhr- und Versorgungsströmungen, immer und zwar ausschließlich von Kolonie zu Mutterland. Auch dies liegt ganz und gar nicht im Wesen des Problems, sosehr natürlich, im Fall freier Wahl und ohne sonstige Gegengründe, jede Nation sich lieber auf die eigene als die fremde Kraft und Produktion stützt. So entstehen auch hier Kämpfe gegen einen hohlen Popanz, bei denen es schade um den Aufwand von Zeit und Worten ist.

Nehmen wir England. Um der Baumwollknappheit zu wehren, hat England seit jeher, schon nach der Sklavereiaufhebung in Westindien, dann wiederum seit dem amerikanischen Bürgerkrieg sein Augenmerk vor allem auf Indien gerichtet. Aber England selber bezieht verblüffend wenig Baumwolle aus den indischen Provinzen, weil es für die, hier vorzugsweise gedeihende kurz-faserige Ware wenig Verwendung hat. Frankreich und noch viel mehr Deutschland überholen England in den indischen Bezügen bei weitem. Ist dies Verletzung oder Wahrung der britischen Textilinteressen? Hören wir Sir C. M. Macara, den namhaftesten und unermüdlichsten Führer der ganzen internationalen Unternehmerorganisation, im Juni 1913:

»Der Menge nach folgt auf die amerikanische die ostindische Gewinnung. Die folgenden Zahlen mögen erläutern, wie wichtig diese [indische] Erzeugung ist, und wie sie stetig wächst:

Baumwollerntejahr	Ballen zu 400 englischen Pfund ¹⁾
1886-1887	2 657 000
1896-1897	2 999 000
1906-1907	5 197 000
1909-1910	5 317 000

Im laufenden Erntejahr schätzt man den Ertrag auf 6 Millionen Ballen, und ohne Zweifel liegen hier günstigere Entwicklungsmöglichkeiten vor als in irgendeinem andern Teil der Welt. Gegenwärtig braucht England nur sehr wenig ostindische Baumwolle: nicht halb so viel wie Frankreich und nicht ein Fünftel so viel wie Deutschland . . . Aber es ist ganz irreführend deshalb zu glauben, daß die indische Ernte für England wenig Bedeutung habe. Ganz im Gegenteil. Bringt sie große Mengen herüber, so befriedigt sie den Bedarf europäischer Spinner, in erster Linie in Deutschland, Österreich und Italien, die vorzugsweise gröbere Garne für ihre heimischen Ansprüche herstellen, und in entsprechendem Betrag vermindert sie die Nachfrage nach dem amerikanischen Erzeugnis, mit dem die Spinner von Großbritannien zu fünf Sechsteln ihren Bedarf decken müssen.«

In der Tat gelangt hierin die einzig haltbare Auffassung zum Ausdruck. Auch wenn Britisch Indien nicht für England Baumwolle anbaut, so entlastet es dennoch den Weltmarkt um die Baumwollmengen, für die im andern Fall die heutigen Verbraucher des indischen Rohstoffs (Deutschland, Frankreich) als Mehrnachfragende und Mehrkäufer auftreten müßten. Insofern hat England so gut wie jedes andere Bedarfsland den Vorteil davon, nur mittelbar statt unmittelbar. Es wäre sogar eine unverzeihliche, selbstschädigende Kurzsichtigkeit sondergleichen, wenn England in seinen ostasiatischen Gebieten den Baumwollanbau nur insoweit fördern wollte, als es selber das eigenartige, nur für bestimmte Zwecke geeignete indische Erzeugnis zu verwenden gedenkt. Umgekehrt hat Rußland in Russisch Asien (Transkaspien, Turkestan) eine ganz beträchtliche Baumwollgewinnung geschaffen, die es so gut wie ausschließlich für sich selber beansprucht. Ist dies deshalb als eine rein national abgesonderte, für den internationalen Weltmarkt gleichgültige Entwicklung anzusehen? Durchaus nicht, denn ohne diese neugeschaffene Rohstoffeigenproduktion müßte Rußland, nachdem es immer rascher in eine große Textilindustrie hineingewachsen ist, entsprechend seine Nachfrage nach fremder Baumwolle auf dem Weltmarkt ausdehnen, müßte

¹⁾ Die amerikanischen Ballen zu 500 Pfund, so daß also die Ziffern nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Der Artikel Macaras in den Times vom 27. Juni 1913: The Spinning Trade of Lancashire.

LEON CHASANOWITSCH · ZIELE UND MITTEL DES SOZIALISTISCHEN ZIONISMUS



NTER dem jüdischen Proletariat hat vor etwa einem Jahrzehnt eine Bewegung auf dem Boden des internationalen Sozialismus begonnen, die für die bürgerliche und nationale Gleich- und Vollberechtigung der Juden kämpft, aber die Assimilation als Mittel zur Lösung der Judenfrage verwirft, die Verbrüderung der jüdischen Arbeiter aller Länder anstrebt und in der Begründung eines jüdischen Gemeinwesens mit nationaler Kultur in Palästina auf der Grundlage einer landwirtschaftlichen und industriellen Kolonisation das eigentliche Mittel zur Aufhebung der materiellen und moralischen Not der Juden erblickt.

Aus zwei ganz verschiedenen Lagern rekrutierten sich die Anhänger dieser Bewegung: aus dem sozialistischen und dem zionistischen. Jüdische Arbeiter, die ausschließlich sozialistischen Ideen gehuldigt hatten und nunmehr von dem nationalen Ideal ergriffen worden waren, auf der einen, Proletarier, die zionistischen Vereinen angehört hatten und erst zum Klassenbewußtsein erwachten, auf der andern Seite schlossen sich der neuen Richtung an, die in der Stellung zur nationalen oder zur sozialen Frage von ihren Adepten kein Opfer des Intellekts fordert. Der alte Gegensatz zwischen dem Zionismus und dem Sozialismus, den beiden großen Strömungen des Ostjudentums unserer Tage, die zu gleicher Zeit entstanden und sich dann sofort gegenseitig zu bekämpfen begannen, hat auf diese Weise zum Teil seine Aussöhnung in dem sozialistischen Zionismus, dem Poalezionismus, gefunden. Dieser mußte, um sich durchzusetzen, zunächst einen Kampf gegen zwei Fronten beginnen: gegen den assimilatorischen Sozialismus, der mit seinem undifferenzierten Internationalismus und Kosmopolitismus im Effekt gerade dem aggressiven Nationalismus der herrschenden Völker Vorschub leistet, und gegen den bürgerlichen Zionismus, der in der sozialistischen Propaganda eine nationale Gefahr witterte. Der Kampf zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Zionismus kann als beendet angesehen werden, da es fast durchweg gelungen ist die national gerichteten Schichten des jüdischen Proletariats von dem bürgerlichen Flügel des Zionismus abzutrennen und für die Ideale des Sozialismus zu gewinnen, ein Verdienst, das die Partei Poale Zion für sich in Anspruch nehmen darf; den assimilatorischen Sozialisten wäre es sicherlich nie gelungen zum Beispiel das national empfindliche jüdische Handelsproletariat Galiziens, das gegenwärtig fast ausschließlich in den Reihen der Poale Zion organisiert ist, sozialistisch umzustimmen. Der Kampf zwischen den assimilatorischen oder halbassimilatorischen und den zionistischen Sozialisten dauert dagegen noch immer an, obgleich er viel von seiner ursprünglichen Heftigkeit und Gehässigkeit eingebüßt hat und die Assimilatoren immer mehr Zugeständnisse machen.

Poalezionistische Organisationen bestehen fast überall, wo es eine zahlreiche jüdische Arbeiterschaft gibt. Die poalezionistischen Vereine in Rußland, Österreich, England, Nordamerika und Palästina sind in Landesorganisationen zusammengeschlossen, weisen eine relativ zahlreiche Mitgliedschaft auf, verfügen zumeist über eigene Preßorgane (das hebräisch erscheinende Blatt Haachduth in Jerusalem ist das einzige sozialdemokratische Blatt in Palästina), nehmen an der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbe-

wegung aktiven Anteil und spielen in mancher Beziehung, besonders im Kampf für die nationalen Rechte des jüdischen Volkes wie auf dem Gebiet der Volksbildungsarbeit, eine führende Rolle. Poalezionistische Gruppen gibt es ferner in fast allen Immigrationsvierteln Westeuropas sowie auch in Argentinien. Sogar unter den spaniolischen Proletariern Bulgariens und Salonikis wie unter den jüdischen Arbeitern holländischer Zunge beginnt der sozialistische Zionismus Fuß zu fassen. Sämtliche poalezionistischen Landesorganisationen und lokalen Gruppen bilden einen interterritorialen Verband, der den etwas langen Titel Universeller Jüdischer Sozialistischer Arbeiterverband Poale Zion führt, und dessen Sitz Wien ist. Dies ist vorderhand die einzige Körperschaft, die die Einheit und Gemeinbürgerschaft des jüdischen Proletariats aller Länder organisatorisch zum Ausdruck bringt. Die dem interterritorialen Verband angeschlossenen Landesparteien sind in ihren inneren Angelegenheiten autonom, während für allgemeine Angelegenheiten der jüdischen Arbeiterschaft der interterritoriale Verband (der jedes Jahr eine Delegiertenkonferenz abhält) allein zuständig ist.



EHEN wir nun etwas näher auf die Weltanschauung der Partei Poale Zion ein. Für ihre Stellung zu den sozialen Problemen dürfte der Hinweis genügen, daß sie sich die Theorie und Praxis des internationalen Sozialismus zu eigen gemacht hat. Nach dem kurzgefaßten Statut des Verbands Poale Zion umfaßt dieser »alle die, die auf dem Boden der sozialistischen Lehre stehen« und als Ziel anstreben »die Vernichtung der kapitalistischen Ordnung und der Klassenherrschaft der Bourgeoisie durch den wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf des Proletariats und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel«. Außerdem hat sich jede Landesorganisation selbständig ein ausführliches sozialistisches Maximal- und Minimalprogramm geschaffen, das mit den Programmen aller sozialistischen Parteien inhaltlich identisch und den besonderen politischen und ökonomischen Verhältnissen des Landes angepaßt ist. Dem entspricht auch die Taktik der zionistischen Sozialisten auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet.

Auch in der nationalen Frage weiß sich die Partei Poale Zion im allgemeinen eins mit den besten Denkern des internationalen Sozialismus. Wie diese jagt sie nicht, gleich unseren assimilatorischen Gegnern, alles Nationale nivellierenden Utopieen nach; ihr Ideal ist nicht ein fleisch- und blutloses Menschentum, sondern sie strebt eine Ordnung der Dinge an, die unter Wahrung des vollsten Selbstbestimmungsrechts und ungehemmter Durchsetzungsmöglichkeit aller Völker den Weltfrieden und die Völkereintracht gewährleistet. Es ist ja nachgerade ein Gemeinplatz geworden, daß der Internationalismus der Arbeiterklasse den fortschrittlichen defensiven Nationalismus nicht aus- sondern einschließt, daß der Sozialismus nicht die Selbstverleugnung und Selbstenttäuberung der Völker fordert, sondern umgekehrt erst die Möglichkeit schaffen wird für die freie Entfaltung der nationalen Individualitäten, die im Wettlauf des kulturellen Schaffens die menschliche Kultur mannigfacher gestalten und zur höchsten Blüte emporführen werden. Die für das Nationalitätenproblem wohl kompetente Sozialdemokratie Österreichs, die sich ein großes Verdienst wenigstens um die Anbahnung einer theoretischen Lösung der Nationalitätenfrage, und nicht nur in Österreich, erwarb, hat mit den unkritischen, wissenschaftlich und histo-

risch unhaltbaren Interpretationen des ältern sozialistischen Internationalismus gründlich aufgeräumt und die Forderung nationalterritorialer und nationalpersonaler Autonomie aller Völker (allerdings sonderbarerweise mit Ausnahme der Juden) aufgestellt. Es war auch ein Theoretiker der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, der in seinem bekannten Buch *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* den Nachweis der nationalisierenden Wirkungen der sozialistischen Bewegung erbracht und den fruchtbaren Gedanken ausgesprochen hat, daß erst der Sozialismus die breiten Volksmassen, die »Hintersassen« der Nation, zur Stufe der Nation emporheben wird, daß die »evolutionistisch-nationale« Politik der modernen Arbeiterklasse »nicht nur die Weiterentwicklung des Nationalcharakters nicht hindern sondern . . . erst das gesamte Volk zur Nation machen, zur Nation sich entwickeln lassen« will. Ganz meine Auffassung. Wenn wir aber die Nutzenanwendung dieser Erkenntnis auf die Judenfrage ziehen, so wird dies von niemand so übel vermerkt wie gerade von der deutschen und der polnischen Sozialdemokratie Österreichs, die dann ein Zetergeschrei über *Reaktion, Chauvinismus* oder gar *Klerikalismus* erhebt. Die jüdische Assimilation erfreut sich auch sonst fast überall des besondern Wohlwollens und Schutzes der Sozialisten, während alles, was dem Abbröckelungsprozeß der Juden Abbruch zu tun geeignet scheint, scheel angesehen wird. Was man den Angehörigen eines noch so winzigen, unzivilisierten und geschichtsvergessenen Volkes nicht zumuten würde, wird von den Juden geradezu als unerläßlicher Beweis der sozialistischen Gesinnungstüchtigkeit gefordert: der Verzicht auf ihre Nationalität, das Fahrenlassen jeder Hoffnung auf eine Aufrichtung ihres gehetzten und geknickten Volkes. Das ist ein unhaltbarer Zustand, unhaltbar gerade vom sozialistischen Standpunkt aus; denn die Assimilation der Juden, namentlich wie sie sich zum Teil im Osten gestaltet hat, ist nicht nur eine antinationale sondern auch eine im höchsten Grad antisoziale Erscheinung.

Wäre es allgemein möglich, daß die Juden unter den anderen Völkern aufgehen, so ließe sich immer noch darüber streiten, ob wir dies auch wünschen sollen. Gar vieles spricht dafür, daß die menschheitliche Gesittung wenig gewinnen, dagegen aber viel verlieren würde, wenn dieses Volk (das schon im sogenannten Altertum zu den ältesten Kulturvölkern überhaupt gehörte: hatte doch schon Flavius Josephus vor etwa 1800 Jahren Anlaß in seiner Schrift gegen Apion den Nachweis des höhern Alters seines Volkes gegenüber den damals herrschenden Römern und Griechen zu erbringen), das eine alte kontinuierliche Kultur und unzweifelhaft eine Reihe großer Charaktereigenschaften aufweist, von dem Schauplatz der Geschichte verschwände. Aber wozu uns in Hypothesen ergehen? Die Assimilation, die durch den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg einer Minorität im Judentum bedingt ist, ist insgesamt ohnehin unmöglich. Sie muß sich auf eine schmale Oberschicht der Judenheit beschränken, während die breiten Volksmassen von ihr unberührt bleiben. Die jüdischen Volksmassen hängen, wie das Volk überall, zäh an ihrer Sprache und Kultur, und alle Anstrengungen der Intelligenz sie in einer fremden Kultur aufgehen zu lassen haben bloß den negativen Erfolg einer gewissen Verwilderung des Volkes. Es gibt eben nur zwei Möglichkeiten: entweder Eigenkultur oder innere Barbarei. Die Assimilation hat auf allen Gebieten nur negative Ergebnisse. Sie ist ein Versuch der Lockerung aller

sozialen Bande, sie treibt einen Keil zwischen Intelligenz und Volksmassen, stumpft das Gefühl der Verantwortlichkeit der einen gegen die anderen ab, dekapitiert gleichsam das Volk, indem sie es seiner natürlichen Führer und Erzieher beraubt, verursacht so eine allgemeine Verwahrlosung und gibt es dem schlimmsten Obskurantismus und der zügellosesten Demagogie preis. Wenn die Assimilation sich also als untaugliches Mittel zur Lösung der Judenfrage erweist, wenn sie für das Volksganze erlösend nicht wirken kann, so wirkt sie doch auflösend und zersetzend und richtet gewaltige Verheerungen im jüdischen Volksleben an. Wir, die wir sie aus allernächster Nähe am Werk gesehen haben, mußten ihre Feinde werden.

Der Leser wird bemerkt haben, daß ich hier von den Juden des europäischen Ostens spreche, wo die Verhältnisse ganz anders liegen als im Westen. Die weit verbreiteten falschen Vorstellungen über die Tendenzen des jüdischen Volkslebens rühren zumeist daher, daß die Zustände im Westen willkürlich auf den Osten übertragen werden, ein Fehler, der auch eine Reihe von Sozialisten zu Irrtümern und Fehlschlüssen verleitet hat. In Deutschland, Frankreich, Holland, Italien war die Assimilierung der Juden bis zu einem gewissen Grad ein notwendiger Prozeß. In diesen Ländern waren sie zahlenmäßig schwach vertreten und hatten nach der Niederreißung der Ghetto-mauern trotz des Antisemitismus die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg. Die ökonomisch aufsteigende Klassenbewegung, das Emporklimmen auf der sozialen Stufenleiter im Handel und Finanzwesen wie in den liberalen Berufen machte die allgemeine Anpassung an das nichtjüdische Milieu notwendig und möglich. Die Assimilation erfaßte gleichzeitig alle Teile der Judenheit und konnte in ihrer Mitte keine Gegensätze auslösen, es sei denn auf religiösem Gebiet. In Rußland, Galizien, Rumänien und neuerdings in Nordamerika, wo die Millionen des jüdischen Volkes leben, ist ein gleicher allgemeiner sozialer Aufstieg vollständig abgeschlossen. Die Ostjuden machen einen entgegengesetzten Entwicklungsprozeß durch: eine fast allgemeine Proletarisierung. Während unter den eingeborenen Juden des Westens auch die ehemals in den Ghetti gepflegten Handwerke zum größten Teil verschwunden sind, werden die Handwerksberufe und die Fabrikarbeit immer mehr zur Existenzbasis der Ostjuden. Dagegen wird ihnen im Handel und in der Vermittlertätigkeit jeder Art, den Berufen, für die nach der traditionellen und unkritisch von einem auf den andern übertragenen Anschauung der europäischen Öffentlichkeit die Juden von aller Ewigkeit her prädestiniert sein sollen, hier durch drakonische Maßnahmen der Regierungen, dort durch lauten oder stillen Boykott, der Boden entzogen. Dem fortwährenden Übergang der Ostjuden zur produktiven Arbeit, der als eine Erscheinung von der allergrößten Bedeutung in der jüdischen Geschichte anzusehen ist, verdankt das moderne jüdische Proletariat, das dem Judentum einen ganz neuen Stempel aufdrückt, seine Entstehung. Im jüdischen Proletariat ist dem jüdischen Volk ein aktiver volkserhaltender Faktor erstanden, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die produktive Arbeit gibt der jüdischen Volkspersönlichkeit Würde und Selbstbewußtsein; die sozialistisch durchglühte, kampffähige und kampflustige jüdische Arbeiterklasse setzt sich mit gleicher Energie für die jüdische Emanzipation wie für die Niederwerfung des Kapitalismus ein. Dort, wo die Juden sich ehemals vor ihren

Feinden in die Mauselöcher zu verkriechen pflegten und zu Gebeten ihre Zuflucht nahmen, kämpfen jetzt die jüdischen Arbeiter im offenen Kampf auf Leben und Tod.

Das jüdische Proletariat ist auch der ernsteste Träger der jüdischen Kultur geworden. Die jiddische Literatur, die im Aufblühen ist, trägt deshalb auch einen ausgesprochenen Volks- und proletarischen Charakter. Das jüdische Proletariat, zweifellos dasjenige, das (neben dem deutschen, und in gleicher Art wie dieses) am meisten von internationaler Gesinnung durchdrungen ist, erfüllt so auch, ohne sich dessen übrigens allgemein bewußt zu sein, eine große nationale Mission. Das ist kein Widerspruch, da ja, wie gesagt, die sozialistische Bewegung nationalisierende Wirkungen auslöst. Tatsächlich kann die Assimilation keinen ernstern Feind haben als das jüdische Proletariat. Die sozialistisch orientierte jüdische Arbeiterschaft, die den nationalen Chauvinismus immer abgelehnt hat, empfindet gleichzeitig einen instinktiven Ekel gegen das antisoziale und kulturwidrige Treiben der Assimilanten letzter Generation, die (anders als die vom reinen Humanitätsideal erfüllte und daher in einem ganz andern Sinn assimilatorisch gerichtete frühere Generation) den materiellen Erfolg anbeten und sich immer auf die Seite des Stärkern schlagen. Es gibt unter dem jüdischen Proletariat heute keine Partei mehr, die die Assimilation billigte. Der Bund, die erste jüdische sozialdemokratische Organisation in Rußland, die sich große Verdienste um die Organisierung der jüdischen Arbeiterschaft dieses Landes erworben hat, ist nach und nach von der Assimilation ganz abgerückt und hat seinem Programm die Forderung nach einer nationalkulturellen Autonomie der Juden einverleibt. Auch die jüdische Sprachföderation der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten hat auf ihrem letzten Parteitag den Theorem der Assimilation entsagt und sogar den Antrag eines Zusammenarbeitens mit den jüdischen Sozialisten der anderen Länder gutgeheißen.

Am meisten hat jedoch die Assimilationsidee unter den jüdischen Arbeitern Galiziens Schiffbruch gelitten. Hier hat die polnische Sozialdemokratie, in der die jüdischen Arbeiter früher organisiert waren, und die ihnen gegenüber immer mehr den Hausherrnstandpunkt hervorgekehrt und ihnen sogar das Recht auf ihre Sprache verweigert hat, vom antisemitelnden Ton ihres Hauptorgans *Naprzod* zu schweigen, jeglichen Einfluß auf sie verloren. Die jüdischen Arbeiter Galiziens haben auch am wenigsten Grund sich für die Assimilation zu begeistern. Haben sie doch am eigenen Leib die Wirkungen des verabscheuungswürdigen Gebarens der Assimilantenklügel zu spüren bekommen. Vor dem Ausgleich der Zentralregierung mit den Polen *Träger des Deutschtums* in Galizien, haben die Assimilanten nach dem Ausgleich rasch umgesattelt und sich als *Polen mosaischer Konfession* etabliert. Die polnische Schlachta förderte diese Wandlung, da sie zur Niederhaltung der Ruthenen der jüdischen Hilfe bedurfte. Die Polen sind nämlich gar nicht die Mehrheit im Land. Erst durch die Lüge der Assimilation, die die große Masse der jüdischen Bevölkerung, die nicht einmal polnisch versteht, zu Vollblutpolen stempelte, konnte künstlich eine polnische Majorität konstruiert werden, in deren Namen die Schlachzizen die Führung des Landes an sich gerissen haben. Dafür belohnten die polnischen Machthaber ihre Hausjuden damit, daß sie ihnen die Verwaltung der Kultusgemeinden übertrugen und ihnen die jüdischen Volksmassen auf Gnade und Ungnade auslieferten.

Die Folgen des assimilatorischen Regimes sind nun eine Desorganisation der galizischen Juden, eine Volksverdummung durch die chassidischen Wunder-
rabbis (die Wunder-
rabbis bedeuten an sich schon eine ganz unjüdische, weil mit der aus dem Wesen der jüdischen Religion fließenden Eigenverantwortlichkeit des einzelnen im Widerspruch stehende Institution; sie sind auch die politischen Waffenbrüder des Assimilantentums) und eine beispiellose Volksverelendung, um die sich die Kahalgewaltigen gar nicht kümmern. Die Assimilanten sind auch immer auf der Seite der politischen Reaktion zu finden und arbeiten mit allen Mitteln der Korruption und des Terrors, um die jüdischen Volksmassen der Reaktion dienstbar zu machen. Daher mußte die jüdische Arbeiterschaft Galiziens mit Notwendigkeit in schärfste Opposition zum Assimilantentum treten.

In der Frage der Assimilation ist auf diese Weise eine allmähliche Annäherung der anderen jüdischen Arbeiterparteien aller Länder an die Anschauung der Poale Zion zu konstatieren. Es fehlt freilich noch oft an Klarheit des Blicks, Konsequenz und Nackensteife. Doch unsere engeren Genossen kämpfen mit zäher Energie für die Anerkennung und Festigung der jüdischen Nationalität und setzen sich mit aller Kraft für eine weitgehende Autonomie des jüdischen Volkes an der Seite der anderen Nationalitäten ein. Die poalezionistische Partei in Österreich erblickt den Weg zur nationalen Autonomie der Juden in der Demokratisierung, Nationalisierung und Zusammenfassung der israelitischen Kultusgemeinden und in der Erweiterung ihres Wirkungskreises; sie fordert demgemäß das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu den Kultusgemeinden. Sie fordert ferner deren Umwandlung in rein nationale Körperschaften und arbeitet darauf hin, daß die so reformierten Gemeinden sich in einen Gemeindebund zusammenschließen, der mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet ist. Aus den ehemaligen Organen der jüdischen Selbstverwaltung, die dank der Assimilation vollständig verkrüppelt und entartet sind, soll so durch das Erwachen der jüdischen Demokratie ein brauchbares Werkzeug zur Sanierung der verlotterten Zustände geschaffen werden, besonders innerhalb der galizischen Judenheit, und zur Linderung des großen wirtschaftlichen und kulturellen Elends der jüdischen Volksmassen.



AN sieht, die Partei Poale Zion teilt keineswegs die pessimistische Anschauung des bürgerlichen Zionismus über die Möglichkeiten der Diaspora, der gegenüber dieser sich, von Ausnahmen abgesehen, prinzipiell einer fast völligen Abstinenz befleißigt. Die Partei Poale Zion hält diese Negation für verhängnisvoll, da sie nur dazu angetan ist die Energieen des Volkes zu lähmen und es in einen Zustand der Passivität zu versetzen, der auch dem Zionismus als solchem nicht förderlich sein kann. Auch wir halten die Gründung einer selbständigen jüdischen Heimstätte in Palästina für die Weiterexistenz des jüdischen Volkes für durchaus notwendig. Aber wir sehen in diesem Gründungsprozeß nicht den sondern einen Ausdruck des nationalen Lebenswillens, allerdings den höchsten Ausdruck, sozusagen die Krönung des Werks der Renaissance, die, in allen Ländern und auf allen Gebieten des Volkslebens sich vollziehend, ihren Gipfelpunkt in einem völlig auf sich gestellten, wahrhaft lebenden Volksorganismus in Palästina erreicht.

Damit sind wir zum zweiten Teil unseres nationalen Programms überge-

gangen: zum zionistischen. Die Kolonisierung Palästinas durch Juden ist kein frommer Wunsch sondern ein durch das eherne Muß der Geschichte diktiert Prozeß.¹⁾ Wir haben oben erwähnt, daß die Ostjuden dazu gedrängt worden sind sich der produktiven Arbeit zuzuwenden. In der Tat, die Weiterexistenz der Juden als Händler wird, dank der fortschreitenden Kapitalisierung Osteuropas und der Verschärfung der Konkurrenz immer mehr zur Unmöglichkeit. Von der einen Seite engt der Kapitalismus das Wirkungsfeld der Juden als Kleinkrämer und Vermittler ein, von der andern läßt er ihnen im nichtjüdischen Händler, der an das nationale (und religiöse) Gefühl des kaufenden Publikums appellieren kann, einen überlegenen Konkurrenten erstehen. Ich erinnere nur an den polnischen Boykott, der auch außerhalb Rußlands so viel Aufsehen erregte.²⁾ Er traf die Juden Russisch Polens wie ein Blitz aus heiterm Himmel und trägt erwiesenermaßen viel zu ihrer Proletarisierung bei. In Galizien wird der Boykott im stillen seit Jahren geübt, wie dies in einer offiziellen Enquete über das Judenelend in diesem Land klar zutage trat. In der Klein- und Großindustrie, auf die sie sich nun werfen, finden die Juden bei weitem keinen hinlänglichen Ersatz für die ihnen entgleitenden althergebrachten Erwerbsquellen, denn auch hier wütet eine mehr oder weniger heftige nationale Konkurrenz. Darauf ist die große jüdische Auswanderung zurückzuführen, die mit der Ausrottungspolitik der Regierung allein keineswegs erklärt werden kann, und die auch andauern wird, falls diese mit der Niederwerfung des Despotismus einmal aufhören sollte; weist doch auch Galizien eine verhältnismäßig große jüdische Auswanderung auf, obgleich die Juden in Österreich vor dem Gesetz ihren andersgläubigen Mitbürgern gleichgestellt sind. Indes, auch die Auswanderung, die die Juden zunächst noch dringender auf die produktive Arbeit hinweist, wie dies so deutlich in England und Amerika zutage tritt, vermag nicht die Judenfrage endgültig zu lösen. Die nativistischen Tendenzen in den Einwanderungsländern, die immer mehr zum Durchbruch kommen, vor allem aber die Konkurrenz unter den Einwanderern selbst treffen die Juden sehr hart. Diese müssen infolgedessen zur Urproduktion übergehen und sich nach einer eigenen Scholle umsehen.

Daß das nicht graue Theorie ist, beweist der Umstand, daß sich gegenwärtig bei den Ostjuden fast überall der Drang zur landwirtschaftlichen Betätigung geltend macht, ein Drang, der allerdings in Europa nicht befriedigt werden kann. In Nordamerika und Palästina dagegen macht die jüdische Kolonisation bedeutende Fortschritte. Ein großes Hemmnis für die jüdische Kolonisation stellt die besondere Art der Agrarphilanthropie dar, die von wohlwollenden reichen Juden praktiziert wird, und durch die falschen Methoden, die sie anwendet, den Fortschritt der Kolonisation aufhält und zur Desorganisation führt. So hat die von Baron Hirsch gegründete Jewish Colonization Association, deren Hauptkolonisationsgebiet Argentinien ist, ein schweres Schuldkonto auf dem Gewissen.³⁾ Die Förderung einer sozial wirksamen jüdischen Kolonisation, vorzüglich in und um Palästina, wo

¹⁾ Über ihre bisherigen Erfolge sind die Leser durch Quessel *Die jüdische Neukolonisation Palästinas*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 672 ff., informiert.

²⁾ Siehe darüber Anin *Der Judenboykott in Polen*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 1. Band, pag. 350 ff.

³⁾ Siehe meine Schrift *Die Krise der jüdischen Kolonisation in Argentinien* (Stanislaw 1910).

sie von besonderer nationaler Bedeutung ist, und die Bekämpfung der sozial und volkswirtschaftlich schädlichen Kolonisationsmethoden hat die Partei Poale Zion zu einem Teil ihres Programms gemacht. Man könnte ihren Zionismus als den wesentlichsten Teil des Agrarprogramms einer sozialistischen Partei definieren, die einem Volk angehört, das keine Bauernklasse hat sondern erst im Begriff ist sich eine solche zu schaffen.

Einem Einwand soll hier begegnet werden. Es wird uns entgegengehalten, der Zionismus stehe in Widerspruch zu den Entwicklungstendenzen der Menschheit, da er jüdische Städter zu Bauern machen wolle, während alles vom Land in die Stadt dränge, die Landwirtschaft immer mehr an Bedeutung verliere. Demgegenüber ist zunächst darauf hinzuweisen, daß, wenn man nicht einzelne Länder sondern die Weltwirtschaft als Ganzes ins Auge faßt, die landwirtschaftliche Produktion als der Urquell aller menschlichen Existenz für absehbare Zeiten ihre Bedeutung beibehalten muß. Wenn die landwirtschaftliche Produktion und die Landbevölkerung in einzelnen europäischen Staaten in der letzten Zeit zurückgegangen sind, so war dies nur deshalb möglich, weil in den Überseeländern gleichzeitig Kolonisierung stattfand. Der reinindustrielle Kurs Westeuropas kann aber überhaupt nicht von langer Dauer sein. Er hat zur Voraussetzung, daß die anderen Länder sich mit der bescheidenen Rolle von Kornkammern und Absatzmärkten für die Industriestaaten begnügen, wozu sie aber nicht die mindeste Lust verspüren. Die industrielle Welle zieht immer weitere Kreise, und bald wird es kein halbwegs zivilisiertes Land geben, das nicht seine eigene Industrie hat. Die Industrialisierung der Agrarländer muß die heutigen Industrievölker veranlassen ihr Augenmerk wieder mehr der Landwirtschaft zuzuwenden, wenn sie nicht einer Katastrophe und dem Zusammenbruch entgegenzutreiben wollen. Schon heute ist dank dem überspannten Industrialismus ein Mißverhältnis zwischen industrieller und agrikoler Produktion in der Weltwirtschaft zu konstatieren, ein Mißverhältnis, das in der zunehmenden Lebensmitteleuerung, die sich zu einer Weltkalamität auswächst und also durch die Zollpolitik einzelner Staaten nicht erklärt werden kann, bedröhten Ausdruck findet. Die innere Kolonisation, deren Notwendigkeit immer mehr anerkannt wird, müßte viel energischer und nach ganz anderen Grundsätzen in Angriff genommen werden, wenn sie ihren volkswirtschaftlichen Zweck erreichen soll.

Der Zionismus entspricht also einem Bedürfnis der Zeit, wenn er die Förderung der jüdischen Kolonisation zu seiner vornehmlichsten Aufgabe gemacht hat. Dies aber vermögen unsere antizionistischen Genossen nicht einzusehen. Sie, die der deutschen Sozialdemokratie abgucken haben, wie sie sich räuspert und wie sie spuckt, halten Gleichgültigkeit der Agrarfrage gegenüber für ein sozialistisches Gebot. Sie übersehen völlig, daß die Partei der Arbeiterklasse Deutschlands dank der andauernden rapiden Industrialisierung dieses Landes von der Organisation des Industrieproletariats so sehr in Anspruch genommen war, daß sie wenig Gelegenheit fand sich mit dem Agrarproblem zu befassen. Indessen wird auch die deutsche Sozialdemokratie sich auf die Dauer ihren positiven Aufgaben in der Agrarfrage nicht entziehen können,⁴⁾ wie sich ja die sozialistischen Parteien fast aller Länder mit diesem großen Zeitproblem ernstlich zu befassen beginnen.

⁴⁾ Siehe die symptomatisch bedeutungsvollen Ausführungen Kolbs Ein Wort zur Agrarfrage, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 608 ff.



S ist vor einigen Jahren viel über die Frage »Zionismus oder Territorialismus?« gestritten worden, das heißt über die Frage, ob man nur an Palästina oder auch an ein anderes, *unbevölkerteres* und von den Juden zu okkupierendes Land zu denken habe. Es gab sogar eine rührige sozialistische Partei, die den Territorialismus auf den Schild zu heben versuchte. Inzwischen ist die territorialistische Richtung, die nie den Charakter einer Volksbewegung angenommen hat, völlig zusammengebrochen, so daß eine Erörterung der Motive, warum gerade auf die Ansiedlung in Palästina so viel Gewicht gelegt wird, ein rein akademisches Interesse hat. Ich kann mich deshalb hier auf den Hinweis beschränken, daß neben den historischen Gründen, die mehr an das Gefühl appellieren, vornehmlich eine Reihe volkswirtschaftlicher und nationalkultureller Momente für Palästina spricht.

Um dies nachzuweisen, müßte man vor allem auf die alte Frage eingehen, die ein Kardinalproblem des Zionismus ist, ob die Juden sich zur Landwirtschaft eignen, was der Rahmen dieses Aufsatzes nicht gestattet. Es mag bloß festgestellt werden, daß die Landwirtschaft keines der in Betracht kommenden Länder so sehr dem jüdischen Volkscharakter angepaßt ist wie die intensive Agrikultur Palästinas, die wohl große Ansprüche an die Intelligenz der Ansiedler stellt, dagegen weniger physische Anstrengungen erfordert (was für das physisch sich nur allmählich umbildende Stadtvolk von Bedeutung ist), ferner ein enges soziales Zusammenleben erlaubt und damit eine wichtige Voraussetzung für das Gedeihen einer jüdischen Kolonisation erfüllt. Die Juden, die seit mehr als anderthalb Jahrtausenden eine städtische, meist eng zusammengedrückte Existenz geführt und in diesem Zusammenleben vielfach auch den einzigen Halt überhaupt gefunden haben, können sich natürlich nicht so schnell an die mit einer extensiven Landwirtschaft verknüpfte Öde des Farmerlebens gewöhnen; ich habe das in Argentinien und in Kanada aus eigener Anschauung feststellen können. Zum Gedeihen der jüdischen Kolonisation ist daher einstweilen die Möglichkeit der Bildung eines Milieus erforderlich, das von der Gemeinsamkeit ihres frühern Lebens nicht so sehr abweicht, die Möglichkeit eines regen geselligen Verkehrs der Ansiedler unter einander. Wo sie dies finden, wie in Palästina, sind die Juden ein in mancher Hinsicht ausgezeichnetes Kolonisationsmaterial. Sie nehmen alle Neuerungen und Verbesserungen mit größerer Leichtigkeit auf als die Bauernschaft irgendeines andern Volkes. Für das Genossenschaftswesen, das von so großer Wichtigkeit für die moderne Landwirtschaft geworden ist, sind die jüdischen Kolonisten ein geradezu ideales Element.

Ein weiterer Vorzug Palästinas ist der, daß es den Ländern der jüdischen Massensiedelung geographisch nahe liegt, so daß die Wanderung der Juden dahin sehr erleichtert ist, während es so gut wie gar keine Einwanderung von Nichtjuden zum Zweck der Niederlassung aufweist. Schließlich hat ja Palästina bereits eine verhältnismäßig zahlreiche jüdische Bevölkerung, die zum Teil allerdings stark auf die milden Gaben der auswärtigen Volksgenossen angewiesen ist. Dank dem Zionismus und dem Beispiel der aufblühenden Kolonien haben diese Elemente, die ein ebenso jämmerliches wie müßiges Dasein fristeten, angefangen den Begriff der Ehre und des Stolzes der Arbeit zu erfassen und sich produktiven Berufen zuzuwenden.

Daß Palästina auch eine einheimische Bevölkerung hat (welcher noch so weltvergessene Erdenwinkel hätte sie nicht!) kann das zionistische Siedlungswerk nicht hindern. Die von den Juden eingeführten, den Arabern unbekannteren Bewirtschaftungsmethoden ermöglichen nicht nur eine Massensiedelung sondern ebnen auch den Arabern die Bahn zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg. Angesichts der Tatsache, daß die Juden, hinter denen keine Staatsmacht steht, sich nur friedlicher Mittel bedienen können und bedienen, daß ihnen ihr ureigenstes Interesse gebietet in Frieden mit der eingeborenen Bevölkerung zu leben, wäre es höchst lächerlich von einer jüdischen Kolonialpolitik nach Analogie der von der Sozialdemokratie bekämpften gewaltsamen Methoden in der Kolonialpolitik zu sprechen. Die Juden erfüllen eine im besten Sinn des Wortes zivilisatorische Aufgabe, wenn sie Palästina der modernen Kultur erschließen.

Inwieweit das palästinensische Siedlungswerk gelingen wird, hängt nicht bloß von äußeren Umständen ab sondern in erster Linie von dem nationalen Willen und der nationalen Schaffenskraft der Juden. Obgleich es im allgemeinen nicht mehr bestritten werden kann, daß die Juden sich, besonders unter den erwähnten Voraussetzungen, für die Landwirtschaft eignen, bleibt doch die Kolonisation immer eine schwere und komplizierte Kunst. Und nirgends vielleicht sind so bedeutende Fehler auf kolonisiertem Gebiet gemacht worden wie hier durch die Schwäche und Verantwortungslosigkeit der Philanthropie einerseits und die Unerfahrenheit der sogenannten Zionsfreunde andererseits. An den Gebrechen der alten Kolonisationsweise leidet Palästina noch heute wie an den Folgen einer erblichen Belastung. Will die zionistische Organisation eine nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaute Kolonisationsmethode durchführen, so hat sie nicht nur Neues zu schaffen sondern auch Altes und Morsches aus dem Weg zu räumen, wodurch ihre Aufgaben noch verwickelter werden. Indessen lassen alle Anzeichen darauf schließen, daß die Zeit nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, wo das Siedlungswerk in Palästina einen kräftigen Aufschwung nimmt. Die Juden können wohl im Lauf der Zeit die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung bilden. Ob jemals die Mehrheit der Juden der Welt in Palästina leben wird, kommt prinzipiell nicht in Betracht. Auch wenn wir das nicht für möglich halten, müssen wir das größte Gewicht auf das Palästinawerk legen, einerseits als wirksamstes Mittel zur Lösung der Emigrationsfrage, andererseits weil ein gesundes jüdisches Gemeinwesen in Palästina geeignet ist eine materiell und moralisch wohltuende Wirkung auf die Diasporajudenheit auszuüben, indem es das Gefühl der menschlichen Würde und des Eigenwerts des jüdischen Volkes heben und den Juden, die von Katastrophen betroffen werden, als Zufluchtsstätte dienen wird.



YON allen in diesem Zusammenhang sich aufdrängenden Fragen soll hier nur eine gestreift werden, die in letzter Zeit lebhaft umstritten wurde: die Sprachenfrage. Das Hebräische entwickelt sich zur Schul- und Umgangssprache unter den Juden Palästinas und ist dazu bestimmt eine große Rolle als kulturelles Bindemittel zwischen den verschiedensprachigen einheimischen und eingewanderten Juden zu spielen. Unter den Juden Osteuropas dagegen nimmt das Jiddische einen großen Aufschwung. Dieser Widerspruch zwischen den Ent-

wicklungstendenzen Palästinas und der Diaspora hat in vielen Köpfen eine große Verwirrung angerichtet. Um ihn zu beseitigen, propagieren die einen, die zionistischen Hebraisten, die »Hebraisierung des Galuth«, während die anderen, eine Gruppe extremer sogenannter Jiddischisten, die Verdrängung des Hebräischen aus Palästina wünschen. Das eine scheint mir so utopisch wie das andere. Meines Erachtens wird eine geistige Brücke zwischen der Diaspora und Palästina am besten dadurch geschlagen, daß die Kenntnis der hebräischen Sprache überall erhalten und vermehrt wird, und daß in den Schulen Palästinas, besonders in den Mittel- und Hochschulen, neben dem Hebräischen der jiddischen Sprache und Literatur geziemende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Partei Poale Zion, die den gesunden Kern des zionistischen Gedankens aufgenommen hat, hält es nun für ihre Aufgabe die zionistische Bewegung nach Möglichkeit im demokratischen und sozialistischen Sinn zu beeinflussen. Sie kann da auf erhebliche Erfolge hinweisen. Hier mag nur erwähnt werden, daß der Genossenschaftsgedanke dank der Propaganda der Poale Zion von den zionistischen Institutionen gefördert wird, wie sie sich ja auch selbst auf dem Gebiet der Arbeitsgenossenschaften betätigt. Daß die zionistischen Sozialisten, ungeachtet ihrer Einflußnahme auf die zionistische Organisation, in allen Beziehungen freie Hand behalten und ihre vollständige Unabhängigkeit bewahren, ist selbstverständlich.

ICH möchte diesen Aufsatz, der die sozialistische Öffentlichkeit über die Motive, die Ziele und die Entwicklungsmöglichkeiten des zionistischen Sozialismus unterrichten soll, nicht schließen, ohne einen Appell an die nichtjüdischen Genossen zu richten, der mir im Interesse der Partei, der ich angehöre, wie im Interesse der Gerechtigkeit im internationalen Sozialismus überhaupt notwendig scheint.

Wir Poalezionisten sind uns dessen bewußt, daß wir nur unsere Pflicht und Schuldigkeit tun, wenn wir unser unglückliches Volk nicht im Stich lassen, während wir Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat für die Abschaffung des kapitalistischen Systems und gegen Unterdrückung jeglicher Art kämpfen. Das wird uns aber von einer gewissen Seite als ein großes Verbrechen am Sozialismus angerechnet und uns deshalb das Recht auf die Mitarbeit für den Sozialismus verweigert. Man hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben uns in das Lager des nationalen Chauvinismus zu drängen, um uns auf diese Weise unseres Einflusses auf die jüdische Arbeiterschaft zu berauben. Allein vergebens. Der internationale Sozialismus ist und bleibt unser unverrückbares Ziel. Wir rechnen auf die Sympathie aller vorurteilslosen Sozialisten, die am Streit für und wider die jüdische Assimilation nicht beteiligt sind.

Wir fordern die Abschaffung des Monopols der Assimilanten oder Antizionisten auf die sozialistische Gesinnung; wir fordern das Recht uns auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet sozialistisch zu betätigen, ungeachtet dessen, daß uns das Schicksal unseres Volkes nicht gleichgültig ist, daß wir den sozialistischen Internationalismus nicht mit nationaler Pflichtvergessenheit identifizieren, daß wir von einer glücklichen Zukunft des jüdischen Volkes zu träumen wagen. Der Universelle Jüdische Sozialistische Arbeiterverband Poale Zion hat daher auch seinerzeit an das internationale

lichen Vorgehens wurde aber erreicht: Die Reichsversicherungsordnung brachte nicht nur den Arbeitgebern vermehrten Einfluß auf die Kassenverwaltungen sondern stärkte auch die Aufsichtsbefugnisse der Behörden und gab ihnen neben dem Aufsichtsrecht direkte Befehlsgewalt gegen die Vorstände der Ortskrankenkassen.

Die Schwächung der Stellung der Versicherten in den Vorständen und Ausschüssen der Ortskrankenkassen genügte der Regierung nicht. Sie wünschte die Stellungen in den Ortskrankenkassen mit Leuten besetzt zu sehen, die ihr politisch genehm sind. Sie wollte auch das Mittel bekommen, um Kassenbeamte, die bei Erlaß der Reichsversicherungsordnung schon im Dienst waren, maßregeln zu können. Diesem Zweck dienen die Bestimmungen des Einführungsgesetzes über die Rückwirkung der Vorschriften der Dienstordnung auf die Verhältnisse der schon vorhandenen Kassenangestellten. Wird doch durch das Einführungsgesetz in Rechte eingegriffen, die vertraglich zwischen Kassen und Angestellten festgelegt sind. Ohne jede Rücksicht läßt das Gesetz Schmälerungen in den Bezügen der Angestellten, ihre Versetzung von einem Posten auf den andern und die Einfügung neuer Kündigungsgründe in die Anstellungsverträge nicht nur zu sondern ordnet diese Maßnahmen direkt an. Das ist eine einseitige Aufhebung erworbener Rechte, wie sie in Deutschland noch nie vorgekommen ist. Diese Maßnahmen sind lediglich zu dem Zweck getroffen worden eine Musterung in den Reihen der Angestellten vornehmen zu können, die auf Grund von Verträgen angestellt waren, die zwischen dem Verband der Ortskrankenkassen und dem Verband der Kassenangestellten vereinbart worden sind. Doch können auf diese Weise noch nicht alle Sozialdemokraten in den Kassenstellungen beiseitigt oder doch mundtot gemacht werden. Denn das Gesetz sieht vor, daß den Angestellten religiöse und politische Betätigung außerhalb ihrer Dienstgeschäfte nicht verwehrt werden darf, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstößt. Mit dieser Bestimmung glaubte man einen Schutz gegen Maßregelungen von Angestellten durch die Behörden wegen politischer Betätigung zu besitzen. Betonte doch ein Regierungsvertreter in der Kommission des Reichstags wiederholt, daß nicht die Absicht bestehe »die Anhänger der sozialdemokratischen Partei lediglich wegen ihrer politischen Gesinnung von der Tätigkeit in den Ortskrankenkassen auszuschließen«. Auch einige andere Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die für Kassenangestellte gelten, lassen wenigstens die Möglichkeit zu, daß Personen, die nicht den Bildungsgang nachweisen können, der für Staats- und Gemeindebeamte vorgeschrieben ist, nicht nur zu den unteren Stellungen in der Kassenverwaltung sondern auch zu den höheren gelangen können. So besagt § 352 der Reichsversicherungsordnung, daß die fachliche Befähigung zur Bekleidung des Postens eines Angestellten der Kassen auch in anderer Weise als durch die Zurücklegung eines vorgeschriebenen Bildungsgangs nachgewiesen werden kann. Eine solche Vorschrift war notwendig, um Arbeitern nicht nur den Eintritt in die Kassenverwaltung sondern auch das Vorwärtstommen in der neuen Laufbahn zu ermöglichen, wenn sie sich zur Bekleidung schwierigerer Dienststellungen eignen. Bekanntlich sind unter den leitenden Beamten großer Krankenkassen nicht wenige, die sich ihre Befähigung in anderer Weise erworben haben als sie Staat und Gemeinden von ihren Beamten verlangen.

Hätte die Reichsversicherungsordnung sich mit den Vorschriften über die Berufung von Kassenangestellten und über die Dienstordnung begnügt, so wären die Interessen der Kassen mehr als ausreichend gewahrt gewesen. Nach ihnen kann die Verleihung einer Stellung in der Kassenverwaltung (abgesehen von den zur Vorbereitung oder aushilfsweise Beschäftigten) nur auf übereinstimmenden Beschluß beider Gruppen im Vorstand erfolgen. Ohne die Übereinstimmung von Arbeitgebern und Versicherten kann eine Anstellung nur erfolgen, wenn sich in einer spätern Sitzung mehr als zwei Drittel der anwesenden Vorstandsmitglieder dafür aussprechen; sie bedarf in diesem Fall noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Kommt weder in der einen noch in der andern Weise eine Anstellung zustande, so beruft das Versicherungsamt den Angestellten. Durch die Dienstordnung wird die Besoldung, das Aufrücken, die Gewährung von Alterszulagen und anderes geregelt. Auf ihren Inhalt ist den Arbeitgebern durch die zur Gültigkeit erforderliche Zustimmung der Mehrheiten aus beiden Gruppen in getrennter Abstimmung ein entscheidender Einfluß eingeräumt. Endlich ist auch noch die Genehmigung des Oberversicherungsamts erforderlich, die aus wichtigen Gründen, insbesondere dann, wenn Zahl und Besoldung der Angestellten in auffälligem Mißverhältnis zu ihren Aufgaben steht, versagt werden kann. Beschwerdeinstanz gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamts ist nicht das unabhängige Reichsversicherungsamt, sondern, »da es sich um Beamtenverhältnisse handelt«, die oberste Verwaltungsbehörde, das ist in Preußen der Handelsminister. Die von den Behörden entworfenen Musterdienstordnungen, deren möglichst unveränderte Annahme durch die Kassenorgane sich die Aufsichtsbehörden haben angelegen sein lassen, verschärfen die gesetzlichen Bestimmungen zum Teil noch und werden die Wirkung haben Personen, die nicht den gewöhnlichen Ausbildungsgang der Bureaubeamten zurückgelegt haben, den Eintritt und das Aufrücken in Kassenstellungen zu erschweren.

Für die Berufung von Kassenangestellten und die Regelung ihrer Dienstverhältnisse ist also den Behörden ein so weitreichender Einfluß eingeräumt, daß von einer Aufsichtsbezugnis, die sich auf die Kontrolle der Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften durch die Kassenorgane beschränkt, nicht gesprochen werden kann. Aus dem Aufsichtsrecht der Behörden ist hier ein Verwaltungsrecht geworden, das das Selbstverwaltungsrecht der Kassen aufhebt. Das alles genügt aber der preußischen Regierung noch nicht, sie will auch das außerdienstliche Verhalten der Kassenbeamten und ihre politische Gesinnung und Betätigung dem der preußischen Beamten anpassen. Diesen Zweck verfolgt der Erlaß des preußischen Handelsministers vom 18. Februar 1914, mit dem den auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen sowie der Kassenverbände die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten übertragen werden.

Über die Zulässigkeit der Verleihung der Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten an die nicht lebenslänglich, aber mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Beamten der Krankenkassen herrschen Meinungsverschiedenheiten. Der Erlaß des preußischen Handelsministers stützt sich auf den 4. Absatz des § 359 der Reichsversicherungsordnung. Der 1. Absatz dieses Paragraphen lautet: »Der Vorstand einer Orts-, Land- oder Innungskranken-

kasse kann mit Genehmigung des Oberversicherungsamts Beamte auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen.« Und im 4. Absatz heißt es, daß die Landesregierung den Beamten, die in dieser Weise angestellt sind, die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten übertragen kann. Der Erlaß des preußischen Handelsministers gibt nicht nur den auf Lebenszeit sondern auch den widerruflich angestellten Kassenbeamten, wenn sie nur mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellt sind, die Eigenschaft als Gemeindebeamte. Hiergegen ist im Reichstag von den Genossen Bauer und Hoch eingewendet worden, daß nach dem Sinn der gesetzlichen Vorschrift die Verleihung der Beamteneigenschaft nur an solche Kassenangestellte erfolgen dürfe, die auf Lebenszeit oder unwiderruflich angestellt seien. Hoch hat sich hierbei mit gutem Recht auf die Verhandlungen in der Kommission des Reichstags und auf eine Äußerung des Vertreters der verbündeten Regierungen berufen. In der Kommission war beantragt worden statt »oder mit Anrecht auf Ruhegehalt« und mit Ruhegehalt« zu sagen. Gegen diesen Antrag hat sich nach dem Kommissionsbericht der Regierungsvortrager gewendet und erklärt: »Der Entwurf setze hier die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt nicht in Gegensatz zu der lebenslänglichen oder der unwiderruflichen Anstellung. Die Ausdrucksweise des Entwurfs nahm nur darauf Rücksicht, daß in einzelnen Bundesstaaten die Anstellung auf Lebenszeit nicht üblich sei; sie werde dort durch eine unwiderrufliche Anstellung oder eine Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt ersetzt. Auch bei der lebenslänglichen und der unwiderruflichen Anstellung werde regelmäßig ein Ruhegehalt gewährt.«

Zweifelloos konnte nach der Erklärung des Regierungsvortraters angenommen werden, daß nur solche Angestellte, die Anspruch auf Ruhegehalt haben und lebenslänglich oder unwiderruflich angestellt sind, mit der Eigenschaft als staatliche oder gemeindliche Beamte bedacht werden dürften. Diese Auffassung muß bei den Kommissionsverhandlungen allgemein gewesen sein, denn auch an einer andern Stelle, in der im Kommissionsbericht von der Verleihung der Rechte und Pflichten der Staats- oder Gemeindebeamten an die Angestellten der Kassen die Rede ist, werden nur die lebenslänglich Angestellten erwähnt. So hat der Regierungsvortrager gegen einen Antrag, die Bestimmung von der Verleihung der Eigenschaft als Staats- oder Gemeindebeamte an die Kassenangestellten zu streichen, sich mit folgenden Ausführungen gewendet:

»Der Antrag . . . die Vorschrift über Verleihung der Rechte und Pflichten als staatliche oder gemeindliche Beamten an die lebenslänglich angestellten Kassenbeamten zu streichen sei damit begründet worden, daß der Zweck, den der Entwurf nach Ansicht der Antragsteller mit dieser Vorschrift verfolgt habe (Erleichterung der Entlassung und Möglichkeit einer gewissen Überwachung dieser Beamten), bereits durch die auf Grund des Antrags 828 beschlossene neue Regelung der Anstellung der Beamten erreicht sei . . . Demgegenüber sei zu betonen, daß auch neben den neuen Vorschlägen des Antrags 828 für das Beamtenrecht der Kassen die erwähnte Vorschrift ihren guten Sinn und ihre volle Berechtigung behalte. Zunächst insofern, als die lebenslänglich angestellten Kassenbeamten sich in ihrem ganzen Dienstverhältnis, insbesondere auch in Ansehung der von ihnen wahrgenommenen öffentlichen Funktionen, so sehr der Stellung eines unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten näherten, daß auch eine äußere Gleichstellung mit dieser vollberechtigt sei.«

Auch aus dieser Erklärung mit ihrem doppelten Hinweis auf die lebenslänglich angestellten Beamten läßt sich nur der Schluß ziehen, daß bei Beratung dieser Bestimmungen nur an Beamte mit lebenslänglicher oder un-

widerrufflicher Anstellung gedacht ist. Verwunderlich ist aber, daß trotzdem Anträge, die dies klarstellen wollten, abgelehnt worden sind, und ein Gesetz gemacht worden ist, das das Gegenteil besagt. Darüber, daß der Wortlaut des Gesetzes auch die Übertragung der Rechte und Pflichten an solche Kassenbeamte zuläßt, die weder lebenslänglich noch unwiderrufflich, sondern nur mit Anspruch auf Ruhegehalt angestellt sind, kann ein Zweifel nicht bestehen. Und es ist auch richtig, worauf der Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar am 11. Februar im Reichstag und vor ihm schon Dr. Hoffmann in Nummer 8 des Jahrgangs der Monatschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung hingewiesen haben, daß es in Preußen in vielen Gemeinden Beamte gebe, die zwar einen Anspruch auf Ruhegehalt haben, die aber trotzdem auf Kündigung angestellt sind. Im übrigen ist man ja in Preußen nicht allzu ängstlich wegen einer Kollision mit dem Reichsrecht. Das preußische Gesetz über die Enteignung polnischer Grundbesitzer und das preußische Arbeitsscheuengesetz, das in das Gewand eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz gekleidet, aber doch ein Strafgesetz ist, sind beide nach der Meinung hervorragender Rechtslehrer nicht mit dem Reichsrecht zu vereinbaren, was die preußische Regierung aber absolut nicht bekümmert. Sie wird sich auch nicht daran stoßen, daß nach den Erklärungen des Regierungsvertreters in der Reichstagskommission mit einer solchen Auslegung der Bestimmung über die Verleihung der Beamteneligenschaft an die Kassenangestellten, wie sie jetzt der preußische Handelsminister vorgenommen hat, nicht gerechnet werden konnte.

Gleichzeitig mit dem Erlaß des preußischen Handelsministers über die Verleihung der Eigenschaft als Gemeindebeamte an eine Reihe von Kassenangestellten ist auch der Gesetzentwurf »betreffend Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen« dem preußischen Landtag zugegangen. Er entzieht die Beamten der Kassen der Disziplinargewalt des Vorstands und unterstellt sie der der Verwaltungsbehörden. Nach dem Entwurf, der im allgemeinen die Anwendung der Vorschriften des preußischen Disziplinargesetzes für nichtrichterliche Beamte für zulässig erklärt, soll die Befugnis zur Verhängung von Ordnungsstrafen gegen Kassenbeamte dem Landrat und für Kassen im Bezirk gemeindlicher Versicherungsämter dem Bürgermeister übertragen werden. Beide haben das Recht Geldstrafen bis zu 90 Mark zu verhängen. Gegen die Bestrafung gibt es Beschwerde beim Bezirksausschuß, gegen dessen Entscheidung noch der Provinzialrat als letzte Instanz angerufen werden kann. Für die Kassen in Berlin ist der Bezirksausschuß die erste und der Handelsminister die letzte Instanz. Das Verfahren auf Entfernung aus dem Amt wird vom Regierungspräsidenten (in Berlin vom Oberpräsidenten) eingeleitet, der auch den Vertreter der Staatsanwaltschaft für die 1. Instanz bestellt. Entscheidende 1. Instanz ist der Bezirksausschuß, gegen dessen Urteil Berufung zum Oberverwaltungsgericht gegeben ist. Den Vertreter der Staatsanwaltschaft ernennt für die 2. Instanz der Handelsminister.

Das Disziplinargesetz ist nicht nur eine Bedrohung der Kassenbeamten sondern eine schwere Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Ihm wird eine große Anzahl von Kassenbeamten unterstehen. Die preußische Regierung ist bemüht die Zahl der Kassenangestellten, die in Zukunft

die Eigenschaft als Gemeindebeamte besitzen sollen, möglichst zu vermehren. Sie befürchtet anscheinend, daß die Kassenverwaltungen in Zukunft mit der Verleihung der unwiderruflichen Anstellung und des Anspruchs auf Ruhegehalt zurückhalten werden, um die Angestellten nicht der Disziplinalgewalt der preußischen Behörden auszuliefern. Um auf alle Fälle die Inhaber der ersten Stellen in der Kassenverwaltung gefügig zu machen, hat der Handelsminister angeordnet, daß bei allen Orts-, Land- und Innungskrankenkassen, die mehr als 10 000 Mitglieder haben, die geschäftsleitenden Angestellten lebenslänglich oder mit Anspruch auf Ruhegehalt anzustellen sind. Die Grundlage dieser Anordnung bildet eine Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, nach der das Oberversicherungsamt anordnen kann, daß die Geschäftsleiter der Kassen als Beamte anzustellen sind. Um nun den Zweck von den Angestellten der größeren Kassen möglichst viele unter die Disziplinalgewalt des Staats zu bekommen zu erreichen, hat die preußische Regierung den Begriff Geschäftsleiter sehr ausgedehnt. Sie erklärt nicht nur den ersten Beamten der Kasse für einen Geschäftsleiter, sondern alle Angestellten, die in der Kassenverwaltung eine leitende Stelle einnehmen, wie Bureau-, Registratur- und Kanzleivorsteher; auch Kassenführer, Leiter selbständiger Melde- und Zahlstellen usw. sollen als Geschäftsleiter im Sinn der Reichsversicherungsordnung gelten und auf alle Fälle als Gemeindebeamte angestellt werden. Die Zulässigkeit solcher Ausdehnung ist sehr zweifelhaft. Beschwerdeinstanz gegen die von den Oberversicherungsämtern zu treffenden Anordnungen ist aber auch hier nicht das Reichsversicherungsamt, sondern der preußische Handelsminister, von dem die Anweisung auf weite Auslegung des Begriffs Geschäftsleiter ausgeht.

Die Kassenangestellten, die zur sozialdemokratischen Partei gehören, sind durch den Erlaß des preußischen Handelsministers in eine sehr schwierige Lage gekommen. Jahrelang haben sie zum Teil unter wenig günstigen Bedingungen im Kassendienst gearbeitet. In den letzten Jahren erst ist es ihnen in größerem Umfang gelungen sich Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zu sichern. Jetzt besteht die Gefahr das alles wieder zu verlieren. Daß die Kassenangestellten, denen die Beamteneigenschaft verliehen wird, bei Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung unbarmherzig auf dem Disziplinarweg aus dem Amt entfernt werden würden, daran kann niemand zweifeln. Hat doch das Oberverwaltungsgericht erst kürzlich die Amtsentsetzung eines unbesoldeten Gemeindegewerks wegen Betätigung für die Sozialdemokratie ausgesprochen. Und der Regierungsrat Dr. Hoffmann bestätigt in seinem schon erwähnten Aufsatz die Absicht auf Disziplinierung aller sozialdemokratischen Kassenbeamten. Er sagt:

»Während die Angestellten sich außerhalb der Dienstgeschäfte, soweit nicht ein Verstoß gegen die Strafgesetze vorliegt, in beliebiger Weise religiös oder politisch betätigen, auch sich vereinigen dürfen, gelten für die Beamten die strengen Vorschriften des Disziplinarrechts . . . Ob ein Dienstvergehen vorliegt, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu beurteilen; jedenfalls ist aber dem Kassenbeamten jede Betätigung einer politischen Gesinnung, die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung abzielt, unbedingt untersagt, ohne Rücksicht, ob diese Betätigung im Dienst oder außerhalb der dienstlichen Tätigkeit geschieht.«

Es kann sonach gar keinem Zweifel unterliegen, daß die preußische Regierung eine Säuberung der Ortskrankenkassen vornehmen will. Das kann für viele Parteigenossen in Kassenstellungen zur Vernichtung ihrer wirt-

schaftlichen Existenz führen. Um den Gefahren, die mit der Hebung zum Beamten für die Kassenangestellten verbunden sind, zu begegnen, ist der Vorschlag gemacht worden, die Angestellten möchten auf die unwiderrufliche Anstellung und den Anspruch auf Ruhegehalt verzichten. Ob dieser Vorschlag in den Kreisen der Angestellten großen Anklang finden wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Leicht wird es niemand fallen auf die Sicherung zu verzichten, die Unkündbarkeit und Pensionsanspruch bieten. Fraglich ist, ob mit dem Verzicht viel für das Verbleiben in den Stellungen gewonnen sein würde. Es ist schon oben gesagt worden, daß nach der Verfügung des Handelsministers eine nicht geringe Zahl von Kassenangestellten gegen ihren Willen und den der Kassenleitungen zu Beamten gemacht werden können. Sie würden also auf alle Fälle der Disziplinalgewalt des Staates unterstehen. Und nach Mitteln zu suchen auch die anderen Angestellten unter ihre Botmäßigkeit zu bekommen wird die preußische Regierung nicht müde werden. Erfolglos ist sie ja in ihrem Bestreben das Verwaltungsrecht und den Einfluß der Versicherten zu beschneiden bisher nicht gewesen. Sie hat jedenfalls mehr erreicht als manche von uns früher für möglich gehalten haben. Wer die Ausdauer und Energie beobachtet hat, mit der die Parteien der Rechten und die Regierung seit mehr als 10 Jahren gegen die Selbständigkeit der Ortskrankenkassen vorgehen, dem kann wohl nicht mehr zweifelhaft sein, daß das Ziel die Beseitigung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen ist. Sie sollen ähnlich oder gleich organisiert werden wie die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung. Der Zwangsvorsitzende, der vom Versicherungsamt bestellt wird, wenn nicht ein den Arbeitgebern genehmer Vorsitzender gewählt wird, und die *Hebung* der Angestellten zu Beamten sind zwei nicht mißzuverstehende Einrichtungen zur Vorbereitung dieser Maßregel. Auch andere Änderungen zeigen nach der gleichen Richtung. Hier gilt es zur Abwehr bereit zu sein.

XX

PAUL WESTHEIM · ANPASSUNG ODER TYPEN- SCHÖPFUNG? ENTWICKELUNGSPERSPEKTIVEN DES KUNSTGEWERBES

AUF der Werkbundtagung in Köln ist es im Anschluß an ein Referat von Muthesius über die Werkbundarbeit der Zukunft zu erregten Debatten gekommen. Die Fabrikanten, die Händler, die Exporteure im Werkbund, an die, wie Muthesius in seinem Schlußwort sagte, seine Ausführungen in erster Linie gerichtet waren, blieben zwar teilnahmslos. Nicht so die Künstler, die van de Velde, Obrist, Endell, Taut usw. Sie protestieren einer nach dem andern, einer schärfer als der andere gegen die Leitsätze und Ausführungen, die hier von einem Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbunds gemacht worden waren.

Es ist nicht ganz einfach die Tendenz der Muthesiusschen Rede in wenigen Worten wiederzugeben. Wie Endell in der Diskussion bemerkte, hatte sie nichts an sich von dem biblischen Ja, ja, nein, nein. Vielmehr war sie die Stilisierung eines diplomatischen Geistes, der seine Worte so setzt, daß jedermann, jede Richtung, jede Partei aus ihnen herauslesen kann, was sie will, und daß im gegebenen Fall auch eine andere Interpretation möglich ist.

Der unmittelbare Eindruck, der jene Diskussion entfesselte, war indessen der, daß einer der führenden Männer des Deutschen Werkbunds die Frage erörterte, wieviel von der idealen Forderung dem Künstler im Interesse des bessern Geschäfts und des größern Exports abgehandelt werden könne. Das Referat ging von der Erwägung aus, daß die deutsche Bewegung bisher von den Künstlern getragen worden sei, daß man mit diesem System aber nicht weiter käme. Die Kaufleute, die Händlerverbände drängen heran, wie die in Gemeinschaft mit dem Dürerbund geplante Herausgabe eines Warenbuchs beweise, und da sei es denn von der größten Wichtigkeit, daß die Bewegung sich den Bedürfnissen der Kunstgeschäftsleute anpasse. Der Kaufmann kenne die Forderungen des Publikums besser als der Künstler, er habe die größere praktische Erfahrung, nämlich die Erfahrung, was absatzfähig sei, und diesen Interessen der Industrie, diesen Publikumswünschen und diesem Publikumsniveau müsse die Bewegung sich nun anbequemen. Vor allem im Hinblick auf das Exportgeschäft, das wir nur steigern können, wenn wir uns den Auffassungen außerhalb Deutschlands anpassen, dem Geschmack, der, sagen wir einmal: in Südamerika oder bei den Schwarzen in Afrika marktgängig ist. Die Zurückführung der Bewegung auf das Typische sei daher vor allem nötig. Das Unnormale, das »aus dem ruhigen Bett der Entwicklung Heraustretende« sei zugunsten des Typischen zu überwinden. »Die Typisierung aber verschmäh't das Außerordentliche und sucht das Ordentliche.«

Diese Forderung nach einer Typisierung mußte eine so leidenschaftliche Erregung hervorrufen, weil hier ein an sich guter Begriff zum Vorspann für Bestrebungen benutzt worden war, die auf nichts anderes hinauslaufen als auf eine »Zurückführung«, um das Muthesiussche Wort zu gebrauchen, der Bewegung auf das seichte Niveau eines unausgebildeten Publikumsgeschmacks. An sich wäre ja auch von der Seite der Künstler gegen eine Typisierung nichts einzuwenden gewesen. Ihr Verlangen nach einem einheitlichen, die gesamte Produktion umfassenden *Zeitsstil*, mit dem gerade sie doch vor 15, vor 20 Jahren auf den Plan getreten sind, war letzten Endes doch nichts anderes als ein Streben nach Typisierung. Mit dem einen Unterschied allerdings, daß die Künstler damals wie heute auf ein höchstes Niveau versessen waren, daß sie das Gewerbe in einem äußersten Sinn künstlerisch veredeln wollten, und daß ihnen dieses Ziel nur durch ein Anstemmen gegen das aus dem ruhigen Bett unserer kläglichen Entwicklung nicht Heraustretende erreichbar scheint. Dieses Ziel der Künstler im Kunstgewerbe ist: Dinge von so großer Vollendung in formaler, in technischer und praktischer Hinsicht zu schaffen, daß sie ausgezeichnete überhaupt nicht denkbar sind, und daß sie eben durch diese Unübertrefflichkeit von selbst zum absoluten, zum allgemein begehrten Typus werden müssen. Das aber ist das strikte Gegenteil dessen, was Muthesius mit seiner Anpassungstheorie zu wollen scheint. Er empfiehlt seinen Leuten nicht Dinge zu produzieren, die typisch wären kraft dieser künstlerischen, oder, sagen wir meinetwegen, meisterlichen Unübertrefflichkeit, sondern seine vom Händler angegebene und absatzfähige Normalware ist gerade ein Preisgeben des höchsten Niveaus und damit ein Preisgeben dessen, was auf die Dauer sich allein als typisch erhalten kann, des Vollkommensten und Vorzüglichsten nämlich. Was heute den großen Absatz und namentlich in un-

serer Exportindustrie diesen großen Absatz hat, ist, das wird wohl niemand leugnen, weit entfernt von dieser äußersten Vollkommenheit. Wenn man aber, wie es hier geschehen ist, sich mit diesem Niveau abfindet, wenn man dem neuen deutschen Kunstgewerbe, das doch einmal von einem sehr viel höhern Ideal erfüllt gewesen ist, anrät dieses Pseudoniveau als das Ziel anzusehen, so werden nicht nur die Grundpfeiler dieser neuen Bewegung eingerissen, es wird damit auch eine wirkliche Typenbildung unterbunden. Diese ganze Dialektik ergibt sich wohl nur daraus, daß Muthesius und seine Gefolgschaft der irrigen Meinung sind, die Veredelung der deutschen Produktion sei schon so weit vorgeschritten, daß nichts zu tun mehr übrigbleibt, und das Problem der Zukunft wäre nur den errungenen Hochstand zu konservieren. In Wirklichkeit ist doch kaum etwas schon erreicht worden. Dazu ist ja auch noch viel, viel zu wenig wirklich geleistet worden. Wir stehen trotz der vergangenen 20 Jahre erst am Anfang. Und gerade die Verflachung der Bewegung, wie sie die Kölner Ausstellung zeigt, zwingt zu der äußersten Anspannung der Kräfte, die wirklich Kräfte sind und die nicht nur von Vereinen wegen einen Künstlernamen spazieren tragen. Nur durch diese Kraftanstrengungen, das war die Überzeugung der wirklichen Künstler auf der Werkbundtagung, kann schließlich etwas so Vollkommenes entstehen, das mit Recht von einem Typus gesprochen werden kann. »Wir wissen«, so heißt es darum auch in den von van de Velde aufgestellten Gegenleitsätzen, »daß mehrere Generationen an dem noch arbeiten müssen, was wir angefangen haben, ehe die Physiognomie des neuen Stils fixiert sein wird, und daß erst nach Verlauf einer ganzen Periode von Anstrengungen die Rede von Typen und Typisierung sein kann.«

Darum das Verlangen der, wie Muthesius sagt, »kleinen Gruppe« der Künstler durch solch verflachende Niveautendenzen, durch solch falsche Auslegung des Typisierungsgedankens in ihrem auf äußerste Vervollkommenung gerichteten Schaffen nicht beengt zu werden. Daher ihre Überzeugung, daß es schließlich zu einem untadeligen Niveau nur kommen kann, wenn jedem die Möglichkeit verbleibt seiner Art, seiner Einsicht und seinem besten Vermögen gemäß zu gestalten. Daher der Protest der van de Velde-Leute. Van de Velde hat diejenigen, die das Künstlertum den Exportinteressen der Industrie aufopfern wollen, auf die Tiffanygläser, den Schmuck von Jensen, die Bücher von Cobden-Sanderson, das Kopenhagener Porzellan hingewiesen: alles Dinge, die aus den reinsten und höchsten künstlerischen Antrieben heraus entstanden sind und die gerade deshalb von aller Welt begehrt und so die bestbezahlten Exportartikel geworden sind. Er hätte den Werkbündlern noch klarmachen können, daß mit jener wieder propagierten Anpassung an den Ungeschmack der tiefer stehenden Völker die deutsche Exportindustrie jenes Fiasko des *Billig und schlecht* erlitten hatte, daß uns in den letzten Jahrzehnten nicht nur von seiten der Künstler sondern auch von gewichtigen Volkswirten klargemacht worden ist, daß wir als ein Land ohne Rohstoffe, als ein Land mit teuer bezahlten Arbeitskräften auf dem Weltmarkt einen dauernden Erfolg nur davontragen können, wenn wir jenes Programm der Künstler: vorzüglichste Qualität und formale Eigenart von höchster Vollendung, verwirklichten.

Das ganze ästhetische Gespräch hätte vermutlich nicht die Heftigkeit ange-

nommen, wenn die Ausstellung selbst nicht so gänzlich im Widerstreit zu den Ideen und Idealen gestanden hätte, aus der diese neudeutsche Kunstgewerbebewegung erwachsen ist, für die einstmals die Künstler gekämpft, gestritten und gelitten haben. Mehr als alle Worte und Leitsätze war die Ausstellung als Ganzes das aufreizende Beispiel dessen, was der Werkbund unter der Typisierung der architektonischen Produktion versteht. Diese Ausstellung, diese erste Leistung des Werkbunds (bis jetzt hat er ja nichts anderes getan als Gesinnungen dokumentiert und sich den Bestrebungen anderer angeschlossen) ist gegen die künstlerischen Geister in unserer Architektur und unserm Kunstgewerbe organisiert; in keiner Weise entspricht sie der Forderung eine Darbietung der Besten und Vorzüglichsten der heute schaffenden Geister zu sein. Ich, der ich nie Mitglied, aber stets Parteigänger des Werkbunds gewesen bin, habe die Pflicht für diese Behauptung den Beweis zu erbringen.

Man wird mir entgegenhalten, daß einige der Künstler, die von mir hier des öfters genannt worden sind, ja auch auf der Werkbundausstellung vertreten sind. Gewiß, van de Velde hat das Theater gebaut, Endell hat den Tapetenraum hergerichtet, und beiden ist damit die Gelegenheit zu architektonischen Schöpfungen von seltenem Reiz geboten worden. Das Theater des van de Velde ist eine große und kühne Entfaltung, ein Dokument stärkster persönlicher Energie, das wahrhaft von innen nach außen, von seinen Bühnenzwecken aus entwickelt ist, und das diesen profanen Zweck in einer bewunderungswürdigen Weise vergeistigt zeigt. Das Prinzip der dreigeteilten Bühne, das man nach einer unmöglichen Faustaufführung nicht beurteilen kann, mag umstritten bleiben; der Raum, den van de Velde gebaut hat, ist unbestreitbar. Und ebenso hohen Respekt erzwingen sich die beiden Tapetensäle Endells. Endell, dieser eigenwillige Geist, hat an einer so banalen Aufgabe denjenigen, die trotz aller Anfeindungen ihm die Jahre über die Treue gehalten haben, wiederum den Beweis geliefert, daß in diesem Neugotiker eine Künstlerseele steckt, die, wenn man ihr nur die Aufgaben böte, mit Werken von einer kostbaren Einzigartigkeit aufwarten würde. In der großen Haupthalle der Ausstellung, in der so vieles gleichgültig läßt, wirken seine Räume wie eine Oase. Auch ausstellungstechnisch sind sie, namentlich der kleinere, runde Saal, vorzüglich. Die Tapetenfabrikanten werden es gewiß zugeben, daß sie hier mit dem Künstler nicht schlecht gefahren sind, daß sie in den runden Kojen für ihre Fabrikate eine Ausstellungsmöglichkeit wie noch nie erhalten haben. Und nicht weniger gut ist für die trefflichen Lampen des Rich. L. F. Schulz gesorgt. Das Bezeichnende ist nun, daß diese beiden hochwertigen Ausnahmeleistungen eigentlich gegen die in Köln maßgebenden Instanzen durchgesetzt worden sind. Ohne mich auf die keineswegs erquicklichen Kulissenspiele dieser ersten Werkbundveranstaltung einzulassen, glaube ich doch zur Charakteristik des hier herrschenden Geistes sagen zu müssen, daß es des ganzen, sehr beträchtlichen Einflusses des Hagener Osthaus bedurfte, um diesen beiden Künstlern auf der Werkbundschau überhaupt eine Möglichkeit zu bieten. Einen Pankok in dieser Weise durchzusetzen war keiner da, weshalb es auf der Werkbundausstellung von Pankok ein Haus oder auch nur einen Raum nicht gibt. Wie man ja auch in Köln nichts von den beiden stärksten Architekten sieht, die wir im heutigen Deutschland haben: von dem Breslauer Poelzig und dem Ham-

burger Höger. Man mag Behrens so hoch schätzen wie man will, man mag besonders, wie ich es tue, seinen Fabrikbauten für die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft alle Anerkennung zollen, an urwüchsiger Kraft, an phantastischer Schönheit, an wirklicher Monumentalität langen auch diese besten Bauten von Behrens nicht heran an die von Poelzig errichtete chemische Fabrik in Luban. Und von Höger, der als erster in Deutschland den modernen Bureauhaustyp entwickelt und der (ohne Ausnahme) in ganz Europa bisher die besten Geschäftshäuser gebaut hat, gibt es in Hamburg das Klöpferhaus, das ich unbedenklich neben den Messelschen Wertheimbau zu stellen wage. Diese beiden stärksten deutschen Baukünstler (ich sage: stärksten, trotz einer Scheu vor Superlativen) scheint man in Köln überhaupt nicht gekannt zu haben. Von Höger gibt es auf der ganzen Ausstellung auch nicht eine Spur, und von Poelzig habe ich in einer Sammlung von ziemlich sorglos gesichteten Photographieen ein paar Aufnahmen gefunden, wie sie jeder beliebige Landhausentwerfer auch da haben könnte. Solche Tatsachen sind immerhin für diejenigen einigermaßen erregend, die des Glaubens waren, daß im Werkbund im Gegensatz zu gewissen Akademikersippen die künstlerische Qualität das allein Ausschlaggebende wäre. Statt dessen ist das, was in Köln zu machen war, von den Vereinskünstlern gemacht worden.

Mit Vereinskünstlern bezeichne ich eine immer häufiger werdende Kategorie von Künstlern, denen es weniger durch ihre eigene Befähigung als durch die Organisationen, bei denen sie sich in den Vordergrund zu schieben wissen, glückt eine besondere Rolle in der Öffentlichkeit zu spielen. Gelingt es einem Verband, einer Vereinigung oder einer derartigen Organisation dann einmal bei irgendeiner Angelegenheit die Führung an sich zu bringen, so sind diese Leute, die sich immer um den Vorstandstisch herumdrängen und die für ihre gern zur Schau getragene Gesinnung besondere Berücksichtigung heischen, die ersten Anwärter auf die zu erlangenden Ehren und Betätigungsmöglichkeiten. Sie pflegen sich bei solchen Gelegenheiten zumeist auch durchzusetzen, selbst wenn der Sache damit keineswegs aufs beste gedient ist. Um das an einem Beispiel klarzumachen: Als im vorigen Jahr bei den Jubiläumsfestlichkeiten die Stadt Berlin auf Drängen einiger Architektenverbände sich dazu herbeiließ die Festdekorationen nicht in der üblichen Weise herrichten zu lassen und hier einmal der Berliner Künstlerschaft eine Betätigungsmöglichkeit zu bieten, da wurden von jenen Verbänden nicht die herangezogen, die solche Dekoration wahrscheinlich schön und festlich zu arrangieren gewußt hätten, etwa Bruno Paul und seine Leute von der Kunstgewerbeschule, sondern es wurden in erster Linie eben jene Vereinskünstler berücksichtigt, die die Jubiläumsdekorationen bekanntlich dann auch zu einem Fiasko der Berliner Künstlerschaft machten. Oder, als es sich bei der Frage des Opernhausneubaus darum handelte eine kleine Zahl von Architekten zu dem Wettbewerb besonders aufzufordern, da wurde diese Bevorzugung ein paar Wortführern der am heftigsten opponierenden Organisationsgruppe zuteil, obgleich der Opernhausache gewiß viel mehr gedient gewesen wäre, wenn diese Bevorzugung künstlerisch mehr befähigten Kräften zuteil geworden wäre.

Der Werkbund hat nun zweifellos das Pech gehabt, daß die Künstler, die

jetzt die große Rolle bei ihm spielen, scheinbar in einem Anfall von plötzlicher Mattigkeit weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, die auf sie gesetzt werden konnten. Vielleicht mag es auch das sein, was Muthesius in seinem Referat zwischen den Zeilen andeutete, wenn er erklärte: »Die Führer der Bewegung sind alle voll beschäftigt, sie haben kaum Zeit Dinge zu unternehmen, die außerhalb ihrer täglichen Berufsarbeit liegen.« Die Arbeiten für die Werkbundaussstellung scheinen aber sehr außerhalb ihrer lohnendern täglichen Berufsarbeit gelegen zu haben. Sonst ist das Debaclé, das einige von ihnen sich hier geholt haben, einfach unerklärlich. Die Haupthalle von Theodor Fischer kann, trotz einer immerhin annehmbaren Kuppel, einer ernsthaften Kritik nicht standhalten. Fast noch schlimmer aber erscheint die Festhalle von Peter Behrens. Mit seinem Pseudoklassizismus, der nun schon in einen Eklektizismus ausgeartet scheint, würde man sich noch als einer typischen Banalität der Zeit abfinden können, wenn diese Festhalle auch nur eine Spur von Größe an sich hätte. Eine solche Fassadenmaske, eine solche mit dem wahrlich aller Persönlichkeit baren Mäander austapezierte Halle hätte, des bin ich überzeugt, jeder arrivierte Baugewerbeschüler ebenso und noch besser fertig gebracht. Das Teehäuschen von Kreis sah im Rohbau einen Monat vor der Eröffnung ganz annehmbar aus. Dann aber hat Kreis den an sich vernünftigen Bau mit seinem römischen Ornamentenpathos überkleistert und hat, wo die Situation allenthalben nach der Horizontalen verlangte, ein schwächtiges, vertikal dirigiertes Blechding auf's Dach gesetzt, das wie ein Wetterhäuschen anmutet. Ganz zu schweigen von der lächerlichen Burg, die der Kölner Moritz mit pompejanisch aussehendem Freskenzeug dem Werkbund als — Verwaltungsgebäude hinsetzen durfte. Wie, frage ich, kann der Werkbund, der sich das bauen ließ, noch mit ehrlicher Entrüstung gegen einen Bankdirektor opponieren, der sich sein Verwaltungsgebäude wie ein Renaissancepalais herrichten läßt, oder gegen einen Unternehmer, der von seinem Architekten wieder eine gotisierende Fabrikkasernen verlangt? Und die Gesamtanlage? Felix Linke hat sie in dieser Zeitschrift schon vom Standpunkt des Städtebaus und des Verkehrs mit einer Kritik, die ich Wort für Wort unterschreiben möchte, abgelehnt.¹⁾ Stübgen, der mit seinen Ringstraßenanlagen die Stadt Köln in einer nie wieder gut zu machenden Weise künstlerisch geschädigt hat, und der mit Recht von den Werkbandleuten wie von allen modern empfindenden Städtebauern auf's heftigste befehdet wird, hätte das auch nicht unzulänglicher machen können als der Werkbundvorsitzende Rehorst. Und was sonst da ist, die Farbenschau von Muthesius, die Verkehrshalle von Eberhardt usw., ist jene typisierte Architekturarbeit, deren e i n z i g e Tugend die Ordentlichkeit ist. Dem Werkbund war es, wie man sofort spürt, um eine gewisse Einheitlichkeit zu tun, aber nicht um die hohe künstlerische Einheitlichkeit, die das Österreichische Haus des Hoffmann, das Theater des van de Velde, das Bureauhaus des Gropius und die Arbeiten Obrists verbindet, sondern um das, was aus dem ruhigen Bett der Entwicklung nicht heraustritt und das um so banaler wirkt, je öfter man es sieht.

Immerhin, diese Einheitlichkeit ist nur ein Resultat des Unvermögens, ist nicht, wie die römische Theaterei des Verwaltungsgebäudes, eine Preis-

¹⁾ Siehe Linke Das Verkehrsweisen auf der Werkbundaussstellung 1914, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 922 ff.

gabe der Gesinnung. Der Fürst, der einen romanischen Schloßbau, der Unternehmer, der eine gotische Fabrikkaserne, die Madame, die einen Louis XVI.-Salon gefordert haben, sind von den Werkbundwortführern nicht nur mit Waffen der Ästhetik sondern zunächst wegen ihrer Versündigung wider den heiligen Geist der neuen Zeit bekämpft worden. Da bin ich der Meinung: Wenn man so hohe ethische Anforderungen an alle stellt, darf man auch im eigenen Haus sich nicht über die Ethik hinwegsetzen und gerade wie die Leute mit der schlechten Unternehmerge sinnung nicht um kleiner Vorteile willen seine Überzeugung preisgeben. Das aber ist in den Hallen der Werkbundaussstellung nicht einmal, sondern dutzendfach geschehen.

In der Haupthalle neben den prachtvollen Schmiedearbeiten von Schramm stellt eine Porzellanfirma aus, die vermutlich Mitglied des Deutschen Werkbunds ist (wer könnte denn nicht Mitglied werden?). Sie zeigt in dieser ersten Werkbundaussstellung als Dokument neudeutschen Kunstgewerbes ein Porzellanservice mit epigonisch imitierten Watteauszenen, sie zeigt ein weiteres Service mit einem Rosendekor, der gleichfalls nichts anderes als eine schäbige Nachahmung eines Rokokomusters ist. Was liegt daran? wird man fragen. An sich wohl nichts; wir wissen sehr wohl, daß diese Schundproduktion noch lange nicht ausgerottet ist, daß mit ihr sich noch sehr gute Geschäfte machen lassen. Aber der Werkbund, der tausend und einmal erklärt hat, daß er selbst zwar Kunst nicht machen könne, daß er aber die künstlerische und geschmackliche Veredelung der Produktion als seine Aufgabe ansehe, daß er die Produzenten erziehe, daß er seinen moralischen Einfluß benutzen werde, um sie den Künstlern zuzuführen, daß er seine Macht aufbieten werde, um den Absatz künstlerisch veredelter Erzeugnisse zu steigern, dieser selbe Werkbund gewährt derartigem Zeug Aufnahme in seinen Hallen, gibt den Vertreibern dieser Ware die Berechtigung sich allenthalben darauf zu berufen, daß diese Dinge als neudeutsche Qualitätsarbeit Aufnahme in die Werkbundaussstellung gefunden haben. Damit verleiht er ihnen die selbe moralische Unterstützung wie etwa den Fabrikanten, die Porzellane von Niemeyer oder Barlach auf den Markt gebracht haben. Das heißt, dieser Kitsch hat, wenn er sich auch noch auf den Werkbund berufen kann, ein doppelt großes Absatzfeld vor sich, und heißt weiter, daß der Werkbund statt ein rücksichtsloser Propagandist der künstlerischen Produktion zu sein die Künstler und die künstlerisch bestrehten Industriel- len 'chädigt, indem er ihren kommerziellen Gegnern die gleiche moralische Unterstützung angedeihen läßt. Die Darbietung jener Porzellanfirma ist keineswegs ein Ausnahmefall. Ihr gegenüber zeigt ein Emailierwerk eine Produktion von gleichem Niveau. In der Abteilung Hannover ist ein von Körting entworfener Pultschrank für das Goldene Buch der Stadt Hannover zu bewundern. Dieses Pult, das wohl für das neue hannoversche Rathaus bestimmt ist, ist ganz in dem Geist dieses Rathauses gehalten, das Karl Scheffler in der besten deutschen Kunstzeitschrift unter der stillschweigenden Zustimmung aller unbefangenen deutschen Kunstfreunde als eine »Kulturschande« bezeichnet hat. Der typischste Fall aber (ich will die Leser nicht mit all den Dingen aufhalten, die ich mir in Köln notiert habe) ist der Kompromiß, den man mit dem Münchener Kunstgewerbeverein gemacht hat. In München tobt bekanntlich seit Monaten bereits ein lebhafter Kampf

der alten Handwerksmeister gegen Riemerschmid und seine Leute, vor allem gegen die neue, von den Künstlern veredelte Produktion. Jene den Künstlern feindlichen Handwerksmeister sind zum guten Teil in dem Münchener Kunstgewerbeverein organisiert; die Dinge, die er in seinem Verkaufslokal in der Pfandhausstraße zeigt, sind nun das Gegenteil dessen, was man als moderne, künstlerische Qualitätsarbeit bezeichnen kann. Man sollte meinen, daß für einen Bund, der sich für die künstlerischen Interessen und für eine von modernem Geist durchdrungene Qualitätsarbeit einsetzen will, die Situation keinen Zweifel ließe. Der Werkbund hat aber nicht diesen Münchener Kunstgewerbeverein abgewiesen oder wenigstens sich von diesen Handwerksmeistern die Garantien geben lassen, die sein Programm voraussetzt. Er hat ihnen einen Raum überlassen, hat ihre Arbeiten, so wie sie in der Münchener Pfandhausstraße zum Verkauf gelangen, in seine Ausstellung aufgenommen. Nun sieht man da in der Werkbundaustellung die altbackene Münchener Genrekunst, einen Beleuchtungskörper, an dem zwischen altdeutschem Ornamentwerk ein Armbrustschütze neckisch herauslugt. Es ist ganz selbstverständlich, daß das künstlerisch ungebildete Publikum derlei mit mehr Entzücken begafft als die prachtvollen Beleuchtungskörper, die zum Beispiel ein Rich. L. F. Schulz da hat. Es ist auch selbstverständlich, daß diese Münchener Handwerksmeister in ihrem Kampf gegen die Künstler sich darauf berufen werden, daß durch die Zulassung zur Kölner Ausstellung ihre Arbeiten die Billigung des Deutschen Werkbunds, der für die gewerbliche Produktion angeblich zuständigen Instanz, erfahren haben. Und darum sage ich, daß die Organisation hier nicht für sondern gegen die Künstler, gegen die Veredelung der gewerblichen Produktion gearbeitet hat.

Nun sagt man: Das sind Begleiterscheinungen, die daher kommen, daß die Bewegung sich durchgesetzt hat, daß sie in die Breite gegangen ist. Das eine, daß sie in die Breite gegangen ist, läßt sich nicht leugnen. Eben darum, wie jene Beispiele zur Genüge beweisen, daß sie alles, alles, was auch gemacht wird, toleriert. Sie gibt ein Prinzip nach dem andern auf, läßt Forderung um Forderung fallen, paßt sich allem an, was geschieht; dann, wenn die Bewegung nichts mehr ablehnt, ist es selbstverständlich, daß sie, wie der Ausdruck heißt, in die Breite geht. In dem neuesten Werkbundjahrbuch ist ein Tafelservice von Krupp abgebildet, das zwar in einfachen, aber weder in künstlerischen noch in geschmackvollen noch in organischen Formen gehalten ist. Die Bewegung hat also, um in der Dialektik dieser Werkbundeleute zu bleiben, auch die Kruppsche Geschirrrproduktion erfaßt. Das aber ist nicht dadurch geschehen, daß da bessere, kultiviertere Metallwaren hergestellt wurden, sondern daß man mit den künstlerischen Anforderungen an diese Waren so weit heruntergegangen ist, daß die hier marktgängige Produktion ohne weiteres dem reduzierten Werkbundniveau entspricht. Daher ist es auch eine Phrase mit so viel Verzückung zu sagen, die Bewegung habe sich durchgesetzt.

Was hat sich denn eigentlich durchgesetzt? Die hohen Ideale, die einen van de Velde, einen Olbrich beseelten, durchaus nicht. Ihre Anforderungen an die handwerkliche Qualität, an die künstlerische Vollendung, an die Modernität der Gestaltung doch auch nicht. Und die Künstler, die von diesen

Idealen erfüllt waren und bis auf den Tag erfüllt geblieben sind, von Obrist bis hinüber zu Pankok, doch wahrlich erst recht nicht. Durchgesetzt hat sich jene Kategorie von Architekten und Kunstgewerblern, die ich vor 4 Jahren hier als Apostaten charakterisiert habe, die ihr modernes Wollen den Geschmacks- und Modewünschen eines gut zahlenden Publikums zum Opfer gebracht haben, die sich, wenn es verlangt wurde, zu jeder Stilmachung bereit fanden.²⁾ Sie hatten nur das Glück, daß die Bewegung ihr Pseudobarock, ihr Pseudo-Louis XVI., ihren Pseudoklassizismus nicht als dem Geist des neuen Kunstgewerbes widersprechend brandmarkte, sondern daß gerade die Bewegung ihnen dazu verhalf ihr Epigonenwerk als modernes Kunstgewerbe auszugeben. Daher auf einmal die beispiellose Anfreundung des Bürgertums mit dem neuen Kunstgewerbe. Wie mit einem Zauberschlag war der Horror vor dem modernen Kunstgewerbe weg, weil, wenn man von den paar in die Ecke gedrückten *Eigenbrödlern* absieht, es ein wirklich modernes Kunstgewerbe ja überhaupt nicht mehr gab. Fordert die Madame einen Louis XVI.- oder einen Empiresalon, so suchte unser Apostat von Künstler sie nicht von dem Unsinnigen ihres Parvenüverlangens zu überzeugen, so ließ er sie auch nicht als überzeugter Anhänger eines künstlerischen Glaubens stehen, sondern er lieferte ganz nach Wunsch das, was er schamhaft modernisiertes Louis XVI. oder modernisiertes Empire nannte, und was in Wirklichkeit nichts anderes war als eine willkürliche und unzulängliche Kompilation aus diesen Stilen. Wenn der Bauunternehmer eine Fassade im *Schinkelstil* verlangt, dann wurde eben eine Schinkelnachmung geliefert. Das nenne, wer es mag, das Durchsetzen einer modernen Kunst. In Wirklichkeit hat sich nichts anderes durchgesetzt als der ganz banale Publikumsgeschmack, dem gegenüber die Künstler klein beigegeben haben. Thorn-Prikker, der für Neuß die herrlichen Glasfenster, die stärksten Dokumente einer neuen kirchlichen Kunst, geschaffen hat, hat sich nicht durchgesetzt. Seine Glasfenster sind, wie man weiß, vom Kölner Erzbischof schlankweg abgelehnt worden. Heinersdorff, der mit diesem Thorn-Prikker, mit Pechstein, mit César Klein der Glasmalerei wahrhaft eine Renaissance bereitet hat, hat seine Werkstatt aufgeben und sich mit Puhl & Wagner vereinigen müssen. Durchgesetzt aber hat sich, wie aus der von der Werkbundaussstellung errichteten katholischen Kirche zu sehen ist, der Betrieb von Linnemann, der selbe Betrieb, den zu überwinden das Streben der modernen Glasmaler war und der bis auf den Tag an seiner renaissance-lichen Tradition festgehalten hat. Der Schuhladen, den Endell in Berlin eingerichtet hat, dieses prachttvolle Dokument moderner Kaufmannsarchitektur, ist ausgebrochen worden; durchgesetzt hat sich dafür die Seichtheit eines zu allem fähigen Schnellbaubetriebs. Durchgesetzt hat sich Schulze-Naumburg, der, wie ein Antiquitätengeschäft, Schlösser und Einrichtungen im Empire, im Biedermeier oder sonst einem Modestil liefert. Durchgesetzt hat sich von den Theaterdekorationmalern ein Routinier wie Svend Gade, der mit seiner peinvollen Kulissenpinselei in dem van de Velde-Theater des Werkbunds hausen konnte und so eine Erprobung dieses neuen Bühnentyps einfach unmöglich machte. Und so überall. Man sagt, sogar das Reich hat einen Behrens eine Botschaft bauen lassen; aber man weiß ganz genau, daß dieser Auftrag nur ein durch persönliche Verhältnisse bedingter Ausnahme-

²⁾ Siehe meinen Artikel Apostaten des Kunstgewerbes, in den Sozialistischen Monatsheften, 1911. 2. Band pag. 776 ff.

fall war, und daß trotz der Konzessionen, die der Architekt dabei gemacht hat, Behrens wohl keine Botschaft mehr zu bauen bekommen wird, daß die Ihne oder Möhring in Washington jetzt die Chancen haben. Oder wo sonst hat sich denn die Moderne durchgesetzt? Bei der Königlichen Bibliothek, beim neuen Opernhaus, beim Tempelhofer Feld? Man sagt: bei den Verkehrsgesellschaften. Etwa bei den großen Hotels, dem Adlon, dem Esplanade, dem Eden, dem Cumberland, um nur von Berlin zu reden? Aber bei den Schiffsgesellschaften. Es ist richtig, daß Bruno Paul vor 6, 8 Jahren einmal eine Anzahl Räume im Washington und der Kronprinzessin Cecilie auszustatten bekam, daß er in diesen Schiffsräumen vielleicht die kultiviertesten Leistungen der modernen Innendekoration geschaffen hat. Aber dieses kultivierteste moderne Kunstgewerbe hat sich bei unseren Verkehrsgesellschaften dermaßen durchgesetzt, daß Paul zu keiner weiteren Schiffsausstattung mehr hinzugezogen worden ist. Dafür hat sich der Lloyd den P. L. Troost angeschafft, der, wie in dem Bremen-Oldenburger Haus des Werkbunds zu sehen ist, die deutschen Schiffe mit verwässertem Barock und mißverstandendem Louis XVI. austapeziert. Ich weiß nun wahrlich nicht, welcher Fortschritt darin bestehen soll, daß der Lloyd statt Pariser Imitationen der französischen Königsstile derlei Imitationen von einem Münchener Dekorateur bezieht. Ich weiß auch nicht, ob das wirklich das geeignete Verfahren ist, um den Fremden, den Reisenden aus Amerika die Inferiorität dieser französischen Kopistereien zu demonstrieren. Aber es ist gelungen Herrn Ballin von seiner Vorliebe für diese Königsstile zu bekehren. Als der Imperator auslief, ist der Hamburg-Amerika-Linie, die in gewohnter Weise den bessern Teil der Ausstattung von französischen und englischen Möbelzeichnern hatte fertigen lassen, in der Presse zu verstehen gegeben worden, daß es auch ein deutsches Kunstgewerbe gäbe, das imstande wäre einen solchen Dampfer kultiviert auszustatten. Die Hamburg-Amerika-Linie hat denn auch den Weg zum Deutschen Werkbund, vielmehr zu einem Vorsitzenden des Deutschen Werkbunds, gefunden, und in Köln ist nun das Resultat dieser Aktion, ein paar Räume für den Bismarck, zu sehen. Man sollte meinen, daß der Bund bei dieser Gelegenheit, wo er wirklich einmal kraft seiner Ideen sich durchgesetzt hatte, alle Kräfte angespannt, die besten und vorzüglichsten seiner Künstler auf den Plan gerufen hätte. Und was sieht man in Köln? Jene ganz reizlose Normalware, die nicht modernes Kunstgewerbe ist, weil sie mit Kunst, mit Geschmack, überhaupt mit kultivierter Innendekoration nichts zu tun hat. Die Perlmuttereinlagen in den Möbeln der Kaiserkabine kann man unmöglich Barock nennen, weil solch ungekonnte Ornamentik vorher noch nie fabriziert worden ist. Und das in einem Bund, der zu seinen Künstlern den Paul des Washington, den Pankok, der einen Bodenseedampfer prachtvoll hergerichtet hat, und endlich einen van de Velde zählt, dessen Kunst der alte Goncourt bei ihrem ersten Debut schon als »yachting stile« charakterisierte.

Die Österreicher Hoffmann und seine Leute haben sich gewiß bei den breiten Massen nicht durchgesetzt. Aber sie, die der seichten Banalität niemals auch nur um Haaresbreite entgegengekommen sind, fangen an die größten Erfolge einzuheimsen. Man denke nur an ihre Kleiderstoffe, die von der grande couture mit einem Entzücken ohne gleichen aufgenommen wurden, und die ein ganz vorzüglicher Exportartikel, freilich nicht für Polynesien sondern

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine endlich, die Ende 1912 aus der offenen Handelsgesellschaft Verlagsanstalt des Zentralverbands hervorging, hat nunmehr außer der Großeinkaufsgesellschaft und den Revisionsverbänden 545 Konsumvereine zu Mitgliedern. Die Verlagsgesellschaft hat eine wissenschaftliche Abteilung, in der die Zeitschriften- und Broschürenliteratur des Verbands erscheinen. Das Fachblatt Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau wurde hier in einer Auflage von 14 400, das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt in einer solchen von 641 759 und das an die Zeitungen gehende Korrespondenzblatt in 280 Exemplaren hergestellt. Das Jahrbuch des Zentralverbands erschien in 2500 Exemplaren. Die Gesellschaft hat ferner eine Versicherungsabteilung, die allgemeine Versicherungen der Genossenschaften, Feuerversicherung der Mitglieder usw. abschließt, eine Druckerei, eine Buchbinderei und eine Papierwarenfabrik. Beschäftigt waren am 1. Januar 1914 543 Personen.

Dem Jahresbericht des Zentralverbands ist auch der Bericht über die Unterstützungskasse des Verbandes angegliedert. Die Zahl der der Kasse angeschlossenen Personen stieg von 7194 Ende 1912 auf 8363 Ende 1914. Mehr als ein Drittel der in den Konsumvereinen des Zentralverbands beschäftigten Personen ist also heute der Kasse angeschlossen. Die Beiträge von 1913 erreichten die Höhe von 812 854 Mark; dazu kommen an Zinsen Einnahmen im Betrag von 124 980 Mark. An 44 Personen wurden im Berichtsjahr Alters- und Invalidenrenten mit zusammen 12 824 Mark und an 46 Personen Witwen- und Waisenunterstützung mit zusammen 9041 Mark ausgezahlt. In 37 Fällen konnte Kurbeihilfe mit insgesamt 6001 Mark gewährt werden. Der Vermögensbestand der Kasse, der zum größten Teil in Hypotheken angelegt ist, belief sich am Jahresende auf 3 767 498 Mark.

× Deutscher Ge-Vom 14. bis zum 17. Juni
genossenschafts- tagte in Bremen der
tag 1914

11. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine. Anwesend waren zirka 850 Delegierte, dazu eine große Zahl in- und ausländischer Gäste. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war durch Umbreit und

Knoll vertreten; auch die Zentralverbände der Handlungsgehilfen, der Transportarbeiter und der Bäcker hatten Vertreter entsandt. Der Reichskanzler hatte die Einladung mit der Motivierung abgelehnt, daß die Geschäfte eine Delegation nicht gestattet; dagegen hatte sich der Senat von Bremen durch den Syndikus Dr. Kapp vertreten lassen. Das Vorstandsmitglied Konrad Barth eröffnete den Genossenschaftstag, worauf Tierfelder (Bremen) die Begrüßungsansprache hielt, in der er einen kurzen Abriss der Geschichte der Genossenschaftsbewegung Bremens gab. Es folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten, von denen besonders die der englischen Vertreter bemerkenswert war, die die Genossenschaftsbewegung als eine der wesentlichsten Garantien des Friedens feierte. Die finnischen Delegierten konnten berichten, daß trotz des schweren politischen Druckes ihre Bewegung unauffällig vorwärtsschreite, so daß Ende 1913 bereits 427 Konsumvereine mit 115 000 Mitgliedern in einem Land existieren konnten, das nur 3 Millionen Einwohner zählt. Weniger günstig lauteten die Nachrichten aus Österreich, wo die Kriegsgefahr, die Geldkrisis und auch innere Schwierigkeiten die Konsumvereine in ihrem Fortschreiten hemmen. In einer vorzüglichen Ansprache betonte Paul Umbreit die Interessensolidarität von Gewerkschaften und Genossenschaften und die Notwendigkeit friedlichen Zusammenwirkens in den genossenschaftlichen Arbeitsbetrieben. Geschäftsführer Lorenz von der Großeinkaufsgesellschaft berichtete über den Internationalen Genossenschaftsbund, der gegenwärtig 8 Millionen Mitglieder zählt.

Den Bericht des Vorstands, dessen Einzelheiten bereits im vorigen Abschnitt besprochen wurden, erstattete Heinrich Kaufmann am 1. Hauptverhandlungstag. Der Referent hob besonders die Notwendigkeit einer ausreichenden Kapitalbeschaffung hervor, um die Organisierung des Konsums, die heute von dem Gesamtkonsum des deutschen Volkes in Höhe von 30 bis 40 Milliarden Mark erst 500 Millionen erfaßt habe, zu beschleunigen. Über die bereits in dieser Rundschau besprochenen Bestrebungen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes (in diesem Band, pag. 635 f.) berichtete Bästlein (Hamburg). Er legte eine Resolution vor, die den

Reichstag ersucht den von dem Abgeordneten Faßbender und Genossen beantragten Abänderungen des Gesetzes nicht zuzustimmen. Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Den Bericht der Fortbildungskommission erstattete Rupprecht (Hamburg). Er teilte unter anderm mit, daß die Fortbildungskommission sich mit dem Gedanken trage im Herbst dieses Jahres Spezialkurse für die Angestellten der großen Konsumgenossenschaften einzurichten, die sich vornehmlich mit der Betriebslehre befassen würden. Er schloß mit einem Ausblick auf die genossenschaftliche Hochschule, die einmal kommen müsse. Zum Bericht über die Tätigkeit der Unterstützungskasse hatte von Elm und zu dem Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts Dr. August Müller das Referat übernommen. Dr. Müllers Referat gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung mit dem Lagerhalterverband, der auf seinem letzten Verbandstag in Leipzig eine in der Form jedenfalls sehr verfehlte Resolution zur Tarifamtsfrage gefaßt hatte. Zu guter Letzt wurde aber doch von beiden Seiten die weitere Wirksamkeit des Tarifamts als wünschenswert anerkannt. Die seitherigen Mitglieder des Tarifamts wurden einstimmig wiedergewählt.

Der 2. Hauptverhandlungstag brachte dann die Beratung über den wichtigsten Punkt der diesjährigen Tagesordnung, den Abschluß der neuen Tarifverträge mit dem Zentralverband der Bäcker und dem Transportarbeiterverband. Die Verhandlungen, die der Festlegung der Tarife in ihrer jetzigen Gestalt vorausgingen, waren recht schwierig, und manchmal schien es so, als ob das Tarifwerk an der Unmöglichkeit eine Einigung der Parteien zu erzielen scheitern sollte. Schließlich wurde aber doch von beiden Seiten so viel Entgegenkommen bewiesen, daß das Kompromiß zustande kam. Zum Inhalt der neuen Verträge ist zu bemerken, daß der Tarifvertrag der Transportarbeiter die Arbeitszeit von nun ab durchgängig auf 9 Stunden, Sonnabends auf 8 Stunden beschränkt. Der jetzt geltende Lohn wird vom 1. August dieses Jahres ab um 2 Mark und vom 1. August 1916 ab weiter um 1 Mark erhöht. Überstunden sollen um 25 % höher bezahlt werden. Die Ferien betragen bis zu 5jähriger Tätigkeit eine Woche, bei längerer 2 Wochen. Auch

Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse. Der Grundsatz, daß nur die Gewerkschaftsnachweise Arbeitskräfte vermitteln dürfen, bleibt auch in Zukunft im allgemeinen in Kraft. Im Bäcker tarif ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, die für diese Kategorie ohnehin nur 8 respektive 9 Stunden betrug, nicht vorgesehen. Dagegen ist der zu zahlende Grundlohn, der durch Ortszuschläge ergänzt wird, erhöht worden. Künftig sollen auch die Löhne der Bäckermeister tariflich gebunden werden. Die Belastung der Konsumvereine durch die Tarifverträge ist nicht gering. Die Lohnaufbesserungen in der vorigen Periode des Bäckertarifs beispielsweise in Verbindung mit der Ausdehnung der Ferien bedeuteten eine Mehrbelastung von 10 %; die neuen Verträge werden eine weitere Mehrbelastung von 15 % bringen. Trotzdem empfahl Referent Dr. Aug. Müller die unveränderte Annahme der Verträge, die allerdings zur Voraussetzung habe, einmal, daß den vorbildlichen Arbeitsbedingungen auch vorbildliche Leistungen entsprächen, andererseits, daß die Gewerkschaften mit aller Energie dahin streben möchten die Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben den genossenschaftlichen möglichst anzunähern. Diese Forderungen wurden dann auch von den anwesenden Gewerkschaftsvertretern als durchaus berechtigt anerkannt, worauf die Verträge, allerdings gegen eine Minderheit von 56 Stimmen, angenommen wurden. Nachdem A. von Elm den Bericht des Ausschusses erstattet hatte, der ebenso wie die Jahresrechnung des Verbands ohne Diskussion genehmigt wurde, fanden die Wahlen statt, die die beiden turnusmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder Barth und Lorenz sowie die ausscheidenden Ausschußmitglieder Staudinger, Pobbig und von Elm an ihre Plätze zurückriefen. Als Ort für den nächsten Genossenschaftstag wurde Frankfurt am Main bestimmt.

× Deutsche Großeinkaufsgesellschaft ×
 Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, die sich an den Genossenschaftstag schloß, hatte sich nur mit den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten zu befassen. Der Geschäftsführer Lorenz gab eine nähere Erläuterung zu dem gedruckt vorliegenden Bericht des Unternehmens, der hier bereits besprochen worden ist (in diesem Band, pag. 841 f.). Er hob hervor, daß der

Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft im letzten Jahr 32,6 % des Gesamtumsatzes der Konsumvereine im eigenen Geschäft betragen habe und ein schnelleres Wachstum aufweise als dieser Gesamtumsatz. Eingehend verbreitete sich der Redner über die Produktivbetriebe. Das Ergebnis der Seifenfabrik war sehr zufriedenstellend; 313 220 Mark konnten als Reingewinn dem Betriebsfonds überwiesen werden. Die Gröbaer Fabrik ist gegenwärtig überlastet, so daß man auf die Inbetriebsetzung der 2. Fabrik in Düsseldorf schon ungeduldig wartet. Die Zündholzfabrik hat gleichfalls einen kleinen Reingewinn in Höhe von 16 885 Mark gebracht. Die Zigarrenfabriken warfen den im Verhältnis zum Umsatz recht bescheidenen Gewinn von 47 044 Mark ab. Leider ist auch im Lauf dieses Jahres ein sehr unangenehmer Minderumsatz in Zigarren eingetreten, so daß die Produktion seit März um 33½ % eingeschränkt werden mußte. Zum Teil ist dieser Minderumsatz die Folge der höheren Preise der Großeinkaufsgesellschaft für die billigen Zigarrensorten, in denen die Gesellschaft gegenüber der privaten Konkurrenz, die zu Schundlöhnen arbeiten läßt, nicht so leistungsfähig ist. Die neue Teigwaren- und die Kistenfabrik werden im September dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Der Jahresbericht wurde einstimmig genehmigt und ebenso die Verteilung des Reingewinns in der vom Vorstand vorgeschlagenen Weise debattellos erledigt. Ein Antrag auf Abänderung des Stimmrechts der Gesellschafter, der den größeren Vereinen ein erweitertes Stimmrecht gibt, wurde mit 160 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen die Zahl der Geschäftsführer von 3 auf 5 zu erhöhen und den Wahlmodus dahin zu ändern, daß der Aufsichtsrat das Vorschlagsrecht für die zu wählenden Personen hat. Für die beiden neuen und den durch Ausscheiden des Herrn Scherling frei werdenden Geschäftsführerposten wurden die Herren Berger, Würfel und Aßmann gewählt. Die Erhöhung des Geschäftskapitals von 4 auf 6 Millionen Mark wurde einstimmig beschlossen.

× Volksfürsorge Am 13. Juni fand in Hamburg die 1. Generalversammlung der Volksfürsorge statt, die mit Befriedigung den vom Geschäftsführer von Elm erstatte-

ten Bericht über das 1. Geschäftsjahr entgegennahm. Es sind in der Berichtsperiode insgesamt 70 401 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 952 281 Mark abgeschlossen worden, bei 74 746 Anträgen mit einer Versicherungssumme von 13,8 Millionen Mark. Dagegen kann die Deutsche Volksversicherungsaktiengesellschaft in der selben Zeit nur über 10 555 Anträge mit 3,3 Millionen Mark Versicherungssumme und die Öffentlich-rechtliche Volksversicherung in einem etwas längern Zeitraum nur über 14 000 Anträge mit 7½ Millionen Mark Versicherungssumme berichten. Beide Konkurrenzgesellschaften zusammen, die sich der so lebhaften Förderung der Regierung und der Behörden erfreuen, bleiben also in ihren Erfolgen bedeutend hinter denen des gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmens zurück. Von den 70 401 abgeschlossenen Verträgen entfallen 52 040 mit einer Versicherungssumme von 12 361 898 Mark auf die Kapitalversicherung, 1122 mit einer Versicherungssumme von 508 332 Mark auf die Risikoversicherung ohne Gewinnbeteiligung und 16 963 auf Sparversicherung ohne Gewinnbeteiligung. Die Versicherungsleistungen waren naturgemäß noch sehr gering. In zwei durch Unfall eintretenden Todesfällen wurde die volle Versicherungssumme ausgezahlt; bei den 62 anderen durch Tod erledigten Versicherungen wurden, den Bestimmungen entsprechend, da sie in das erste Versicherungsjahr fielen, nur die eingezahlten Prämien zurückerstattet. Die gesamte Prämieinnahme, einschließlich der Spareinlagen und der gestundeten Raten, betrug 1 080 493 Mark. Der erzielte Überschuß war 66 066 Mark. Auf Vorschlag des Vorstands beschlossen alle, in der Generalversammlung vertretenen Aktionäre in diesem Jahr keine Verzinsung des Aktienkapitals eintreten zu lassen, dafür aber der Gewinnreserve der Versicherten 48 301 Mark = 5 % der Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten zu überweisen, den Rest von 4552 Mark aber als Vortrag auf neue Rechnung zu übernehmen. Ebenso wurde die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig beschlossen. Auf eine entsprechende Anfrage erklärte der Vorsitzende Bauer (Berlin), daß die Behauptung, die sozialdemokratische Partei sei an der Volksfürsorge finan-

ziell oder in anderer Weise beteiligt, unwahr sei. Bei den anschließenden Wahlen wurden alle seitherigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder neu bestätigt.

× **Kurze Chronik** Der Gewerkschaftskongreß, der vom 22. bis zum 27. Juni in München abgehalten wurde, beschäftigte sich mehrfach auch mit genossenschaftlichen Angelegenheiten. Es wurden Anträge über die Arbeitsvermittlung in Konsumvereinen angenommen, ferner eine Resolution, die angesichts der herrschenden Lebensmittelteuerung den Zusammenschluß der Arbeiter in konsumgenossenschaftlichen Organisationen empfahl. Über die Volksfürsorge referierte Adolph von Elm. × Am 28. Mai hielt die Großverkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine in Kopenhagen ihre Delegiertenversammlung ab, an der 1800 Vertreter von Konsumvereinen teilnahmen. Der Umsatz der Gesellschaft betrug 1913 62 Millionen Kronen gegen 55 Millionen im Jahr vorher; der Überschuß stieg von 2,8 auf 3,0 Millionen Kronen, der Wert der in den eigenen Produktionsbetrieben erstellten Waren von 6,2 auf 10,0 Millionen Kronen. × Die norwegische Großverkaufsgesellschaft hat als zweiten Zweig ihrer Eigenproduktion (der erste war eine Butterfabrik) im April den Betrieb einer Tabakfabrik übernommen.

× **Literatur** Eine wertvolle Studie über eines der praktischen Probleme der Mittelstandsbewegung veröffentlicht der Redakteur des schweizerischen Genossenschaftsblatts **Henry Faucher**: Die Händlerrabattsparevereine / Jena, G. Fischer/. Er verwendet dabei besondere Sorgfalt auf die Darstellung der deutschen und schweizerischen Verhältnisse. Ursprünglich ausschließlich zur Vernichtung der verhassten Konsumvereine gegründet und gerade von den schwächsten Elementen im Handelsstand benutzt, haben die Rabattsparevereine allmählich einen Einfluß zur Durchsetzung gesunder und einwandfreier Geschäftsprinzipien auf ihre Mitglieder auszuüben gewußt. Daß diese Vereine heute auch eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung erlangt haben, ist schon angesichts der vorliegenden Zahlen nicht anzuzweifeln. Umfaßte doch der Verband der deutschen Rabattsparevereine

eine Ende des Jahres 1911 387 Vereine mit zusammen 65 000 Mitgliedern, die einen Gesamtumsatz von 260 Millionen Mark hatten und davon 31 Millionen Mark an die Konsumenten rückvergüteten. Dem größten dieser Vereine, der **Brema**, gehörten 1910 1597 Händler mit einem Umsatz von 19 Millionen Mark an, auf den 900 000 Mark rückvergütet wurden. Dennoch kann ich nicht mit dem Verfasser übereinstimmen, der in den Rabattsparevereinen letzten Endes nützliche Gebilde sieht, auf die es nur den nötigen Einfluß zu gewinnen gilt, um sie im Interesse der Gesamtheit umzugestalten. Wenn auch anzunehmen ist, daß die reine Organisation der Konsumenten niemals völlig den Markt beherrschen wird, so wird doch die Ergänzung dann eben nur in besonders leistungsfähigen Detailgeschäften liegen. Diese haben aber das Rabattgeben nicht nötig, das beim Kaufmann immer nur auf eine Täuschung des Publikums hinauslaufen kann; denn was er mit der einen Hand gibt, muß er mit der andern nehmen. Wohl aber besteht andererseits die Gefahr, daß die Händlervereine da, wo sie nicht durch starke Konsumgenossenschaften in Schach gehalten werden, trustartigen Charakter annehmen und so, statt dem kaufenden Publikum wenigstens scheinbare Vorteile zu bieten, sich zu Ausbeuterorganisationen entwickeln. Vor allem aber ist niemals aus den Augen zu lassen, daß der vornehmste Zweck der Rabattvereine, wie ja der Verfasser an anderer Stelle selbst hervorhebt, die Bekämpfung der Konsumgenossenschaften ist und bleibt, daß diese Vereine also meist das organisatorische Rückgrat für alle konsumvereinsfeindlichen Aktionen der Kleinhändler abgeben. So viel gegenüber den vom Verfasser gezogenen Schlußfolgerungen. Der Wert des Buchs als Materialquelle wird dadurch natürlich nicht im geringsten berührt.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Begabung Seit der starken Mitbeteiligung der Frauen am öffentlichen Leben, besonders in den höheren Berufen, hat die alte Frage nach der Begabungsverschiedenheit der Geschlechter erhöhtes Interesse gewonnen. Es haben nach und nach mehrere entgegengesetzte Auffassungsstadien einander abgelöst. Mindestens auf frauenrechtlerischer Seite dominierte zuerst die Annahme

vollständiger Gleichheit, die nur durch die mangelnde Ausbildung nicht zur Geltung gekommen sei. Dann überwog die der Gleichwertigkeit, also bestimmter Differenzen, die aber gleich hohe Leistungen nach verschiedener Richtung erzeugen müssen. Endlich, im letzten Jahrzehnt, neigt man der Ansicht zu: die Frage sei vorläufig noch nicht genügend geklärt, und man macht Versuche etwaige geistige Funktionsverschiedenheiten nach wissenschaftlich experimentellen Methoden möglichst genau festzustellen.

Den ersten bedeutenden Anstoß nach dieser Richtung gab das bekannte Buch des holländischen Psychologen Heymans, das hier schon in der Rubrik Psychologie (1911, 1. Band, pag. 343 ff.) besprochen wurde. Auf Grund statistischer Erhebungen bei Erwachsenen sowie bei einer Anzahl von Schülern von Koedukationsschulen erzielte Heymans als hauptsächliches Resultat das folgende: Er schreibt den Frauen größere Emotionalität und schwächeres abstrakt sachliches Interesse zu. Die Frau gehe mehr in persönlichen, gefühlbetonten Vorstellungen auf. Er findet nirgends eine grundsätzliche Verschiedenheit oder ein absolutes Manko in irgendeiner der geistigen Fähigkeiten bei Mann oder Frau; wohl aber ein Zurückstehen des weiblichen Geschlechts in den höchsten Leistungsgraden auf allen Gebieten geistiger Produktion. Und er resümiert: »Wir gelangen also zum Ergebnis, daß sicher in der Wissenschaft und in der Technik, und vielleicht auch in der Kunst, die Seltenheit der weiblicher Genies weniger auf mangelnden Fähigkeiten als auf mangelnden Neigungen, weniger auf dem Können als auf dem Wollen beruht.« Das heißt eben auf der stärkern Hinneigung der Frauen zu persönlichen und gefühlbetonten Interessen, die wiederum durch ihre größere Ablenkbarkeit infolge ihrer heftigen Emotionalität erzeugt sei. (Man könnte ebenso gut sagen: die diese wiederum erzeugen.)

Nach Heymans haben sich nun auch andere Forscher auf verschiedenen Wegen mit solchen Begabungsaufnahmen beschäftigt. Auf dem 3. deutschen Kongreß für Jugendbildung und Jugendkunde in Breslau (siehe die Rubrik Psychologie, 1914, 1. Band, pag. 392) referierten im Anschluß an das Koedukations- oder, wie dort richtiger gesagt wurde, Koinstruktionsproblem

Meumann (Hamburg), Stern (Breslau), Cohn (Freiburg), ferner Lipmann und Lucie Hoesch-Ernst über ähnliche Versuche. Ihre Resultate stimmen, wie sie mehrfach betonten, nicht nur mit denen von Heymans sondern auch mit der von der praktischen Lebenserfahrung bestimmten allgemeinen Anschauung über männliche und weibliche Wesensart überein. Auch sie finden nirgends generelle Unterschiede; es habe sich bei gemeinsamem Unterricht auch in den höchsten Schulklassen in keinem Gegenstand etwa eine Unfähigkeit der Mädchen gezeigt die geforderten Aufgaben zu bewältigen. Aber ein Vergleich bestimmter Leistungen (besonders beim freien Zeichnen und im Aufsatz) lasse die altbekannten Geschlechtsdifferenzen deutlich hervortreten. Das Mädchen sei im allgemeinen mehr rezeptiv, suggestiv, geistig konventionell, der Knabe schöpferisch, selbständig, revolutionär. Das Interesse der Frau hafte auch bei geistiger Betätigung am Menschlich-Persönlichen, Gefühlsbetonten, das des Mannes am Sachlichen, Abstrakt-Allgemeinen, Konstruktiven. In den Beobachtungen beim gemeinsamen Unterricht in höheren Schulen (in denen ja erst die höheren geistigen Funktionen zum Ausdruck kommen) trat die verschiedene Begabungsrichtung sowohl in der abweichenden Vorliebe für die Unterrichtsfächer wie auch in der verschiedenen Art des Verhaltens in den gleichen Gegenständen hervor. Für mathematisch-naturwissenschaftliche Materien zeige eine geringere Zahl von Frauen Begabung und Neigung, der Geographie wende sich das Interesse der Mädchen fast niemals zu, in der Geschichte werden diese nicht, wie meist die Knaben, durch die politische Entwicklung, die Verfassungskämpfe, also durch das Abstrakte gefesselt, sondern fast ausschließlich durch die große Einzelpersönlichkeit. Der gleiche Unterschied sei im Aufsatz erkennbar. Im selben Thema herrsche beim Knaben größerer Reichtum an Tatsachen und abstrakten Überlegungen, das Mädchen erscheine dagegen im sprachlichen Ausdruck gewandter. Diese Überlegenheit trete auch beim fremdsprachlichen Unterricht hervor. Ferner übertreffe das Mädchen gewöhnlich den Knaben an gedächtnismäßig aufgenommenen Kenntnissen und an Fleiß. Bei den Mädchen spiele auch die Person des Lehrenden eine bedeutendere Rolle; das Interesse

für den Gegenstand ordne sich oft dem persönlichen unter. Die Lipmannsche Statistik, die sich auf den prozentualen Anteil von Knaben und Mädchen im obersten, dem mittlern und dem untersten Viertel in der Klassenrangordnung stützt, ergab als weiteres interessantes (auch von den anderen Referenten anerkanntes) Resultat eine geringere Intervariation beim weiblichen Geschlecht. Die höchsten wie die niedrigsten Begabungsstufen seien seltener als beim Knaben, das heißt unter den Frauen sei nicht die gleiche Breite der Variabilität in den geistigen Fähigkeiten vorhanden.

Fast sämtliche Kongreßredner hoben nun berechtigterweise hervor, es könne sich hier nur um die ersten Vorarbeiten zu einer Geschlechtspsychologie handeln; denn weder könnten aus den relativ winzigen Beobachtungszahlen (und den zum Teil abnormen Verhältnissen) der Versuchsreihen einwandfreie Schlüsse gezogen werden, noch seien wir vorläufig im Besitz des notwendigsten Instruments zu wirklich wissenschaftlichen derartigen Erhebungen: einer allgemeinen Analyse der geistigen Fähigkeiten. Tatsächlich wird dies sofort in Heymans' Erörterungen deutlich, des einzigen, der den Versuch macht die höheren geistigen Funktionen in ihre Elemente zu zerlegen, um so an den eigentlichen Kern der geschlechtlichen Differenzen heranzukommen. Nach ihm ist die Höhe der Denkleistung abhängig besonders von dem Vorwiegen der sogenannten Primär- oder der Sekundärfunktion des Geistes, das heißt des bewußten oder unbewußten Vorstellungsinhalts. Dann von der Weite des Bewußtseinsfeldes, der Intensität der Vorstellungseindrücke, der Kraft der Phantasie und dem Grad des Interesses an einer Frage. Ist das wirklich mehr als eine einfache Umschreibung des Problems? Die Primär- und die Sekundärfunktion scheinen wenig bestimmte Begriffe; sie verschwimmen offenbar fortdauernd in einander, und die Intensität und Weite der Vorstellung, die Kraft der Phantasie müßten ja gerade auf elementarere Funktionen zurückgeführt werden, wenn wir einen Einblick in den Vorgang gewinnen sollten. Wir stehen also einfach vor den ungeklärten Tatsachen bestimmter Differenzen, wie sie die simpelste Erfahrung längst zeigte. Wir wissen nicht, wie weit Anpassungs- und Vererbungs-, also veränderbare Erscheinun-

gen vorliegen, wie weit konstante Geschlechtscharaktere.

Halb scherzhaft schlug ein Redner auf dem Jugendkongreß vor fortlaufend mehrere Generationen hindurch eine Anzahl männlicher und weiblicher Kinder unter genau die gleichen Erziehungs- und Lebensinflüsse zu stellen, um so das dauernd wiederholte Argument der verschiedenen Lebensführung auszuschalten und gleichsam ein reines Naturresultat zu erzielen. Das wird allerdings nicht gut möglich sein, ist aber auch kaum notwendig. Die Annäherung der Ausbildungs- und Daseinsbedingungen der Geschlechter in unserer Zeit muß diese Frage nach einigen Generationen genügend aufhellen. Freilich nimmt wohl kein denkender Mensch an, so ausgeprägte Produktivitäts- und Wesensdifferenzen seien etwa ausschließlich durch äußere Ursachen erzeugt; der Kern muß doch wohl tiefer, im Mark der Geschlechtsfunktion selber liegen. Aber andererseits ist die fast sturzartige Umbildung des weiblichen Wesenstypus nach der partiellen Lösung der geistigen Fesseln in allerneuester Zeit so überraschend, daß wir mit vollem Recht von einer weitem Entwicklung in der gleichen Linie noch andere Veränderungen erhoffen dürfen. Und hier möchte ich auf etwas hinweisen, was mir bei den Verhandlungen der psychologischen Forscher auf diesem Kongreß wie auch sonst in den Diskussionen über Frauenbegabung sehr merkwürdig scheint: Jede Konstatierung der geistigen Differenzen pflegt nämlich mit der Bemerkung zu schließen, das bedeute indes durchaus nicht eine geringere Befähigung der Frauen, diese seien anders, aber unbedingt gleich wertig begabt. Soll das mehr als eine Redensart sein, so muß man fragen: Nach welcher Richtung liegt denn nun diese Gleichwertigkeit? Gegenüber dem Manko in den höchsten Funktionen wurde, soweit ich sehe, an positiven Gegenwerten nur zweierlei angegeben: die sprachliche (literarische) Höherbegabung und die größere Fähigkeit der Frau sich in den Einzelmenschen zu versenken, durch Wärme und persönliches Mitempfinden (statt nur durch soziales Pflichtgefühl) zu wirken. Volle geistige Äquivalente scheinen mir darin nicht zu liegen. Das wäre eine an sich gleichgültige subjektive Einschätzung, ergäben sich daraus nicht sehr wichtige praktische Folge-

rungen. Ich will hier nicht näher auf die Frage des gemeinsamen Unterrichts eingehen, für dessen Beurteilung ja noch andere psychologische Momente in Frage kommen (sexueller Einfluß, Altersperioden der geistigen Entwicklung bei beiden Geschlechtern, usw.). Auch wurde zum Beispiel auf diesem Kongreß von keiner Seite die direkte Forderung gestellt die Vorbildung der Mädchen abweichend von der der Knaben zu gestalten. Überall aber klang doch leiser oder lauter so etwas wie der Wunsch nach Berücksichtigung der weiblichen *Eigenart* im Unterricht hindurch. Und diese Auffassung wäre nicht ganz ohne Berechtigung, wenn man wirklich das Wesen von Männern und Frauen gleichsam als Ausfluß zweier andersartiger, aber gleichwertiger Grundströmungen des geistigen Lebens ansehen könnte, die also beide in möglichster Vollkommenheit zu entwickeln wären. Das Prinzip irgendeiner Art spezifisch weiblichen Unterrichts könnte aber in Wahrheit die Frauen nur auf das alte Übel geistig geringwertiger Leistungen zurückführen oder dieses Übel verstärken. Denn, das wollte ich nur hervorheben: Sind in der Tat die genannten geistigen Geschlechtsdifferenzen vorhanden, so stellen sie schwerlich wesensverschiedene, aber gleichwertige geistige Funktionen, sondern sehr viel wahrscheinlicher eine geringere geistige Höhenstufe des weiblichen Geschlechts dar. Abgesehen allein von der Scheidung in sprachliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Begabung, spricht alles andere durchaus für diese Auffassung. Das Vorherrschen sachlich abstrakten Interesses ist sowohl in der Entwicklung des Einzelindividuum wie auch in der geschichtlichen Gesamtentwicklung der Menschheit stets der Ausdruck dafür, daß ein höheres geistiges Niveau erreicht ist. Der einzelne wie die Gesamtheit steigen vom beschränkt Konkreten zum Umfassendern, Allgemeinern und endlich zur Idee, zur reinen Abstraktion. In engem Zusammenhang damit steht der Gegensatz des *Gefühlsbetonten* (also irgendwie persönlich Verknüpften) und des losgelöst Sachlichen, wie etwa Mitgefühl gegen Recht, Neigung zu sozialen Hilfeleistungen gegen politisch soziale Pflichterfüllung, Philosophie als Lebensrost gegen reinen Erkenntnisdrang. Ebenso entsprechen dieser Annahme die Ergebnisse der Untersuchungen, die auf der ganzen Mittelbahn, also dem Haupt-

teil des geistigen Vergleichskörpers, bei Männern und Frauen volle Gleichartigkeit der Befähigung feststellen und bei den Frauen nur die höchste Spitze der BegabungsPyramide vermissen lassen, während sich sonst zwei Pyramiden, eine männliche und eine weibliche, aufbauen lassen müßten. Diese Auffassung scheint allerdings für die Beurteilung der Frauen sehr viel ungünstiger, dürfte dies de facto aber schwerlich sein. Schließt sie das weibliche Geschlecht auch vorläufig von den genialen Höchstleistungen aus (deren Ursprung und Entwicklungsbedingungen uns ohnedies bis jetzt völlig verschlossen sind), so zeigt sie doch die Berechtigung und Notwendigkeit seiner Mitbeteiligung an dem gesamten Kulturleben, wie es tatsächlich besteht, während der vage Hinweis auf imaginäre, spezifisch weibliche Werte nur allzu leicht zu reaktionären Maßnahmen zurückführt. So möchte ich also noch einmal resümieren: Die gegenwärtig konstatierten geistigen Geschlechtsdifferenzen (die Verschiedenheit auf anderen Gebieten, besonders in der Willens- und Empfindungssphäre, hängt nicht direkt mit dem geistigen Wesen zusammen; sie steht bei Mann und Frau wohl in anderm Verhältnis als die geistigen Funktionen, kommt jedenfalls für die vorliegende Frage nicht in Betracht) sprechen für eine, wie immer verursachte Geringerentwicklung des weiblichen Intellekts in den allerhöchsten geistigen Funktionen. Soweit diese geschichtlich bedingt ist, kann sie nur aufgehoben werden durch gleiche Ausbildung, gleiche Anforderungen und gleiche Betätigung. Deshalb und, wie Gertrud Bäumer richtig hervorhob, weil die Notwendigkeit des Lebens jetzt gleiche Leistungsfähigkeit von der Frau verlangt, ist jede Form der *Verweiblichung* der Erziehung oder des Unterrichts aufs strengste zu verwerfen. Genauere Analyse des menschlichen Denkprozesses und das Leben selbst werden dann das geistige Wesen des weiblichen Geschlechts weiter aufhellen. Für das verwandte Problem, welche Richtung der Gesamtkultur durch einen starken Einfluß der Frau im öffentlichen Leben gegeben werden könnte, liefert nach Ansicht verschiedener Leute Amerika gegenwärtig ein maßgebendes, für unser Geschlecht nicht eben schmeichelhaftes Zeugnis. Fritz Voechting legt in einem sehr lebendig geschriebenen Büchlein Über den amerikanischen

Frauenkult /Jena, Diederichs/ seine Anschauung über diesen Einfluß dar. Er führt die ganz offenbare Geringwertigkeit der amerikanischen Kultur auf allen wissenschaftlich-künstlerischen Gebieten im Gegensatz zu der geschäftlichen und technischen Hochblüte des Landes auf das Überwiegen der Frauen in Schule und Universität und deren hohe geistige Einschätzung zurück. Die Kultur des Persönlichen und Äußerlichen im öffentlichen Leben, sogar in der Politik, die Vorherrschaft einer süßlichen, romantisch angehauchten Sensationskunst in Drama, Malerei und Skulptur, die (auch im Religiösen) rein nach praktischer Nützlichkeit orientierte Philosophie: alles deute auf das Vorwiegen des weiblichen Geschmacks. Die Überlegenheit der Frau in Fragen der Bildung sei für den Amerikaner zu einem unumstößlichen nationalen Dogma geworden, und so zögen sich die Männer von selbst aus dieser Sphäre zurück. Während in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen die Männer überwiegen, »bestehen in den freien Wissenschaften sowie den Sprachen, mit Ausnahme der griechischen, weibliche Mehrheiten«.

Wieweit Voechting tatsächlich recht hat, kann nur der genaue Kenner amerikanischer Kultur beurteilen. Einige allgemeine Behauptungen stehen allerdings im Gegensatz zu den Erfahrungen anderer Länder, so die, daß der Frau »das Idealreich der reinen Schönheit stumm« bleibe, daß sie »nie in den rauhen Tag, unter das arbeitende Volk, . . . nie in die breiten, kraftvollen Unterschichten des Daseins« steige. Hier wäre die eine Käthe Kollwitz schon Gegenbeweis genug. Ebenso zweifelhaft dürfte die Meinung sein, der weibliche Geist erkenne auch im philosophischen Denken nur die Formen an, die »auf eine Förderung und Erhaltung des Lebens zielen, die nach irgendeiner Melodie seinen Preis singen. Zu einer lebensverneinenden Haltung hat sich noch keine Frau ernstlich entschließen können.« Jedenfalls wäre für das Allgemeinproblem hier noch zu berücksichtigen, daß die Stellung der Frau in Amerika ganz exklusiver Art ist. Wenigstens in den sogenannten höheren Klassen herrscht hier für sie nicht Gleichstellung, sondern soziale Überordnung, ein Verhältnis, das mindestens so viel Unnatur in sich schließt wie das entgegengesetzte. Fast alle Berichtersteller sind sich darin einig,

daß unter den Besitzenden dort eine Art Frauenkultus besteht, und die Frauen dieser Klasse in einem abstoßenden Parasitismus dahinvegetieren, der es als geradezu selbstverständlich empfindet, daß ihnen der Genuß, dem Mann die Arbeit des Lebens zufällt. Es ist gewiß menschlich interessant und erklärt viel von dem so viel häufigern Zustand der sozialen Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts, bis zu welchem Grad die Menschen durch Tradition die Empfindung für verkehrte und sinnwidrige Zustände verlieren können. In unserer reichen Bourgeoisie machen sich übrigens Annäherungen an diesen amerikanischen Frauenparasitismus ebenfalls schon stark bemerkbar.

Rein theoretisch beschäftigt sich in geistvoller und sympathischer Art mit der historischen Entwicklung dieses Parasitismus das Buch Olive Schreiners *Woman and Labour* /Leipzig, Tauchnitz/, das kürzlich auch in deutscher Sprache erschienen ist (Die Frau und die Arbeit /Jena, Diederichs/). Das Buch ist, wie die Verfasserin in der Vorrede sagt, die Wiedergabe eines Kapitels aus einem ganzen Lebenswerk, das auf Grund vielfältiger eigener Beobachtungen eine Darstellung der geschlechtlichen Differenzen von den ersten lebendigen Organismen an bis in die jüngste Menschengeschichte hinein geben wollte. Das unersetzliche Werk wurde durch einen tragischen Zufall im Burenkrieg zerstört.

Olive Schreiner weist darauf hin, daß die Frau im Beginn menschlicher Kultur, solange die Arbeit fast ausschließlich mechanisch war, mindestens die gleichen Leistungen wie der Mann aufzuweisen habe. An Stelle von Krieg, Jagd und Fischfang habe ihr neben der Aufzucht der Kinder Nahrung und Bekleidung der Familie obgelegen. Nichtarbeitende Frauen kenne die Geschichte erst auf höherer Stufe, wenn sich mit der Reichtumsentfaltung bestimmter Klassen die Geschlechtsabhängigkeit auf sexueller Basis entwickle. Wie das Studium aller Lebewesen zeige, sei so lange wenig Differenzierung zwischen den Geschlechtern wahrnehmbar, wie es sich eben nicht um die sexuelle Sphäre handle; eine je größere Rolle diese Sphäre im Allgemeinleben spiele, desto stärker werde auch beim Menschen die Verschiedenheit zwischen Mann und Frau. Die soziale Lage des weiblichen Geschlechts in der Welt habe sich so merkbar erst geändert,

seit die Schätzung der körperlichen Arbeit zugunsten der geistig-technischen gesunken sei, in der bisher der Mann alles Wesentliche geschaffen habe, während die Frau sich jetzt erst unter mühevollen Kämpfen einen Zugang zu diesem Gebiet erobere. Es sei gleichgültig, ob sie darin einmal Ebenbürtiges leisten werde, sie müsse wie in allen früheren Kulturen mitschaffen an dem, was die Menschheit heute beschäftige, denn der Parasitismus, der sich für große Frauenschichten heute durch die Verhältnisse herausgebildet habe, führe nicht nur zur Degeneration der Frauen sondern auch zu der der Männer. Wundervoll ist die Stelle, in der Olive Schreiner von der aufopfernden Hingabe der vielen Tausende von Frauen spricht, die in den letzten Jahrzehnten ein bequemes Parasitendasein weggeworfen haben, um in mühseliger Arbeit den Weg für ein neues Geschlecht von Frauen freizulegen, die unter den neuen Bedingungen wieder ein volles, schaffendes Leben leben. Die Ausbildung der »neuen Frau«, von der so viel gesprochen werde, und die eben nichts weiter sei als die alte, »nichtparasitische Frau der entfernten Vergangenheit«, führe nicht, wie man fürchte, zur Trennung der Geschlechter. Die Frauenbewegung »ist im wesentlichen eine Bewegung der Frau zum Mann, der Geschlechter zu engerer Verbindung«. Seite an Seite mit ihr, »verschiedener von seinen unmittelbaren Vorfahren als selbst die neue Frau von den ihren«, stehe heute in jeder Gesellschaft und in jeder Klasse, in der sie zu finden sei, der »neue Mann«. Manche Einzelheiten des Buchs mögen natürlich bestreitbar sein, das Ganze zeugt von einer solchen Objektivität und Weite des Blicks, daß sich wohl Olive Schreiner unter den Frauenrechtsschriftstellerinnen nur mit Hedwig Dohms Art vergleichen läßt.

Das gesamte Problem, mag man es nun praktisch oder theoretisch betrachten, führt immer wieder auf die Kernfrage für die Zukunft unseres Geschlechts: Geht der Weg zur allgemeinen Berufsausübung der Frauen und damit zur weitem Umbildung des weiblichen Typus, oder geht er zur hauswirtschaftlichen Betätigung zurück?

Die Untersuchungen, die nach dieser Seite angestellt wurden, genügen noch lange nicht, um diese Frage auch nur annähernd zu klären.

X

X

KurzeChronik Eine Abordnung von Arbeiterinnen des Eastends von London, die dem Suffragettenverband angehören, wurde von Asquith empfangen und legte ihm eingehend die traurige soziale Lage breiter Arbeiterinnenschichten dar, auf Grund deren das politische Frauenstimmrecht gefordert werden müsse. Der Minister sprach sich wie immer sympathisch diesen Forderungen gegenüber aus, gab aber wieder keinerlei direkte Zusagen. In Wien ist durch den Allgemeinen österreichischen Frauenverein die erste gemeinnützige Mutterschaftskasse gegründet worden. Sie will ein Vorbild für spätere staatliche Mutterschaftskassen bilden, wie sie von den Frauen gefordert werden. Professor Maria von Linden, die bekannte Naturwissenschaftlerin, der man in Bonn die Zulassung zur Dozentur verweigerte, hat jetzt einen Ruf als Abteilungsleiterin des anatomisch-pathologischen Universitätsinstituts in Rostock erhalten. Die schwedische Akademie hat Selma Lagerlöf zu ihrem Mitglied ernannt. Bei einem Wettbewerb für dramatische Werke in Wien erhielt kürzlich eine Frau, Felicitas Leo, den Preis für einen Einakter Der Tag der Mona Lisa.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Sperma Was wird aus den Millionen und Abermillionen Spermatozoen, die im Beiwohnungsakt, so bei Tier wie bei Mensch, dem weiblichen Körper einverleibt werden, von denen aber im günstigsten Fall nur eines oder ein Dutzend sein Ziel erreichen und seine Bestimmung erfüllen kann? Sie werden wohl resorbiert, hat höchst wahrscheinlich mancher gedacht, der sich diese naheliegende Frage einmal vorgelegt hat, und so ist es nach den Untersuchungen von Waldstein und Ekler (mitgeteilt im 85. Band der Verhandlungen Deutscher Naturforscher und Ärzte Leipzig, Vogel) in der Tat. Aber nicht dieses Ergebnis ist das Interessante, sondern die Art, wie es festgestellt worden ist. Wenn die überschüssigen Spermatozoen, sagten sich die Verfasser, tatsächlich der Zerstörung und Resorption durch den weiblichen Körper verfallen, so müssen auf Grund der neuesten Blut-

forschungen und Einsichten in die Schicksale körperfremder Eiweiße, die Abderhalden gesammelt hat, im Körper des weiblichen Wesens Fermente vorhanden sein, die Spermatozoen und überhaupt Spermaeiweiß (Hodensubstanz) abzubauen imstande sind. Man wird also nachzusehen haben, ob dieser Schluß zutrifft. Die beiden Forscher untersuchten in Verfolgung dieses Gedankens zunächst, ob das Serum männlicher Tiere und nichtschwangerer Weibchen die Fähigkeit habe Hodensubstanz herunterzubauen, fanden aber, daß in diesem Fall hodenabbauende Fermentstoffe fehlen. Sobald jedoch die weiblichen Tiere besprungen sind, erscheint ein solches Ferment im Blut, und zwar ist es spezifisch, denn die Eiweißsubstanzen anderer Organe (Muskeln, Nieren usw.) greift es nicht an. Die Reaktion tritt bereits einige Stunden nach der Bedeckung auf, ist um diese Zeit am stärksten und bleibt während der ganzen Dauer der Schwangerschaft in schwächerem Grad bestehen. Den Verdacht, daß die Reaktion durch das befruchtete Ei ausgelöst sein könnte, und nicht durch das Sperma, dessen Trümmer in die Blutbahn gelangen, beseitigen die Verfasser durch den Hinweis auf die Tatsache, daß die Fermente schon zu einer Zeit erscheinen, wo ein biologischer Zusammenhang zwischen Ei und Mutter noch nicht besteht, daß die Fermente aber auch auftreten, wenn die Empfängnis selbst unterbleibt. Ob die Resultate, die am Kaninchen gewonnen sind, sich auch auf den Menschen übertragen und, was in vielen Fällen sehr wichtig wäre, sich gerichtsmedizinisch verwerten lassen, wird zurzeit von mehreren Seiten festzustellen versucht.

×
Mechanik des Todes Von dem Züricher Privatdozenten Alexander Lipschütz trennt mich eine Welt von Anschauungen, Denkwohnheiten und Auffassungsweisen des Lebens. Er ist Mechanist, ich denke organisch. Er kommt aller Wirklichkeit nur von außen her bei, während ich glaube, daß das Leben mit allen seinen Phänomenen nur von einem durchaus unmechanistischen Zentralpunkt aus erfaßt werden kann. Dies vorausgeschickt, darf gesagt werden, daß seine beiden Bücher Warum wir sterben /Stuttgart, Franckh/ und Stoffwechsel und Energiewechsel des Men-

schen /Leipzig, Voigtländer/ vom Standpunkt des Mechanisten aus wahrscheinlich sehr gut geraten sind. Für mein persönliches Gefühl wird das erstgenannte nach einer flott geschriebenen Einleitung auf der 18. Seite sehr dürftig. »Wir wissen (!) heute, daß das Leben nichts anderes ist als eine Summe sehr verwickelter chemischer Vorgänge, die sich im Rahmen einer Zelle abspielen«, liest man da. Wirklich? Und gar nichts sonst? Ich kenne Physiologen unserer Tage, die ebenfalls Mechanisten sind, und es trotzdem anders wissen als Lipschütz. Gerade das Beispiel, woran er seinen Ausspruch zu rechtfertigen sucht, ist nur darum illustrativ richtig, weil es auf einem groben Denkfehler beruht. »In der Dampfmaschine«, schreibt er, »verbrennen Stoffe, die wir auch sonst, wo es uns gerade paßt, verbrennen können. Aber in der Dampfmaschine geht die Verbrennung dieser Stoffe so vor sich, daß die brennenden Stoffe bestimmte Arbeit leisten. Mit dem Brennen der Stoffe in der Dampfmaschine ist die Arbeit dieser gegeben, sie ist da, es steckt hinter der Arbeit der Dampfmaschine nichts anderes dahinter als das Brennen von Stoffen in ihr. Ebenso steckt hinter den Lebensäußerungen der lebendigen Substanz . . . nichts dahinter als der Stoffwechsel der Zellen.« Aber der Verfasser irrt. In Wirklichkeit steckt hinter der Dampfmaschine außer dem Verbrennungsprozeß der Stoffe in ihr auch ihre Organisation. Das ist der Kasus. Sie verwertet die freiwerdenden Energieen nur darum zur Arbeit, weil diese Energieen in einen Eisenkörper mit im voraus bestimmter Organisation hineingelenkt werden, und je nach der Beschaffenheit der Organisation ist die Arbeit selbst beschaffen. Woher stammt aber die Organisation der Maschine, die ein so wesentliches Ingrediens ihrer Arbeit ist wie das Brennen von Stoffen in ihr? Doch wohl von einem Hirn? Doch wohl aus einem übergeordneten Zentrum von Leben? Es ist wahr, daß der Verfasser später dann (pag. 29), anscheinend ohne daß er es selber merkt, seinen büchnerischen Radikalismus revoziert, indem er schreibt: »Alles Leben beruht auf dem Stoffwechsel der Zelle.« Hier spricht schon eher jene Vorsicht, die dem Leben gegenüber geboten erscheint. Aber es ist doch im ganzen zu spät, als daß man nicht ständig fürchtete an

einer neuen Straßenecke abermals mit dem mechanistischen Knüppel auf den Kopf geschlagen zu werden. Die wirkliche Gefahr ist, wie ich gern zugeben will, nicht mehr sehr groß. Ich habe mich ihr ausgesetzt, und zu meiner Befriedigung gefunden, daß nach den wilden Standpunktserklärungen der ersten Kapitel von einem sehr fleißigen Arbeiter die Mechanik des Todes in einer Weise, wie sie unsereiner auch nicht viel anders schreiben könnte und in seinen Aufsätzen schon beschrieben hat, bloßgelegt wird. Jedoch zu einer wirklichen Freude will es nach den Vorerlebnissen nicht mehr kommen. Der Kosmos aber, die Gesellschaft der Naturfreunde, die ihren zahlreichen unkritischen Lesern das Buch als Jahrgabe vorlegt, leistet sich damit einen Rückfall in die finstersten Tage der Vogt- und Moleschottzeit. Denn ob man es glaubt oder nicht, in dem Lipschützischen Buch steht (pag. 19) als angeblich wissenschaftliche Feststellung der fabelhafte Satz: »Die Stoffwechselvorgänge, die sich in den Zellen unseres Gehirns abspielen, sind unser Denken.«

Über das andere Buch, das zu den ordentlichen Veröffentlichungen der Pädagogischen Literaturgesellschaft Neue Bahnen gehört, brauche ich nach alledem nicht mehr viel zu sagen. Es ist mit großem Fleiß und umfassender Kenntnis der einschlägigen experimentellen Literatur gemacht, aber, wenn gleich als Führer und Nachschlagewerk für naturwissenschaftliche Volks- und Mittelschullehrer gedacht, aus dem nämlich unfreien Geist wie das vorige geschrieben, wenn auch, dank dem Thema, dieser Geist sich weniger bemerkbar macht.

× **Afrikanischer Fossil-mensch** ×

Im März dieses Jahres wußte die Presse zu berichten, daß von Dr. Hans Reck, dem Leiter der Zentralafrikanischen Expedition, im Norden des deutschen östlichen Schutzgebiets ein fossiles Menschenskelett von hohem Alter gefunden und für das Museum der Berliner Universität gerettet worden sei. Im einzelnen jedoch waren die Mitteilungen so widerspruchsvoll oder phantastisch, daß es mir geraten schien von der ganzen Sache erst nach Erscheinen authentischer Äußerungen des Expeditionsleiters Notiz zu nehmen. Diese Äußerungen liegen jetzt vor, knapp und vorläufig, aber doch über einiges We-

sentliche orientierend (in den Sitzungsberichten der Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin, 1914, 13. Heft). Danach ist das Alter dieses Fossil-menschen einstweilen noch ganz unbestimmt. Nur so viel scheint festzustehen, daß der Tote nicht der Jetztzeit angehört hat sondern in einem möglicherweise ziemlich frühen Abschnitt des Eiszeitalters an der Fundstätte eingebettet wurde. Diese ist im ganzen recht merkwürdig. Sie liegt am Randgebiet der Serengetisteppe ziemlich hoch am Steilhang einer etwa 50 Meter tiefen Schlucht, die früher von einem See ausgefüllt gewesen sein dürfte: wenigstens besteht der ganze Hang aus Tuffen, die ohne weiteres als Ablagerungen eines lokalen Süßwassersees zu erkennen sind. Reck bemüht sich in der vorliegenden Mitteilung vor allem um den Nachweis, daß die Tuffbank, in deren Innern der ausgezeichnet erhaltene Menschenkörper, dicht verwachsen mit dem Gesteinsmantel, gefunden wurde, gleichzeitig mit der Entstehung seiner Schicht in diese hineingeraten und daher ebenso alt ist wie sie selber. Trifft dies zu, so muß, nach den begleitenden Knochenresten von Tieren zu schließen, die über und unter der Menschenschicht eingesargt sind, der Tote im Diluvium diese Gegend bewohnt haben, irgendwie in den See hineingeraten und rasch im Tuffschlamm verschüttet worden sein. Über den Menschen selbst erfahren wir einstweilen gar nichts, so daß die interessantesten Fragen noch offen bleiben.

× **Kurze Chronik** ×
In Bad Nauheim ist am 6. Juni auf der Heimkehr vom Berliner Physiologenkongreß der Professor Hugo Krockner, seit 30 Jahren Inhaber des Lehrstuhls für Physiologie an der Universität Bern, im Alter von 75 Jahren an einem Schlagfluß gestorben. \ Zu seinem Nachfolger wurde sein langjähriger Mitarbeiter Professor Leon Asher ernannt. \ Auf den durch den Tod Carl Chuns freigewordenen Lehrstuhl für Zoologie an der Universität Leipzig wurde Johannes Meisner, Inhaber der Ritterprofessur in Jena, berufen. \ Um zu den vielen Todesarten, an denen der Mensch sterben kann, im Kongreßkoller oder der Erschöpfung an Kongreßgängerei, nicht noch eine neue hinzuzufügen, den Wanderrednern, die mit einem Vortrag von Kongreß zu Kongreß reisen und die

Leute langweilten, das Handwerk zu legen und das wissenschaftliche Leben wieder in gesündere Bahnen leiten zu helfen, hat der Vorstand der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte beschlossen nur noch alle 2 Jahre zu tagen. Die nächste Versammlung findet am 24. September in Hannover statt und soll diese Beschlüsse genehmigen. × Der 1. internationale Ethnographenkongreß, der vom 1. bis zum 5. Juni in Neuenburg (Schweiz) tagte, beschloß bei den Regierungen der beteiligten Kulturstaaten auf die Errichtung besonderer Lehrstühle zu dringen, von denen herab Ethnographie als selbständige Wissenschaft gelehrt werden kann. × Während man an der deutschen Nord- und Ostseeküste sich heftig über das plötzliche Überhandnehmen des grauen Seehunds beklagt und von der Regierung besondere Abschußerlaubnis zu erwirken sucht, ist im englischen Unterhaus ein Gesetz angenommen worden, das dieses Tier für das gesamte britische Inselreich zum Naturdenkmal erhebt und seine Jagd vollkommen verbietet. × Vom schwedischen Parlament ist die von der Kultur noch ganz unberührte Klippeninsel Jungfrau im Kalmarer Sund zum Nationalpark erklärt worden.

×
Literatur Der populären Unterhaltungsliteratur, und zwar jener Sorte, die den Stoff, sei es durch eine besondere Art des Vortrags sei es durch Auslassungen sehr realer Züge, stark zu idealisieren liebt, wenn auch nicht immer nach der kräftigen Seite, gehören die beiden Bücher von Martin Braeß an: Aus dem Vogelleben unserer Heimat und Tiere unserer Heimat, beide herausgegeben vom Dürerbund /München, Callwey/. Das erste ist mit ganz ausgezeichneten Photos geschmückt, und alle beide sind in jenem flüssigen, poetisierenden Deutsch geschrieben, das vor 10 Jahren in unseren Familienblättern sehr beliebt war, aber auch dort in allen Spalten bereits stark verschwindet. Ich bin überzeugt, daß beide Bücher in den Kreisen, für die sie passen, eine sehr herzliche Aufnahme finden, einem empfänglichen Kind aber gäbe ich doch lieber den Brehm in die Hand, weil ich dort jene »große und heilige Liebe zur Natur, die diese beiden Bücher hat entstehen lassen und die der Verfasser in die Herzen recht vieler Menschen ein-

pflanzen will, weniger betont und aufdringlich am Werk spüre als in diesen Schriften. × Politische, vaterlandsretterische Töne gar schlägt in seinem Buchlein Natur und Heimat, eine praktische Einführung in die Natur- und Heimatpflege /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ Dr. Clemens Wagener an. »Aber ein zweiter, weit gefährlicherer Feind [als der Materialismus]«, heißt es da, »erwächst der heimischen Eigenart, dem wirtschaftlichen Kosmopolitismus den politischen zugesellend, in der Sozialdemokratie. Was ist ihr das Vaterland? Was gilt ihr Brauch und Sitte?« Und dann geht es los, in bekannten Tönen, alle durch ein besonders gutgeratenes Ochsenhorn in die Welt posaunt. Unser Herrgott hat eben Kostgänger verschiedener Art, und so mag es denn ganz angebracht sein, daß einer von ihnen auch ein Natur- und Heimatschutzbuch für Liebhaber Stoeckerscher Seelenpurgative schreibe und so die geistige Konfektionsliteratur um ein bedeutendes Erzeugnis vermehre. × Der Verlag Teubner in Leipzig hat seine wertvolle Sammlung Aus Natur und Geisteswelt um 4 hübsche Bändchen vermehrt und ist zugleich in der angenehmen Lage Jansons Arbeit Das Meer, seine Erforschung und sein Leben und K. von Bardelebens 5teilige Anatomie des Menschen in neuen Auflagen herauszubringen. Von den neuen Bändchen haben mir die Arbeiten A. Heilborns Entwicklungsgeschichte des Menschen, M. G. Schmidts Natur und Mensch und O. Abels Die Tiere der Vorwelt besonders gefallen. A. Heilborn versteht das gewaltige embryologische Material in wirklich anziehender Form auf knappem Raum, mit einer Fülle von Ausblicken auf das Tierreich und allgemeine Probleme der Biologie, so darzustellen, daß man nicht nur eine brauchbare Einführung in die Keimesgeschichte des Menschen erhält, sondern auch die Geschichte dieser Wissenschaft und ihre teilweise recht wunderlichen Wege ganz en passant begreifen lernt. Ein Schlußkapitel über Menschenwunder, das die mannigfachen Rückschläge, Mißbildungen, Hemmungsformen und sonstigen Anomalien bespricht und zeigt, mit welchen Vorstellungen sie in die Mythologie der Völker hinein abgefärbt haben, dürfte besonders willkommen sein. Schmidt hinwiederum geht bis in frühgeschichtliche Zeiten den Beeinflussungen nach, die durch die Eigenart eines bestimmten landschaftlichen Lebensraums auf Entwicklung, Kleidung,

Wohnweise, Beschäftigung, Gemeinschaftsleben, Charakter, wissenschaftliche und religiöse Anschauungen, Mythologie und Kunst des Menschen ausgeübt werden, während Abel uns über das Verhältnis des frühern und jetzigen Menschen zu den Resten ausgestorbener Vorwelttiere einen sehr gelehrten und lehrreichen Vortrag hält. Einigermäßen unangenehm hat mich in diesem Büchlein berührt, daß der Verfasser gleich im ersten Satz ein erfreuliches Aufsteigen des Interesses für die Lebewelt vergangener Erdperioden in allen Volksschichten feststellt, auf den Schlufseiten aber gar großartig ein paar populäre Schriftsteller abkanzelt und dringliche Warnungsrufe vor ihnen ausstößt, weil — in Gottesnamen, weil einer von ihnen auf einem Bild, das die Landschaft der obern Jurazeit mit ihren tierischen und pflanzlichen Hauptrepräsentanten zur Anschauung bringen soll, außer Flugsauriern, die dieser Epoche wirklich angehört haben, auch ein Lebewesen der obern Kreidezeit mit dargestellt hat. Als ob nicht gerade die Schriftsteller, nach denen der ordentliche Professor der Paläontologie an der Universität Wien Dr. Othenio Abel seine peinlichen Blitze schleudert, das Interesse für paläontologische Fragen von solcher Art, wie sie im Abelschen Büchlein behandelt werden, im Volk geweckt hätten, und als ob nicht noch heute kein Hahn sich für die Ziele, Methoden und Sonderergebnisse dieses Wissenschaftszweigs interessieren würde, hätten jene Schriftsteller den Herren Nichtsalsakademikern nicht die Wege ins Volk und in die Tagespresse gebahnt. Alle Bücher des Teubnerschen Verlags sind gut illustriert.

Hygiene / Meinemann Goldschmidt

Herzkrankheiten: Bäderbehandlung Bei der Hydrotherapie der Herzkrankheiten handelt es sich neben der Psycho-

therapie vor allem um eine Thermo-therapie, denn der wesentlichste Faktor für die physiologischen Wirkungen aller in Frage kommenden Anwendungen ist die Temperatur. Das haben neuere Forschungen, besonders die von Otfrid Müller, überzeugend nachgewiesen.

Alle angewandten Reize können sowohl lokal, das heißt in der Gegend der Anwendung direkt auf die betreffenden Gefäße wirken als auch durch Vermittlung des Nervensystems auf die gesamten Kreislauforgane Einwirkungen zeigen. In der Anwendung dieser Heilfaktoren ist

bis vor kurzem noch ein recht schematisches Verfahren geübt worden, vielfach zum großen Schaden der Patienten. Es ist überhaupt der Zweifel erlaubt, ob denn mit der Anwendung der balneologischen Faktoren den Kranken wirklich ein derartiger Nutzen gebracht wird, wie vielfach angenommen wird. Und in der Tat machen sich Zeichen dafür bemerkbar, daß auf diesem Gebiet bald Wandel geschaffen wird, ähnlich dem, der sich in der Behandlung der Tuberkulose vollzogen hat, wo an Stelle der Kurorte die Kuranstalt, die Heilstätte getreten ist. Wieweit überhaupt die Skepsis gegenüber den Herzheilbädern gediehen ist, beweisen die Ansichten bedeutender Autoren, so vor allem Mackenzies und Hoffmanns. Jedenfalls wäre es notwendig einmal die Dauererfolge solcher Badekuren an einem größeren Material nachzuprüfen, das Resultat würde gewiß kein glänzendes sein. Sicherlich werden oft die Indikationen für die Bäderbehandlung nicht richtig gestellt. Daran tragen aber die Patienten, in deren Psyche auf das Wort Herz das Echo Nauheim geweckt wird, zu ihrem Schaden vielfach die Hauptschuld. Manchem wäre durch eine Schonungskur mehr geholfen gewesen als durch eine Übungskur. Für gefährdete Kranke ist der Aufenthalt in einer Klinik oder Heilanstalt dem Kuraufenthalt in einem Badeort bei weitem vorzuziehen. Für derartige Kranke sind Badekuren direkt kontraindiziert. Nutzen von Badekuren haben nur die Prophylaktiker und die ganz leichten Formen der Insuffizienz; alle schwereren Formen gehören nicht in die Badeorte sondern sollten in geeigneten Anstalten behandelt werden.

Was die Methodik der Bäder selbst betrifft, so ist zu bemerken, daß die Behandlung mit Kohlensäure und elektrischen Bädern im Vordergrund steht. Da die Wirkung der Kohlensäurebäder wie überhaupt aller Hydrotherapie in erster Linie auf der angewandten Temperatur beruht, so ist die Wirkung der einfachen Wasserbäder wie der Gasbäder prinzipiell gleichwertig; aber es ist wegen gewisser hauptsächlich subjektiver Wirkungen die Anwendung der Thermo-therapie in Form der kohlensäuren Bäder vorzuziehen. Man hat bei allen hydrotherapeutischen Anwendungen bei Kreislaufkranken sich vor exzessiven Temperaturen zu hüten. Das warme Vollbad sowie auch sehr kalte Applikationen strengen das Herz stark an. Das

warme Vollbad bringt eine starke Erweiterung der Hautgefäße mit ansteigender Pulsfrequenz und Sinken des Arteriendrucks, das kalte Bad ruft umgekehrte Wirkungen hervor. Alle Fälle von Herzmuskelschwäche, Arteriosklerose, Klappenfehlern sind von derartigen Anwendungen auszuschließen.

Es ist daher unverständlich, daß hin und wieder selbst von Ärzten kalte oder heiße Morgenduschen als lebensverlängernde Maßnahmen ganz allgemein gepriesen werden. Ich denke hierbei an einen vor kurzem in der Berliner Illustrierten von Herrn Professor Schleich veröffentlichten Artikel *Wie verlängern wir unser Leben?* Neben verschiedenen anderen unbewiesenen Behauptungen, die bereits von anderer Seite widerlegt wurden, findet sich auch die Bemerkung, daß vor allem kalte oder auch warme Morgenduschen im höchsten Maß lebensverlängernd wirkten. Dies ist, wie ohne weiteres ersichtlich, ein großer Irrtum. Nicht nur die Herzkranken, sondern auch Nervöse und Blutarme vertragen kalte Duschen gar nicht und würden durch Befolgung derartiger Vorschrift die schwersten Schädigungen erleiden. Man soll sich in derartigen Fällen nur auf Abwaschungen und Abreibungen beschränken.

Im allgemeinen lassen sich für die Bäderkuren bei Herzleiden folgende Thesen aufstellen:

1. Nur leicht Herzkranke dürfen eine Badekur machen.
2. Die Kur soll genau nach detaillierter Vorschrift des Arztes gemacht werden.
3. Bei den geringsten Anzeichen einer Verschlechterung ist die Kur abzuberechen.
4. Man hüte sich vor dem Allzuviel.

× **Lourdes** Dr. Eduard Aigner (München), der sich persönlich in Lourdes über angebliche

Wunderheilungen informiert und die Berichte über solche nachgeprüft hat, versandte vor einiger Zeit folgende Erklärung:

»Der Streit um die Wunderheilungen von Lourdes hat zurzeit einen Umfang angenommen, daß eine rückhaltlose Klarstellung durch maßgebende Behörden der Theologie und der Medizin als eine Forderung der Gerechtigkeit erscheint. Tausende deutscher Kranker glauben an die Wunderberichte; unsägliche Opfer bringen sie in diesem Glauben, vertrauend darauf, daß deutsche Ärzte und deutsche Priester es als unabweisbare

Pflicht auffassen würden im Fall der Unwahrheit der Wunderberichte dieser Täuschung entgegenzutreten. Meine Nachprüfung der Wunderberichte ergab nun folgendes:

1. Die wunderbaren Erscheinungen von Lourdes wurden 1858 von einem 14jährigen Hirtenmädchen behauptet. Die zahlreichen Augen- und Ohrenzeugen bestätigen die Aussagen des Mädchens nicht.
2. Keine einzige Wunderheilung von Lourdes ist von päpstlicher Seite offiziell anerkannt. Die von französischen Bischöfen anerkannten Wunderheilungen sind vom Papst nicht bestätigt.
3. Kein einziger deutscher Bischof hat sich anerkennend über die Wunderheilungen von Lourdes geäußert, dagegen hat der katholische Theologe und Kirchenhistoriker Professor Franz Xaver von Funk der Universität Tübingen auf offenem Katheder vom »Schwindel von Lourdes« gesprochen.
4. Kein einziger deutscher Arzt hat je eine Wunderheilung von Lourdes in wissenschaftlicher Form vertreten, vielmehr bezeichnen Gutachten aus den Kreisen der deutschen Ärzteschaft diese *Wunderheilungen* als einen Volksbetrug. Für den deutschen Arzt ist es eine berufliche Pflicht auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen, damit eine weitere Irreführung deutscher Kranker vermieden wird. Nach meinen persönlichen Wahrnehmungen ist man in Lourdes selbst von der Unhaltbarkeit der seit 50 Jahren behaupteten Wunder überzeugt.

Mit wirklich religiösen Momenten hat die Lourdesagitation somit gar nichts zu tun, vielmehr scheint ein geradezu unlauterer Geschäftsgeist der Beweggrund für die Propaganda zu sein.

Es wäre zu begrüßen, wenn die theologischen Behörden Deutschlands endlich den Mut fänden zu diesen Ergebnissen Stellung zu nehmen.«

× **KurzeChronik**) Der Forscher Weber hat festgestellt, daß durch Schneefall und Regen zuweilen große Mengen Bazillen übertragen werden; die Wolken verschleppen Bazillen in Gegenden, in denen sie sonst nicht vorkamen. Nur auf diese Weise soll das zuweilen explosionsartige Auftreten von Epidemien zu erklären sein. × Geheimrat Zuntz hat von der Königlichen Akademie der Wissenschaften 2500 Mark zu Studien über Höhenluft erhalten. × Die Vereinigung mitteldeutscher Psychiater

und Neurologen hält ihre nächste Versammlung am 25. Oktober in Dresden ab. × Bei dem Neubau des Krankenhauses der jüdischen Gemeinde zu Berlin belaufen sich die Kosten pro Bett auf 20 500 Mark. × Der bekannte Impfgegner Hugo Wegener aus Frankfurt am Main war wegen Vertriebs eines Flugblatts zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Berufung hin wurde die Strafe auf 300 Mark erhöht.

× **Literatur** ×
Aus der Fülle der in den letzten Jahren veröffentlichten Schriften, die das normale und krankhafte Sexualeben des Menschen behandeln, hebt sich das Buch Dr. Gerhard Hahns Das Geschlechtsleben des Menschen /Leipzig, Barth/ wohltuend hervor. Abgesehen von der leicht faßlichen und doch streng wissenschaftlich gehaltenen Ausdrucksweise hat es vor allem den Vorzug die Dinge so zu schildern, wie sie sind; keine Schreckgespenster und dennoch kein Vertuschen. Nach eingehender Schilderung der normalen Zustände der Befruchtung, Schwangerschaft usw. widmet Hahn der Prostitution, den Geschlechtskrankheiten, den Verirrungen des Geschlechtslebens und zum Schluß der Sexualpädagogik ausführliche Kapitel. Alles ist in sachlicher und überzeugender Weise dargestellt, teilweise durch gute Abbildungen illustriert. Die Absicht des Verfassers in weiten Kreisen aufklärend und belehrend zu wirken, vor allem auch den Eltern ihre Pflichten gegenüber den heranwachsenden Kindern eindringlich vor Augen zu führen, wird durch das Buch in bester Weise verwirklicht. Darum ist ihm auch eine recht große Verbreitung zu wünschen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Dostojewskij Drei Köpfe großer unglücklicher Männer ähneln sich merkwürdig. Man sehe wieder und nochmals das Gesicht, das Vincent van Gogh von sich selber gemalt hat. Man sehe in diesem Porträt, er hat es ja 5- bis 6mal wiederholt, die beinahe einfältige Gewöhnlichkeit der Züge. Beim oberflächlichen Anblick scheint es ein Bauernrösch mit einem falben struppigen Bart, mit einer eckigen, unsinnlichen Nase, mit Lippen, die auf Stumpfheit und Schwerfälligkeit im Reden deuten. Aber dann ist auch eine

tiefe, rillige Falte, die sich von der Nasenwurzel in die Wange gräbt, und es sind diese runden, durchsichtigen, hellen Pupillen des Auges, und es ist der Flecken des blaßroten Bluts, der eindringt in das Weiße des Auges. Aus diesen letzten Zeichen scheint sich ein Illuminierter zu verraten, einer, der eingeweiht ist in Mystik, ein frommer, in sich heiterer oder doch wenigstens befriedigter Mensch, einer, der gar nicht darauf gestimmt ist von der Außenwelt Freuden einzufordern. Und wenn man darauf studiert in Bildnissen des Fjedor Dostojewskij, dann fällt eine Verwandtschaft zwischen dem holländischen und dem russischen Kopf auf: ein Ausdruck des Blicks zuerst, dann aber auch in der Formung der Stirn. Dort, wo die Schläfen gewölbt sind, sind sie an beiden Köpfen über das Normale herausgehoben. Eine Verdickung der Knochen ist wahrzunehmen. Der Gedanke kommt leicht, daß hier ein Geist eine höhere, eine stärker ausgemodelte Wohnung brauchte als der gewöhnliche, bescheidene Geist. Dem entsetzlichen Säufer und genialen Lyriker Verlaine gehört das dritte Haupt, etwa wie es auf der literarischen Tafelrunde des Fantin-Latour gemalt ist, oder wie es Felix Régamey in der Skizze festhielt, wo Rimbaud und Verlaine durch Londons Straßen vagabundieren. Bei Fantin-Latour ist Verlaines ganzes Gesicht ein Schatten, alles Licht fiel auf die Stirn, und alles, was von dieser belichteten Kuppel auf das übrige Antlitz an Glanz zurückfällt, gibt diesen Zügen wieder die Ähnlichkeit mit Dostojewskij und mit van Gogh. Drei leibliche Brüder scheinen sie zu sein. Geistige Brüderlichkeit, geheime, nur zu ahnende, nicht zu erklärende Verwandtschaft der Instinkte verbündet sie. Und dennoch wuchsen alle drei aus verschiedenem Boden. Aber nicht nur die Oberfläche ihres Wesens, auch das, was in die Seelen eingreift, das Leben selber dieser drei Menschen ist reich an gemeinschaftlichen Zügen. Jeder von ihnen wird nämlich in eine Zeit und in einen Ort hineingeworfen, wo er eine Weile für die übrige Welt verloren ist, wo er nur nach den Stimmen des eigenen Daseins aufhorchen muß. Dostojewskij in Sibirien, Verlaine im Spital von Paris, van Gogh in den Gärten und im Irrenhaus von Arles. Die Muße, die jeder große Künstler braucht, damit er sich vollkommen aus sich selber herausfindet, diese Muße, nach der jeder Künstler ringt und ringen soll, ist den

dreien auf traurige und bittere Art zuteil geworden. Sie erwarben die Zeit der herrlichen, schweren Einsamkeit jedoch immerhin. Und als ihr Geist sich nun sammelt und schafft, da ist es wieder in allen drei Geistern das Kreisen um die gleichen Reiche des Denkens und Empfindens. Sie suchen alle drei ihre Seele zu zerschneiden und nur einen winzigen Teil für die Bitternis ihrer irdischen Erfahrung, für die Fallsucht etwa, für die Trunksucht und den Rheumatismus, für den Wahnsinn oder die Bettelarmut aufzubewahren. Die bedeutendste Menge ihrer seelischen Kraft gehört aber dem Bilden tiefgefühlter Harmonien. Sie alle drei haben einen unbeeinträchtigen Hang strenge, gläubige Apostel, sehr fromme, kreuzanbetende Christen, mystische Evangeliumausleger zu sein. Und selbst wer ihnen nicht folgen mag in diese Grübeleien, der ist erstaunt über die Sicherheit, die ihnen aus solcher Gesinnung zuströmt. Sie wären untergegangen, sie hätten nichts Künstlerisches geschaffen, wenn sie nicht diese Glaubenssicherheit gehabt hätten. Verlaine wurde Lyriker durch den Glauben, van Gogh, der neue Lichtschöpfer und Schattenmaler, durch sein Christentum; Dostojewskij ist (und er hat sich dessen immer wieder gerühmt) der Deuter der schwierigsten Gemüter und Geister geworden, nur weil er ohne Rückhalt und ohne Rücksicht zu dem Christus seiner orthodoxen Kirche geschworen hat. Es ist in allen drei Köpfen das gleiche Phänomen, das schon den deutschen Arzt und Dichter Justinus Kerner auszeichnete. So fest ist ihr Denken an das Übernatürliche verankert, daß sie selbst dem Ungläubigen groß erscheinen. Die Skepsis, die Zierde des praktischen Mannes, ist die Fessel des Künstlers. Künstler müssen ihre Skepsis töten. Die drei taten es auf gleiche Weise. Lesen wir, was Verlaine seinen Freunden Marcel Schwob und dem Zeichner Cazals auf dem Boulevard Saint Michel anvertraut hat. Es steht in dem sehr behelderten Anekdotenbuch, das Alphonse Séché und Jules Bertaut soben über den Dichter geschrieben haben (Paris, Michard). Verlaine sagt: „Für mich ist Jesus mein Gott, weil er gelitten hat, weil er noch leidet. Ich sehe ihn vor meinen Augen, bedeckt von entsetzlichen Wunden, im Schweiß des äußersten Krampfes der Angst, ebenso wie ihn die kleinen jüdischen Frauen in ihren Tagen erblickt haben.“ Und Dostojewskij schreibt an eine Mutter,

die ihn um Erziehungsregeln für ihr Kind bittet: »Ihr Kind ist jetzt 8 Jahre alt, machen Sie es mit dem Evangelium bekannt, lehren Sie es an Gott glauben, und zwar streng nach der Überlieferung. Das ist ein Sine qua non, anders können Sie aus Ihrem Kind keinen guten Menschen machen, sondern im besten Fall einen Dulder und im schlimmsten Fall einen gleichgültigen, satten Menschen, was noch viel schlimmer ist. Besseres als den Heiland können Sie gar nicht erfinden, glauben Sie mir!« Wir können jetzt in die Geheimnisse des Dostojewskij'schen Gewissenskampfs schärfer als einst vordringen und dabei erkennen, wie dieser Kopf in die heftigste Reaktion verschüttet wurde, wie er selber Herrliches dichtete, aber blind wurde für die Schönheit, die aus anders gearteten Phantasieen hervorkam. Dokumente zu diesem Studium werden in dem Band der Briefe Dostojewskij's dargeboten, die der Verlag Piper in München durch Alexander Eliasberg verdeutschen ließ. Die Petersburger Akademie hat das nötige Material geliefert, und wir Deutsche müssen dem Übersetzer höchst dankbar sein. Aus den literarischen Kritiken und den politischen Aufsätzen Dostojewskij's ging schon sein bis zum Wahwitz gesteigerter Nationalismus, seine bis zum Haß erhitzte Abneigung gegen die westeuropäische Freigeisterei seiner Zeit hervor. In der sibirischen Verbannung von Semjopalatinsk und später in der deutschen, italienischen und schweizerischen Fremde braucht er oft das Gleichnis, daß er wie ein abgeschnittenes Brotstück sei, nun könne er nicht mehr an den Laib anwachsen. Oder er schreit schreibend: »Ich brauche Rußland für meine Arbeit, für mein Dichten (ich spreche gar nicht vom übrigen Leben); ich bin wie ein Fisch ohne Wasser, ich verliere alle Kraft und Daseinsmöglichkeiten.« Solche Geständnisse stehen in diesen Briefen, deren biographischer Wert außerordentlich groß ist. Und da sich drei Geister in gleicher Leidenschaft begegnen, da sich gleiches Schicksal in ihre Gesichter eingrub und ihr Denken und Fühlen zu gleicher Richtung fortstieß, ist es gut die Quellen solcher Leidenschaft auffinden zu dürfen.

× Unterhaltungsbücher ×
Sicher im Handwerk, sicher im Erfolg, niemals beschämt, wenn es sich um eine literarische Banalität handelt, so muß ein beliebter Romanschriftsteller

sein. Viktor von Kohlenegg gehört zu ihnen. Er ist einer von den Epigonen, der, sehr gut witternd, sehr gelehrig, die Ompteda und Stratz nachgeahmt hat: im Milieu, im Stil, in der Art die Lebensschicksale zu verflechten. Die drei Lieben der Dete Voß /Berlin, Ullstein/, das ist ein Roman, der lauter alte Typen bringt, und dennoch diese Mischung von schon Gewohntem höchst erbaulich darbietet. Dete muß in solchem Roman ein Mädchen mit drei Liebeserfahrungen heißen. Schon solch ein Name bringt Stimmung. Und der Assessor, der sehr trocken ist, und der Afrika-reisende, der sehr geistreich, sehr abenteuerlich, doch von prächtiger Ritterlichkeit und versehen mit vielen Zinsen ist, das sind unwiderstehliche, niemals versagende Personen eines solchen Romans. Und der Bullenbeißer mit dem goldenen Herzen und der Gicht, das kann nur der Vater von Dete sein, die natürlich mit dem trockenen Assessor verlobt ist, doch den genialen Afrikaner endlich findet. Ja, es geht herrlich in solchem Roman zu. Das Schicksal ist gut, es ist pittoresk, das Schicksal knotet die Ereignisse so gütig, daß auch der skeptischste Leser mit seinen Streichen befreundet wird.

Eine Stufe höher steht doch Georg Freiherr von Ompteda selbst. Er, der einst sogar groß, heftig künstlerisch, wetteifernd mit den Besten war, er begnügt sich heute allerdings mit geringerer Kunst. Der Skandal heißt sein Roman /Berlin, Fleischel/. Es ist ein wenig ein Kriminalroman, aber das Kriminelle ist nicht das Hauptelement der Spannung. Der Verteidiger, es ist natürlich ein genialer, hat einmal die Dummheit getan die Frau gerade zu lieben, die er nachher wegen Gattenmords verteidigen mußte. Und diese Frau hat ihren Gatten ermordet, weil sie ewiger Besitz des Advokaten werden wollte. Und der Verteidiger, der auf der gesellschaftlichen Leiter hinaufsteigt, Gatte einer Geheimratstochter und schwer reich wird, gesteht in einer traulichen Nacht der Gattin diese Geschichte. Reif, philosophisch, sehr menschlich hat die erschütternde Erfahrung den Mann gemacht. Aber die Gattin wird ihm fremd, verklatscht ihn sogar. Die Schwiegermutter hält auch nicht das Schweigen. Skandal droht. Er kommt: Der Geheimrat stirbt, während sein jüngstes Töchterchen einmal die Verführung im cabinet particulier probiert. Scheidung zwischen den Gatten, Flucht

des Verteidigers über das Wasser. Doch geht das nicht mit Tragik aus. Denn der mutige Mann hat sich die Treue der Schwägerin, der im Cabinet particulier wunderbar geläuterten jungen Kreatur, gesichert. Und die Geschiedene kann sich mit ihren vielen Banknoten einen neuen, etwas gealterten, doch sehr geachteten Staatsmann kaufen. Respekt vor der Kunst Omptedas die Kreise in einem echten Jargon reden zu lassen, ihnen und ihrem Leben dadurch den Schein der konstruierten Romangewöhnlichkeit zu nehmen. Es ist nur schade, daß er seine Phantasie nicht mehr ermüden kann oder möchte

×

Kurze Chronik. Am 21. Juni ist Bertha von Suttner gestorben. Ihr Roman Die Waffen nieder! verdankt seinen großen Erfolg nicht künstlerischen Qualitäten. Die mutige und feine Frau strebte auch nicht nach literarischem Ruhm, sie wollte durch ihr Buch nur für eine edle Sache wirken. In dem Nachlaß Hector Denis, des belgischen Sozialisten, ist ein bisher unbekanntes Theaterstück de Costers entdeckt worden. Der Dichter des berühmten Till Eulenspiegel hat dieses Stück, Stephanie, in den Jahren seiner Todeskrankheit geschrieben, und es war seit dem Jahr 1878 verschollen. Karen Ewald, ein dänischer Skizzen erzähler, wird mit seinem Bändchen Junge Augen den Deutschen vorgestellt. Frankfurt, Rutten & Loening. Auch Engelhorn's altbewährte und beliebte Romanbibliothek folgt dem modernen Geschmack für Kriminalromane. R. F. Forster ließ dort seine Geschichte Droschke 44 erscheinen, ein in seiner Art spannendes Buch. Der Verlag Eugen Marquardt in Berlin huldigt der gleichen Neigung. Er läßt die in Frankreich berühmten Abenteuer des Arsène Lupin verdeutschen. Maurice Leblanc ist der Verfasser dieser Kriminalgeschichten. Der jüngste Band heißt charakteristisch genug Die blonde Dame. Hanns Heinz Ewers sucht alles Lobenswerte an diesem Buch in einer Vorrede heraus Salvatore Farina, der einst in Deutschland vielbeliebte Italiener, hat auch einen Kriminalroman geschrieben Das Geheimnis des Schneefeldes. Das Buch hat Otto Janke in Berlin den Deutschen gesichert. Interessant ist in diesem Roman eine Satire auf Lombroso. Richtet nicht! von Oskar von Schüttele

ist eine etwas altmodische, aber unterhaltende Geschichte aus den Schweizer Bergen /Breslau, Schottlaender/. × Arthur Holitscher hat seine Reise nach Amerika, über die er ein gutes berichtendes Buch geschrieben hatte, nun auch belletristisch verwertet (Geschichten aus zwei Welten /Berlin, S. Fischer/). × Alfons Paquet erfindet See- und Landgeschichten, die unter einem südlichen oder orientalischen Himmel ziemlich seltsame Menschen zeigen (Erzählungen an Bord /Frankfurt, Rütten & Loening/). × Eine gewählte Erzählerkunst hat uns Marie Seelhorst gezeigt. Ihr neuer Roman, Das Vermächtnis der Marianne Terburg /Berlin, S. Fischer/, steht aber nicht auf früherer Höhe. × Marion Flora, Hans von Hoffenthals jüngster Roman /Berlin, Fleischel/, erzählt aus der Bozener Gegend sehr anmutige Geschichten von langdauernder Liebe, von Flucht und Tod bis in indische Exotik und endlich die Heiterkeit der südtirolischen Berge und Festereien.

Bühnenkunst / Hans Winand

Holbergs Jeppe Das Künstlertheater der Sozietät beanspruchte das letzte Wort der nun entschlafenen Berliner Saison. Es versuchte sich an Ludwig Holberg; und es darf hinzugefügt werden, daß dieser Versuch nicht allein mit Liebe sondern auch mit Geschick erfolgte. Ludwig Holbergs Unsterblichkeit ist unantastbar; man darf somit ohne Scham bekennen, daß sein Platz im 20. Jahrhundert der Bücherschrank ist und das Seminar, nicht die Bühne der Lebenden. Dieser nordische Molière ist ungleich tiefer an seine Zeit gefesselt als sein gallischer Bruder in Apoll. Seien wir ehrlich: Auf unserm Theater ist er allein für seine Übersetzer und Verleger von Bedeutung. Sein Jeppe vom Berge lebt, das bleibt gewiß; und historisch gewandten Seelen erblüht bei seinem Anblick auf den Brettern auch der schlichte Genuß jenes milden Staunens, das da einförmig mit den Worten beginnt: Also schon damals hat ein genialer Schriftsteller es gewagt. . . Aber schließlich gehört es seit Homer zum Wesensbild der großen Dichter, daß sie es gewagt (und vollbracht) haben. Der Jeppe atmet noch heute; aber was sich da rings um diese Burschen tummelt und vergnügt, vermag den Staub einer

lang erloschenen Bedingtheit nicht mehr abzustreifen, solange keine dem Wolfgang Amadeus Mozart wahlverwandte Seele sie mit Musik elektrisiert. Pietät ist keine schöpferische Eigenschaft. Wenn Holbergs Jeppe unserer Bühne gerettet werden soll, muß er gründlich umgekrepelt, kurz: neugedichtet werden. Die Schulweisheit mag uns tausendfach zuflüstern, daß man damals einen Bauersmann nicht als menschliches Wesen wertete; daß es selbstverständlich war einen armen Lümmel zu schinden, um ein wenig zu lachen und den armen Teufel dann mit einem Taler abzufinden. Unser Empfinden geht andere Wege. An alledem, was uns menschlich an dem Stoff wichtig erscheint, mußte Holberg vorübergehen; er schrieb aus einer Zeit, die nicht die unsere ist, und für ein Publikum, das nicht wir sind. Der Jeppe unserer Tage würde seinen trottelhaften Herrn bald überlisten; und absichtslos zeigen, daß der Wille der Schöpfung bei der Verteilung der Gehirns substanz sich über Klassenunterschiede hinwegsetzt

Wir haben im Zuschauerraum mit diesem Jeppe Holbergs wenig zu schaffen. Aber der Mann, der ihn darstellt: der gehört zu uns. Es war Tiedtke; das Künstlertheater tut wohl, daß es diesen Schauspieler in tragenden Rollen herausstellt. Mit Arnold teilt dieser Komiker die fette Behäbigkeit, die seit altersher ein Freibrief drastischer Derbheit ist. Dem Herzen, das tief genug in Fett gebettet liegt, ist jeder Sprung erlaubt. Köstlich, wie dieser Tiedtke mit banger Weinerlichkeit sich selbst gut zuredet. Mit den altbekannten Versuchen seiner Seele hält er gleichsam Zwiesprach; ein wenig schüchtern, ein wenig ängstlich. Ein alter Onkel, der seinen Neffen nicht mehr zu vererben hat als sein gutes schwaches Herz: Er weiß, daß seine Autorität auf schwachen Füßen steht, aber den erzieherischen Pflichten entzieht er sich mit nichten; die Mühe ist zwar fruitlos, aber ein paar Lot besänftigtes Gewissen lassen sich dabei vielleicht doch noch retten. Das alles macht Tiedtke vortrefflich; seine Grenzen zeigt er erst, wenn hilflose Behaglichkeit zum Machtgefühl umschlagen soll. Wenn Jeppe endlich beginnt an seine falsche Freiherrlichkeit zu glauben (ungewiß noch, bangend, und doch mit einem leisen Unterton namenlosen Glücks), beginnen wir an Tiedtke zu zweifeln. Bis

hierher umfloß sein Spiel das Echo seines Herzens, und hinter dem eigenen Lachen geisterte es wie Rührung (welche Doppelwirkung noch immer das Merkmal der tiefen vis comica war); aber es dämmert der Augenblick, da der Schauspieler sich prustend in das Strombett der Situation wirft, um sich von ihr forttragen zu lassen. Das zu vermeiden ist Arnolds unvergleichbare Stärke. So weit ist Tiedtkes Jeppe heute noch nicht. Noch folgen prächtigen blutvollen Zügen jählings Augenblicke, in denen der Menschendarsteller sich hinter dem Mimen verkriecht; Momente kommen, in denen dieser Jeppe nur erheiternd ist und hinter seinem Lachen die heimlichen Tränen versiegen. Das sperrt diesem Künstler einstweilen noch den Aufstieg zur letzten Tragik, die Mutter aller großen Komik bleibt. Wo immer die heitere Situation mehr sein will als Vorwand und vielleicht groteskes Symbol, wo immer sie sich zum Zweck aufwirft und ihre Ahnen verleugnet, sinkt die Komik zum Spaß herab; und kein Trost ist es, daß der Spaß dabei schauspielerisch so gut glückt.

× KurzeChronik Die Münchener Zensur, deren Regsamkeit an Überraschungen in den letzten Jahren so fruchtbar ist, hat die Aufführung des Stückes Der Ring von Harry Kahn verboten. × Dr. Dinter, der durch seinen Protest gegen die Aufführung des Mirakels von sich reden machte, ist im Anschluß an diesen Zwischenfall von dem Verband deutscher Bühnenschriftsteller aus seiner Stellung als Direktor der Vertriebsstelle des Verbandes entlassen worden: ein Verfahren, das als Vermischung von Berufsangelegenheiten und persönlichem Verhalten aufs schärfste zu verurteilen ist.

× Literatur Das Fazit des Berliner Theaterjahrs 1912-1913 zieht Siegfried Jacobsohn in dem 2. Band seines Werkes Das Jahr der Bühne /Berlin, Oesterheld/. Die Publikation des 1. Bandes gab bereits früher Gelegenheit Jacobsohns kritisches Wirken zu würdigen (siehe diese Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1584). In die Hände aller, die an der Fortentwicklung und Läuterung unseres Theaters Anteil nehmen, soll man diese schmalen, reichen

Bücher wünschen. Es scheint Jacobsohns Los stets als einer der ersten falsche Bewertungen anzugreifen und gesunde zu stärken. Erfrischend und aufstachelnd wirken diese in einem prachtvollen Deutsch von stählerner Klarheit geschriebenen kritischen Analysen, die auch dort, wo das Urteil des Lesers andere Wege geht, packen als die Kundgebung eines leidenschaftlichen schriftstellerischen Temperaments. Sie wären würdig recht breiten Wiederhall zu finden, um als Schrittmacher der öffentlichen Theatermeinung zu wirken. Und wie Jacobsohn jetzt als einer der ersten gegen die maßlos übertriebene Bewertung Eulenberg's auftritt, wird er gewiß auch bald den Weg zur Revision mancher sympathischer Übersteigerungen der eigenen Begeisterungsfreudigkeit finden, wie sie sich jetzt etwa in seiner enthusiastischen Bewertung des Komödiendichters Sternheim äußert

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Elektrische Vollbahnen Je länger man auch bei uns zu Lande mit dem vielgeräumten Einphasenstrombetrieb arbeitet, desto mehr kommt man zu der Einsicht, daß es sich dabei um Dinge handelt, die für Fernbahnen bei weitem noch nicht betriebsfähig sind. Die Erfahrungen auf der Löttschbergbahn sind sehr wenig erfreulich, besonders auch wegen der Störungen, die der Wechselstrom auf die Fernspreitleitungen ausübt. Die Erfahrungen bei den Betrieben in Bitterfeld sind ebenfalls nicht zufriedenstellend, und nun naht die bereits beschlossene Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn heran, die gleichfalls mit Einphasenstrom betrieben werden soll, ohne daß die elektrische und konstruktive Seite der Angelegenheit in Ordnung ist.

In Amerika ist man längst von dem Einphasenstrom wieder abgekommen und reumütig zu dem altbewährten Gleichstrom zurückgekehrt, der seine Betriebsfähigkeit bei den elektrischen Straßenbahnen aufs glänzendste bewiesen hat. Für die Fernbahnen kommt man immer mehr zu dem hochgespannten Gleichstrom zurück. Man ist dabei von 1200 zu 2400 Volt fortgeschritten. So ist die bisher mit Dampflokomotiven betriebene Bahn zwischen Butte und Anaconda für elektrischen Betrieb von 2400 Volt eingerichtet worden. Die Elec-

trical World teilt mit, daß dieser Umbau nur aus Gründen der Wirtschaftlichkeit vorgenommen worden ist. Die Bahn dient hauptsächlich der Beförderung von Massengütern, insbesondere Kupfererz, und zwar von jährlich mehr als 5 Millionen Tonnen; daneben ist aber auch ein beträchtlicher Personen- und Güterverkehr vorhanden. Die Streckenlänge beträgt nur 42 Kilometer, die Gleislänge wegen der vielen Anschlußgleise jedoch 153 Kilometer. Der Strom wird als Drehstrom von 102 000 Volt Spannung und 60 Perioden in der Sekunde bezogen und in Butte und Anaconda in je einem Umformerwerk in Gleichstrom der genannten Spannung umgewandelt. Dieser wird durch einen 8förmigen Kupferdraht von 107 Quadratmillimeter Querschnitt als Oberleitung, der an einem Stahltragseil hängt, den Wagen zugeleitet. Die Ableitung geschieht durch die Schienen. Für den Betrieb dienen 72,5 Tonnen schwere Gleichstromlokomotiven, von denen je 2 zusammengekuppelt werden, um die bis zu 3600 Tonnen schweren Erzzüge zu befördern. Auf freier Strecke beträgt die Geschwindigkeit der Güterzüge 53, die der Personenzüge 83 Kilometer in der Stunde. Die Lokomotiven haben je 2 Zachsige Drehgestelle und 4 Motoren mit Wendepolen für 1200 Volt. Die Motoren treiben die Achsen mittels Zahnradtriebe an beiden Wellenenden. Die Dauerleistung der künstlich gekühlten Motoren beträgt je rund 260 Pferdestärken. In Preußen betreibt man noch immer die Versuche mit Wechselstrom. Der erste Probezug für die Berliner Stadt- und Ringbahn ist nämlich nunmehr fertiggestellt worden, wie die Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltung mitteilt. Er besteht danach aus 12 neu hergerichteten kurzgekuppelten Stadtbahnwagen, die so zusammengestellt sind, daß der Zug in 2 Teilen gefahren werden kann. Sie werden von 2 Zachsigen Triebgestellen befördert, von denen je eines an dem Ende des Zuges angeordnet ist. Die Bügelstromabnehmer befinden sich an den Endwagen, deren nach dem Triebgestell hin gelegenes Abteil als Führerstand ausgebildet ist. Der Wagenzug hat rund 600 Sitzplätze und wiegt bei stärkster Besetzung etwa 290 Tonnen. Soll er in 2 Teilen gefahren werden, so wird die Mittelkuppelung gelöst, und jeder Halbzug kann nun von dem zugehörenden Triebgestell gezogen oder geschoben

werden. Bei schiebendem Triebgestell wird ein Führerstand benutzt, der im Endabteil jedes Mittelwagens eingerichtet ist. Die Triebgestelle erhalten einen Transformator für 15 000 Volt, der die Spannung auf 200 bis 600 Volt heruntertransformiert, und einen Wechselstromkollektormotor, der die Achsen durch Zahnräder, Blindwelle und Kurbelstangen antreibt. Die Ausrüstung des ersten Zuges, der zunächst auf der Strecke Dessau-Bitterfeld Probefahrten machen soll, stammt von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Weitere Züge werden von den Siemens-Schuckert-Werken, Maffei-Schwartzkopff, Bergmann und Brown, Boveri & Kompanie ausgerüstet werden.

Dieser erste Zug, auf den man so gespannt war, ist ein elendes Gebilde geworden, das sich maschinen- und betriebstechnisch als etwas so Unzulängliches erweist, wie man es sich nicht hätte träumen lassen. Die Elektrofirmen haben zu ihrer Sache selbst so wenig Zutrauen gehabt, daß sie die Triebgestelle gleich auf Abbruch gebaut haben sollen. Man wird die weitere Entwicklung der Angelegenheit mit besonderer Sorgfalt verfolgen müssen.

×
Magnetbahn Aus London kamen zahlreiche Sensationsmeldungen über eine neue Erfindung, die als Magnetbahn oder Fliegender Zug bezeichnet wird. Da Nachrichten aus Fachjournalen oder von zuverlässigen Fachleuten noch nicht vorliegen, läßt sich nicht beurteilen, um was es sich handelt, denn die Zeitungsberichte sind so undeutlich, daß nicht einmal zweifelstrei das Prinzip erkennbar ist, nach dem die neue Erfindung funktionieren soll. Wenn ich recht verstanden habe, so handelt es sich um Solenoide, zwischen denen ein Eisenkern, der im großen der Zug werden soll, geschoben werden kann. In London soll der Erfinder Bachelet ein Modell zeigen, an dem er die Sache mit nur 2 Spulen vorführt. Der Eisenzylinder soll wie ein Geschoß zwischen den beiden elektromagnetischen Ankertoren fliegen, und für die Ausföhrung im großen sollen Geschwindigkeiten von 500 bis 600 Kilometer in der Stunde in Betracht kommen. Da der Zug in der Luft, also bis auf die Luftreibung reibungslos, läuft, so soll er sehr leicht beweglich sein. Da alle 8 Meter ein Solenoid folgen und der Wagen 8 Meter lang sein soll, wäre er

beständig zwischen 2 Solenoiden. Diese werden selbsttätig mit Strom beschickt, sobald an sie die Reihe kommt elektromagnetische Kräfte anziehender oder abstoßender Art auf den Zug ausüben und ihn bewegen zu sollen. Der Plan klingt reichlich phantastisch.

× **Großschiff-** Am 17. Juni ist der Groß-
fahrtsweg schiffahrtsweg Berlin-Stettin
Berlin-Stettin offiziell eröffnet worden.

Damit hat die Reichshauptstadt einen leistungsfähigen Wasserweg zur Ostsee erhalten. Er war zum größten Teil vorhanden, weil er natürliche Läufe benutzt, die für den besondern Zweck reguliert, vertieft und erweitert worden sind. Bisher ging der Wasserverkehr Berlins mit der Ostsee durch den Finowkanal, der jedoch mit der Zeit den Anforderungen nicht mehr gewachsen war, weil er nur Schiffe bis zu 300 Tonnen aufnehmen konnte. Der neue Wasserweg beginnt in Berlin auf der Spree und ihren kanalisierten Nebenarmen, geht durch den Tegeler See in die Havel, verbindet diese durch einen ganz neu angelegten großartigen Kanal mit der Oder, die er bei Niederfinow mit einer Schleusentreppe von 4 hinter einander liegenden Schleusen mit 36 Meter Gesamtfall erreicht. Bei Britz überschreitet der Kanal die Berlin-Stettiner Bahn. Auf dem Kanal können Schiffe bis zu 600 Tonnen Tragfähigkeit und 1½ Meter Tiefgang verkehren. Solch ein Schiff kann eine Ladung befördern, die der eines 80achsigen Güterwagenzuges (40 Wagen zu je 15 Tonnen) gleichkommt. Die neue Anlage garantiert einen sichern und schnellen Verkehr der Hauptstadt mit der Ostsee. Um ihn voll auszunutzen, bereitet Berlin neue großartige Pläne vor. In Berlin selbst werden größere Häfen gebaut; der große Osthafen ist fertig, bei Plötzensee soll der große neue Westhafen entstehen, der 38 Millionen Mark kosten wird. Bei Spandau und Oranienburg werden weitere Anlagen geplant.

Der Betrieb an der Schleusentreppe arbeitet zufriedenstellend. Für den Verkehr werden alle Dampfer zugelassen, deren Masse innerhalb der Grenzen der 600 Tonnen-Kähne bleibt. Zur Schonung der Dichtung auf der 50 Kilometer langen Scheitelstrecke muß die Leistung aller gewöhnlichen Schraubendampfer auf 60 Pferdestärken und der Dampfer besonderer Bauart, die die Kanalsole schonen, auf 120 Pferdestärken herabgesetzt werden. In Malz ist eine Versuchsstelle eingerichtet worden, wo die Scho-

nungsvorrichtungen der Dampfer untersucht werden. Man will dort Erfahrungen sammeln, ob Doppelruder-, Doppelschrauben-, Tunnelheckdampfer oder die Dampfer mit Rudern der Bauart Flamm die Kanalsole genügend schonen.

× **Radiotelegra-** Die Entwicklung eines
phie deutschen radiotelegraphischen Weltnetzes macht erhebliche Fortschritte.

Die Basis für dieses Netz bildet die Verbindung der deutschen Kolonien mit dem Mutterland. Seit dem Frühjahr 1912 sind sämtliche deutsche Kolonien mit mindestens einer Station versehen worden. Es sind gegenwärtig vorhanden in Deutsch Ostafrika die Stationen Muansa und Bukoba am Victoriasee mit gegenseitiger Verbindung sowie die Küstenstation Daressalam für den Verkehr mit Schiffen auf 1000 bis 1500 Kilometer und mit Muansa. In Deutsch Südwestafrika die Küstenstationen Lüderitzbucht und Swakopmund für Schiffsverbindungen auf 1000 Kilometer und gegenseitigen Verkehr. In Kamerun die Küstenstation Duala für Schiffsverkehr auf 1000 bis 1500 Kilometer und für Verkehr mit Togo auf 1000 Kilometer. In Togo die Küstenstation Togblekhove bei Lome für Schiffsverkehr und Verkehr mit Duala. In den Südseebesitzungen die Stationen Yap und Nauru. Die Stationen Rabaul und Samoa werden bis zum Sommer fertig werden. Versuche mit Yap und Tsingtau eine Verbindung herzustellen haben nur bei Nacht Erfolg gehabt. Zur Ermöglichung einer regelmäßigen Verbindung muß die Marinestation in Tsingtau vergrößert werden.

Für den unmittelbaren radiotelegraphischen Verkehr von Deutschland nach den Kolonien ist der Gesellschaft Telefunken die Genehmigung zur Errichtung folgender Linien erteilt worden: Deutschland-Togo-Südwestafrika-Ostafrika mit den Stationen Nauen, Atakpame in Togo, Windhuk, Tabora. Ein Anschluß des Südseenetzes über Afrika nach Deutschland kann eingerichtet werden, wenn die holländische Regierung die Genehmigung zur Errichtung einer Station auf Sumatra zwischen Daressalam und Yap erteilen würde. Die Strecke Ostafrika-Sumatra ist etwa 8000 Kilometer lang und würde nach den Erfahrungen bei der Verbindung Nauen-New York (6500 Kilometer) und Nauen-Togo (5500 Kilometer) überwunden werden können, so

daß ein sicherer Nachrichtendienst bei Nacht und bei Tag stattfinden könnte. Zum Abschluß eines deutschen radiotelegraphischen Weltnetzes würde dann nur noch eine Station in Südamerika hinzukommen müssen.

Durch Einführung der Hochfrequenzmaschine, eventuell in Verbindung mit dem System des tönenden Funkens, ist die Möglichkeit der radiotelegraphischen Verbindung auf den erwähnten großen Strecken sichergestellt.

× **Kurze Chronik** Die bereits genehmigte

Bahn auf die Zugspitze soll als elektrische Schmalspurbahn, und zwar im untern Teil als Reibungsbahn, im obern als Zahnradbahn, betrieben werden. Die Lokomotiven sollen vom Anfangs- bis zum Endpunkt durchlaufen, müssen also für gemischten Betrieb eingerichtet werden. Die Gesamtlänge der Strecke beträgt 18,35 Kilometer, wovon ein Drittel als Reibungsbahn hergestellt ist. Die Lokomotiven werden durch 2 Motoren, die hinter einander geschaltet werden können, mit Gleichstrom von 1500 Volt angetrieben.

× Die sächsischen Staatseisenbahnen haben dieselelektrische Triebwagen bestellt, die kürzlich auf der badischen Murgtalbahn probiert worden sind. Der Wagen ruht auf 2 Drehgestellen, von denen das eine 3, das andere 2 Achsen besitzt. Das zachsige Drehgestell trägt den Dieselmotor und den Generator, das zachsige Drehgestell den Motor, der mittels Blindwelle die beiden durch Kuppelstangen verbundenen Achsen dieses Drehgestells antreibt.

× Der französische Staat beschafft für die Beförderung von Luftfahrzeugen besonders gebaute Eisenbahnwagen. Diese sollen mit 3 Türen und herabklappbaren Seitenwänden versehen werden; die Länge soll 12 Meter, über den Puffern 13,10 Meter, die Breite des Kastens 2,68 und die Höhe 1,765 Meter betragen. Vorerst werden 30 derartige Wagen angeschafft.

× Im April wurde die neue Eisenbahnbrücke bei Riga über die Düna dem Verkehr übergeben. Die 2gleisige Brücke überspannt den Strom auf 730 Meter Länge mit 10 eisernen Bögen. Die Gesamtlänge mit Einschluß der Klappbrückenöffnung beträgt 770 Meter; die größte Stützweite eines Bogensträgers mißt 90 Meter. Die Seedampfer auf der Düna laden und löschen nur stromabwärts der Eisenbahnbrücke

an den Liegestellen des Rigaer Stadthafens. Seedampfer, Segler und größere Flußfahrzeuge gelangen durch die Klappbrücke, die 40 Meter weit ist.

× **Literatur** Mehr als man gemeinhin

denkt hängt der Erfolg eines Feldzugs von dem sichern Funktionieren der Organisation der Verpflegung, des Verkehrs- und Nachrichtendienstes ab. Früher war es möglich die kleinen Heere mitunter eine Zeitlang in Feindesland zu ernähren, wobei allerdings meist die beleagerten Landstriche radikal *kahlgefressen* wurden. Das ist bei den Millionenheeren, die ein Krieg zwischen 2 großen Völkern auf die Beine bringt, nicht mehr möglich. Zwar werden in solchen Fällen die gesamten Betriebsmittel, die Eisenbahnen voran, in den Dienst der Heeresverwaltung gestellt, aber dennoch ist die dann zu leistende Aufgabe eines der großartigsten Organisationsprobleme, das sich denken läßt. Für das Deutsche Reich liegen diese zu den Mobilisierungsarbeiten gehörenden Pläne fix und fertig vor, werden natürlich geheim gehalten. Gleichwohl kann erörtert werden, wie man sich die Aufgabe zu denken hat. Das tut H. Thurn in einem Band der Sammlung Wissen und Können / Leipzig, Barth/, betitelt Die Verkehrs- und Nachrichtenmittel im Krieg. Den größten Raum nimmt in dem Büchlein das modernste Kapitel ein: die Verwendung der Flugtechnik und der Funkentelegraphie für den bezeichneten Zweck, obwohl diese Mittel keineswegs die wichtigsten sind. In allererster Linie stehen noch immer die Eisenbahnen. Gerade das Kapitel über die Eisenbahnen, die am Anfang zusammen mit den anderen Verkehrsmitteln der Straßen und der Wasserwege behandelt werden, ist daher von großem Interesse und besonderer Wichtigkeit. Außer den genannten Materien werden Automobil und Fahrrad besprochen, ferner, ein sehr interessantes Kapitel, die Ballon- und Brieftaubenphotographie. Weitere Kapitel schildern die verschiedenen Formen der militärischen Telegraphie, den alten Telegraphen, den Heliographen, die Signallampe, den Fernsprecher und den Funkentelegraphen sowie die Tätigkeit der Feldpost. Auch der Schneeschuhe und des Kriegshundes wird gedacht. Das Buch ist flüssig und immer sachlich geschrieben und zur Orientierung gut geeignet.